



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2011

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.11d

# INHALTSÜBERSICHT

- Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**  
Zahlen im Überblick  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss
- Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**  
Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen
- Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**  
Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten
- Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**  
Zusatzerläuterungen  
Statistik
- Band 4 Sonderrechnungen**  
Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

## Aufbau der Finanzberichterstattung

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

*Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsfunktionen (Personal, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie sowie die FLAG-Steuerung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.



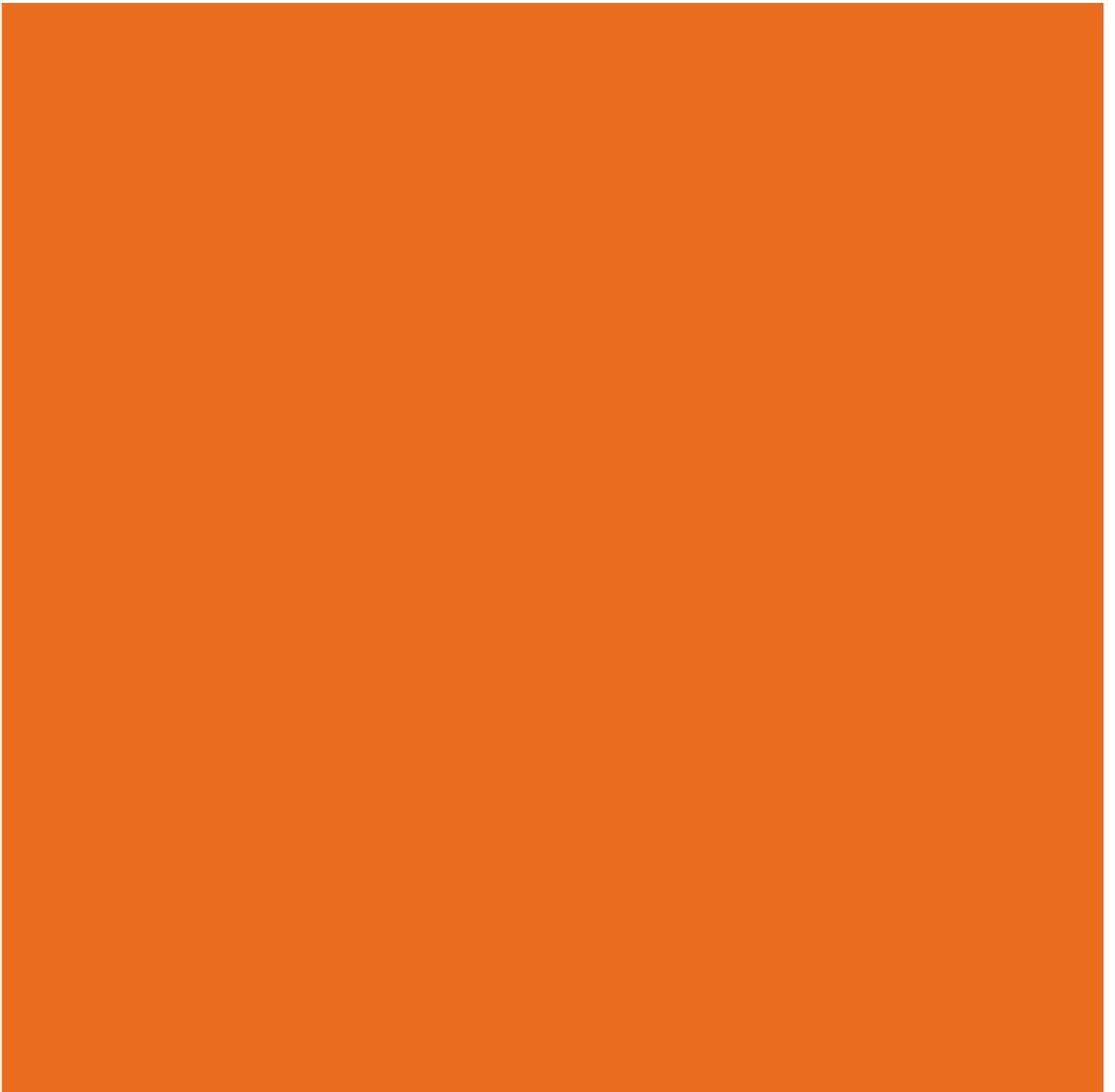
**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>		<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen</b>	<b>7</b>
11	Direkte Bundessteuer	8
12	Verrechnungssteuer	9
13	Stempelabgaben	12
14	Mehrwertsteuer	13
15	Mineralölsteuer	14
16	Schwerverkehrsabgabe	15
17	Qualität der Einnahmenschätzungen	16
<b>2</b>	<b>Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	<b>19</b>
21	Soziale Wohlfahrt	20
22	Finanzen und Steuern	21
23	Verkehr	23
24	Landesverteidigung	25
25	Bildung und Forschung	26
26	Landwirtschaft und Ernährung	27
27	Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	28
28	Übrige Aufgabengebiete	29
<b>3</b>	<b>Querschnittsfunktionen</b>	<b>31</b>
31	Personal	31
32	Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	33
33	Bundestresorerie	35
34	Beratungsaufwand	38
35	Öffentlichkeitsarbeit	39
<b>4</b>	<b>Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG</b>	<b>41</b>
<b>5</b>	<b>Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung</b>	<b>45</b>
<b>6</b>	<b>Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten</b>	<b>49</b>
<b>7</b>	<b>Subventionsprüfung: Stand der Umsetzung</b>	<b>51</b>
<b>8</b>	<b>Stand der Aufgabenüberprüfung</b>	<b>55</b>
<b>Statistik</b>		<b>61</b>
A	Übersicht	67
B	Finanzierungsrechnung	71
C	Erfolgsrechnung	93
D	Bilanz	101
E	Bundestresorerie	111
F	Personal	115



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





**Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>62 833</b>	<b>62 423</b>	<b>64 245</b>	<b>1 412</b>	<b>2,2</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 157</b>	<b>57 268</b>	<b>58 996</b>	<b>840</b>	<b>1,4</b>
Direkte Bundessteuer	17 886	17 547	17 891	5	0,0
Verrechnungssteuer	4 723	3 707	4 861	137	2,9
Stempelabgaben	2 855	2 750	2 857	2	0,1
Mehrwertsteuer	20 672	21 450	21 642	970	4,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 448	7 341	-261	-3,4
Mineralölsteuer	5 134	5 105	5 020	-114	-2,2
Tabaksteuer	2 356	2 235	2 208	-148	-6,3
Biersteuer	112	108	113	1	0,6
Verkehrsabgaben	2 210	2 150	2 323	113	5,1
Automobilsteuer	373	360	408	35	9,5
Nationalstrassenabgabe	347	340	360	12	3,5
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 450	1 555	65	4,4
Zölle	1 079	1 020	1 046	-33	-3,1
Spielbankenabgabe	381	405	376	-5	-1,3
Lenkungsabgaben	748	791	660	-88	-11,8
Übrige Fiskaleinnahmen	0	-	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 391</b>	<b>1 335</b>	<b>1 410</b>	<b>19</b>	<b>1,3</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	243	264	269	26	10,9
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	74	42	54	-20	-27,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	209	168	221	12	5,8
Übrige Regalien und Konzessionen	32	28	33	0	1,4
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 233</b>	<b>1 597</b>	<b>1 601</b>	<b>368</b>	<b>29,8</b>
Zinseinnahmen	360	793	369	9	2,4
Beteiligungseinnahmen	790	800	838	48	6,0
Übrige Finanzeinnahmen	83	3	395	312	375,1
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 720</b>	<b>1 597</b>	<b>1 645</b>	<b>-75</b>	<b>-4,4</b>
Entgelte	1 272	1 192	1 200	-72	-5,7
Wehrpflichtersatzabgabe	155	160	157	2	1,3
Gebühren	217	224	225	8	3,9
Rückerstattungen	108	109	132	24	22,3
EU Zinsbesteuerung	120	135	97	-23	-19,2
Übrige Entgelte	672	564	588	-84	-12,5
Verschiedene Einnahmen	447	405	445	-3	-0,6
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>333</b>	<b>627</b>	<b>593</b>	<b>261</b>	<b>78,4</b>

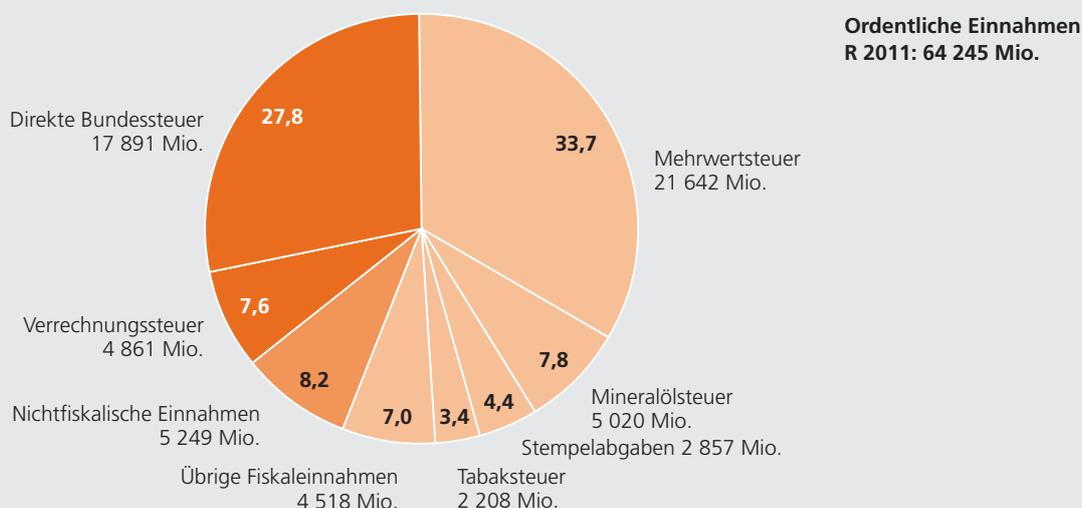
Die Grafik auf der nächsten Seite zeigt die Zusammensetzung der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Rechnungsjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich die grösste Verschiebung innerhalb der Fiskaleinnahmen, von der direkten Bundessteuer (-0,7 %-Pkt.) hin zur Mehrwertsteuer (+0,8 %-Pkt.), nebst einer durch einen Sondereffekt geprägten Stärkung der nichtfiskalische Einnahmen (+0,8 %-Pkt.):

- Bei der direkten Bundessteuer werden gesteigerte Einnahmen von den juristischen Personen durch einen insbesondere reformbedingten Rückgang bei den natürlichen Personen vollständig kompensiert; das Total entspricht dem Vorjahresergebnis. Die Einnahmen bei der MWST sind von der Erhöhung zugunsten der Invalidenversicherung dominiert (0,9 Mrd.).
- Bei den nichtfiskalischen Einnahmen überwiegt der einmalige Effekt aus der haushaltsneutralen Ausfinanzierung der SIFEM AG (0,4 Mrd.).

Der Anteil der direkten Steuern nimmt ab auf 35,4 Prozent der ordentlichen Einnahmen (2010: 36,0 %). Dies ist wie erwähnt darauf zurückzuführen, dass die direkte Bundessteuer auf dem Vorjahresniveau verharrt. Der Anteil der indirekten Steuern (d.h. alle anderen Fiskaleinnahmen) bleibt mit 56,4 Prozent nahezu unverändert (2010: 56,5 %), denn der ebenfalls erwähnte Sprung bei der MWST wird durch den Rückgang bei den übrigen Verbrauchssteuern kompensiert.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

### Struktur der Einnahmen 2011



### 11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>17 886</b>	<b>17 547</b>	<b>17 891</b>	<b>5</b>	<b>0,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	28,5	28,1	27,8		
Steuer auf Reinertrag juristischer Personen	8 088	7 414	8 396	309	3,8
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 980	10 268	9 665	-315	-3,2
Pauschale Steueranrechnung	-182	-135	-170	12	6,5

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im *Veranlagungs- und Bezugsverfahren* der direkten Bundessteuer: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung bzw. dem nachfolgenden Bezug der direkten Bundessteuer durch die Kantone vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema). Das Rechnungsjahr 2011 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2010. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus der Steuerperiode im Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleineren Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweiser Vorausbezug). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Verteilungsannahmen getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

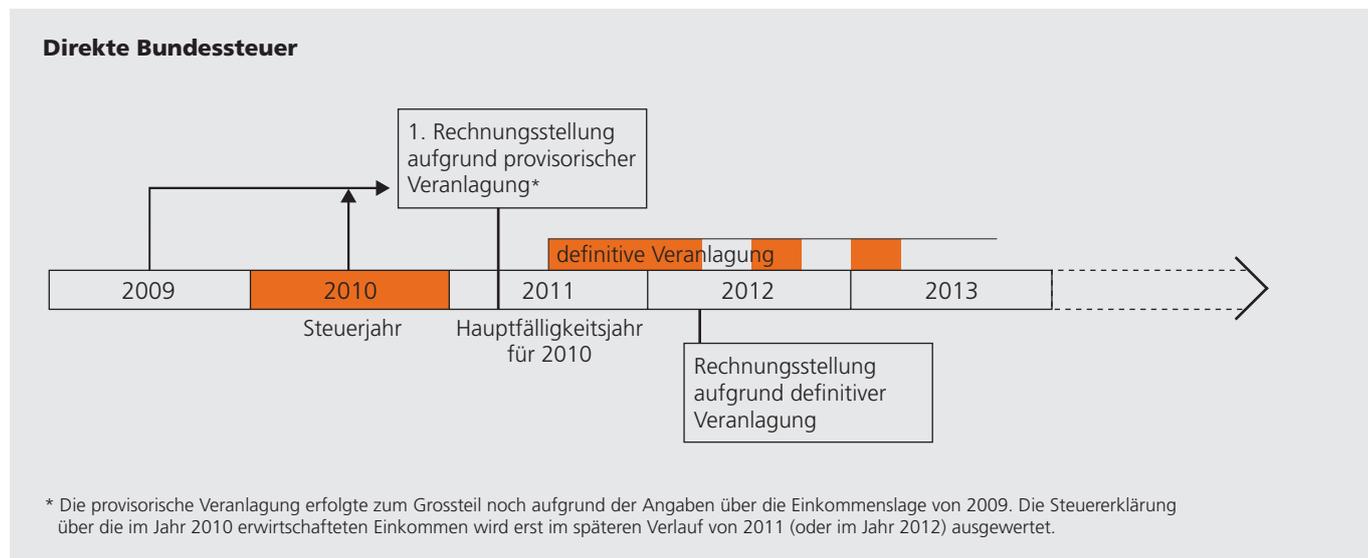
Im Rechnungsjahr 2011 belaufen sich die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer auf 17,9 Milliarden. Der Budgetwert wurde um 344 Millionen überschritten. Mit einem Prognosefehler von

lediglich 2,0 Prozent ist die Qualität der Einnahmenschätzung insgesamt relativ gut. Dahinter verbergen sich jedoch grössere Prognosefehler bei den verschiedenen Bestandteilen der Schätzung, die sich gegenseitig mehr oder weniger kompensieren. So wurden die Einnahmen aufgrund der im Steuer- und Bemessungsjahr 2010 erzielten Einkommen und Gewinne deutlich überschätzt (-0,8 Mrd.), während die Eingänge aus früheren Steuerperioden (+0,2 Mrd.) und insbesondere die vorzeitig fälligen Beträge (+1 Mrd.) unterschätzt wurden.

Die *Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern* hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz des ratenweisen Vorausbezugs der direkten Bundessteuer durch die Kantone. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit, ihre provisorische Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr zu begleichen. Das System des ratenweisen Vorausbezugs wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg sowie neu auch im Kanton Jura eingeführt. Im Rechnungsjahr 2011 belaufen sich die vorzeitig fälligen Beträge auf rund 1,8 Milliarden oder rund 10 Prozent der gesamten Einnahmen aus der direkten Bundessteuer. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von rund 14 Prozent. Die ratenweise Begleichung der direkten

Bundessteuern erfreut sich somit weiterhin einer steigenden Beliebtheit bei den Steuerpflichtigen. Dieser Trend dürfte auch in den kommenden Jahren anhalten, wenn auch andere Kantone ein solches Bezugssystem einführen.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (170 Mio.), gehen an die Kantone.



## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>4 723</b>	<b>3 707</b>	<b>4 861</b>	<b>137</b>	<b>2,9</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,5	5,9	7,6		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	4 714	3 700	4 849	136	2,9
Steuerrückbehalt USA	10	7	11	1	12,5

Der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* ergibt sich aus der Differenz zwischen den Steuereingängen (23,5 Mrd.) und den Rückerstattungen (18,6 Mrd.). Er ist damit zum dritten Mal in Folge auf das hohe Niveau von knapp 4,9 Milliarden gestiegen (+136 Mio.). Das Ergebnis übertraf bei weitem den budgetierten Betrag, der auf der Grundlage eines langjährigen Mittels von 3,7 Milliarden errechnet wurde. Das Wachstum konnte sich damit trotz der Einführung Kapitaleinlageprinzips mit einem deutlichen Rückgang der Dividendenausschüttungen auf hohem Niveau halten. Den Kantonen fliesst ein Anteil von zehn Prozent am Steuerertrag zu.

### Kapitaleinlageprinzip

Die Bestimmungen des Kapitaleinlageprinzips gelten seit dem 1. Januar 2011. Nach diesem im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II eingeführten Prinzip werden Reserven aus Kapitaleinlagen neu einkommens- und verrechnungssteuerfrei zurückbezahlt. Zahlreiche Unternehmen haben von dieser Möglichkeit

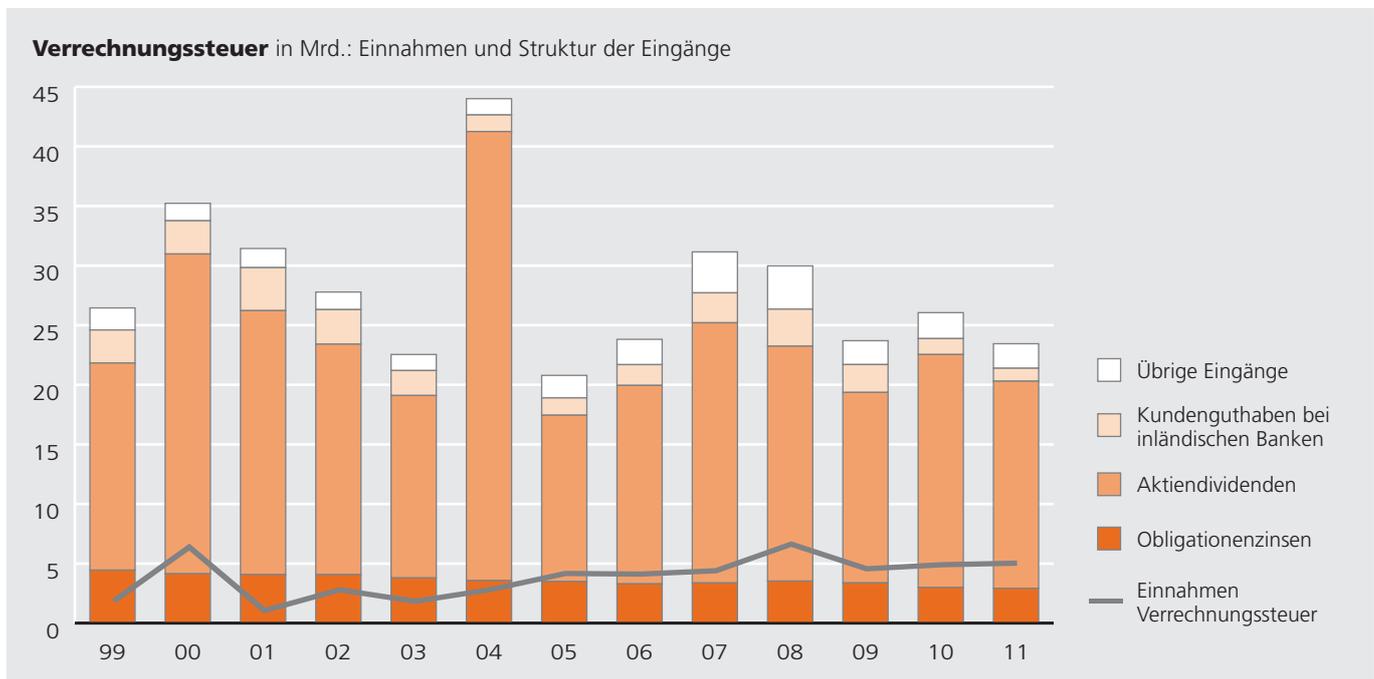
Gebrauch gemacht. Ende Dezember beliefen sich die gemeldeten Rückzahlungen aus diesen Reserven auf 24 Milliarden. Diese steuerfreien Rückzahlungen ersetzen die Ausschüttung steuerbarer Dividenden (2010 rund 9 Mrd.) und sind damit der Grund für die Mindereinnahmen bei der Verrechnungssteuer 2011.

Die Rückerstattungsgesuche beziehen sich zum Teil noch auf die Verrechnungssteuer auf 2010 ausgeschütteten Dividenden von Unternehmen, welche die neue steuerfreie Möglichkeit nutzen. Da diesen keine neue Verrechnungssteuerzahlung seitens dieser Firmen gegenübersteht, fallen im Einführungsjahr des Kapitaleinlageprinzips einmalige Mindereinnahmen an. Diese werden ausgehend von der Annahme, dass ein Anteil von 55 Prozent der Verrechnungssteuer auf den ausgeschütteten Dividenden hauptsächlich wegen der von juristischen Personen verlangten Anzahlungen im Erhebungsjahr zurückerstattet wird, auf rund 1,2 Milliarden geschätzt. Eine genaue Ausfallschätzung wird allerdings aufgrund der Datenlage nie möglich sein.

### Eingänge 2011

Die Eingänge verzeichnen 2011 einen Rückgang von 2,6 Milliarden (-10,0 %). Alle Komponenten sind rückläufig, wobei der absolute Rückgang bei den Eingängen aus den *Dividenden* am grössten ist (-2,2 Mrd.), was auf die Einführung des Kapitaleinlageprinzips 2011 zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite haben viele Firmen erstmals seit Inkrafttreten der Teilebesteuerung der Einkünfte im Rahmen der Unternehmenssteuerreform II eine Dividende ausgeschüttet, wodurch die Mindereinnahmen begrenzt werden konnten.

Die Eingänge aus *Obligationen* (2,9 Mrd.) sind zum dritten Mal in Folge rückläufig (-67 Mio. oder -2,2 %). Der Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Kassenobligationen an Attraktivität verloren haben. Ausserdem verzeichnen vor allem die Eingänge aus *Kundenguthaben bei den Banken* erneut einen starken Rückgang auf 1,1 Milliarden (-250 Mio. oder -18,7%). Ursache dieser Entwicklung sind die anhaltend tiefen Zinssätze sowie die Auswirkungen der Anfang 2010 in Kraft getretenen Franchise-Erhöhung auf 200 Franken. Auch die Einnahmen aus den *anderen Investitionen* sind wegen der rückläufigen Dividenden auf Anlagefondsanteilen gesunken.



### Rückerstattungen 2011

Die Rückerstattungsgesuche können mit einer mehr oder weniger grossen zeitlichen Verzögerung eingereicht werden, ein Teil davon frühestens nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Leistung steuerpflichtig wird. Die vorhandenen Statistiken lassen einzig eine Aufschlüsselung der Rückerstattungen nach Kategorien von Anspruchsberechtigten zu.

2011 beliefen sich die Rückerstattungen auf 18,6 Milliarden (siehe Tabelle); sie nahmen demnach in stärkerem Masse ab (-12,8 %) als die Eingänge. Die Abnahme (-2,7 Mrd.) geht mit dem Rückgang der Eingänge aus Dividenden einher und entfällt in absoluten Zahlen zu einem Grossteil auf die Rückerstattungen

an *juristische Personen* mit Sitz in der Schweiz (-2,4 Mrd. oder -19,7 %). Die Rückerstattungen an *natürliche Personen mit Wohnsitz in der Schweiz* sind in einem geringeren Ausmass ebenfalls rückläufig (-422 Mio. oder -7,4 %). Die Rückerstattungen an Antragsteller *mit Wohnsitz im Ausland* haben dagegen leicht zugenommen (+82 Mio.).

Gemäss Rechnungslegungsregeln zur zeitlichen Abgrenzung berücksichtigt das Total der *Rückerstattungen die Abgrenzungen* am Jahresende in Höhe von 863 Millionen, die den Anträgen um Steuerrückerstattung für das Jahr 2011 entsprechen, die bis zum 10.1.2012 eingereicht wurden oder mit Gewissheit erwartet werden können.

### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
<b>Eingänge</b>	<b>22 544</b>	<b>44 008</b>	<b>20 791</b>	<b>23 818</b>	<b>31 152</b>	<b>29 980</b>	<b>23 702</b>	<b>26 056</b>	<b>23 449</b>
Veränderung in %	-18,9	95,2	-52,8	14,6	30,8	-3,8	-20,9	9,9	-10,0
<b>Rückerstattungen</b>	<b>20 911</b>	<b>41 388</b>	<b>16 811</b>	<b>19 891</b>	<b>26 941</b>	<b>23 534</b>	<b>19 329</b>	<b>21 342</b>	<b>18 600</b>
Veränderung in %	-17,0	97,9	-59,4	18,3	35,4	-12,6	-17,9	10,4	-12,8
Bund	9 386	9 751	10 051	13 713	19 690	16 140	11 249	12 211	9 809
Kantone	4 057	3 444	3 074	3 374	3 277	4 042	4 683	5 693	5 271
DBA	7 468	28 193	3 686	2 804	3 974	3 351	3 397	3 439	3 521
<b>Verrechnungssteuer (Schweiz)</b>	<b>1 632</b>	<b>2 620</b>	<b>3 979</b>	<b>3 927</b>	<b>4 211</b>	<b>6 446</b>	<b>4 373</b>	<b>4 714</b>	<b>4 849</b>
Veränderung in %	-37,3	60,5	51,9	-1,3	7,2	53,1	-32,2	7,8	2,9
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>92,8</b>	<b>94,0</b>	<b>80,9</b>	<b>83,5</b>	<b>86,5</b>	<b>78,5</b>	<b>81,6</b>	<b>81,9</b>	<b>79,3</b>

### Budgetierungsmethode

Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer unterliegen jedes Jahr starken Schwankungen, und zwar wegen punktuellen, von Natur aus unvorhersehbaren Einflüssen, aber auch aufgrund der Besonderheiten dieser Steuer. Die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer werden durch eine Subtraktion ermittelt, indem die auf Anfrage effektiv vorgenommenen Rückerstattungen von den stark volatilen Eingängen abgezogen werden. Die Entwicklung dieser Steuer wird aber jedes Jahr vor allem dadurch beeinflusst, wie weit die Verbuchung der Eingänge und die Einreichung der entsprechenden Rückerstattungsgesuche zeitlich auseinanderliegen. Nicht parallel verlaufende Variationen in der Entwicklung der Eingänge und der Rückerstattungen können grosse Schwankungen verursachen.

Angesichts der Unmöglichkeit, die zahlreichen Faktoren, welche die Volatilität der Steuer verursachen, in der Budgetprognose zu berücksichtigen, beruhte die Budgetierung auf dem langjährigen Durchschnittsbetrag von bis 2010 3 Milliarden, für den Voranschlag 2011 3,7 Milliarden. Dieser Durchschnitt wurde jedoch seit einiger Zeit regelmässig übertroffen, so auch 2011.

Das lässt vermuten, dass die Einnahmen aus dieser Steuer seit einigen Jahren aus strukturellen Gründen höher ausfallen als zwischen 2002 und 2009 (letztes bekanntes Ergebnis zum Zeitpunkt der Budgetierung) beobachtet wurde. Vor allem erscheint zudem immer wahrscheinlicher, dass die Ergebnisse der letzten Jahre Ausdruck einer steigenden Grundtendenz sind. Diese Annahme hat sich 2011 bestätigt, obwohl die Eingänge aus den Dividenden wegen der Einführung des Kapitaleinlageprinzips deutlich rückläufig waren.

Die Budgetierungsmethode für die Verrechnungssteuer wurde im Rahmen der Finanzplanung 2012-2015 überprüft. Angesichts des sich erhärtenden Aufwärtstrends und der zyklischen, aber auch zufallsbedingten Schwankungen hat sich eine Glättungsmethode, die einem Trend Rechnung tragen kann, als prognosetauglichstes Instrument erwiesen. Dadurch fallen die Schätzungen 2012-2015 höher aus.

### 13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 855</b>	<b>2 750</b>	<b>2 857</b>	<b>2</b>	<b>0,1</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	4,5	4,4	4,4		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>779</b>	<b>620</b>	<b>874</b>	<b>95</b>	<b>12,2</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 417</b>	<b>1 450</b>	<b>1 312</b>	<b>-105</b>	<b>-7,4</b>
Inländische Wertpapiere	232	200	192	-40	-17,4
Ausländische Wertpapiere	1 185	1 250	1 120	-65	-5,5
<b>Prämienquittungsstempel</b>	<b>659</b>	<b>680</b>	<b>671</b>	<b>12</b>	<b>1,8</b>

Der Ertrag aus den *Stempelabgaben* verharrte 2011 praktisch auf Vorjahresniveau. Dank einer weiteren Zunahme bei den Emissionsabgaben konnte der anhaltende Rückgang beim Umsatzstempel kompensiert werden. Der hohe Ertrag aus den Emissionsabgaben liegt auch dem Mehrertrag gegenüber dem Budget zugrunde (+107 Mio. oder +3,9%).

#### Emissionsabgabe

Der Ertrag aus der Emissionsabgabe ist zum vierten Mal in Folge gestiegen. Die Emissionsabgabe brachte insgesamt 254 Millionen mehr ein als budgetiert.

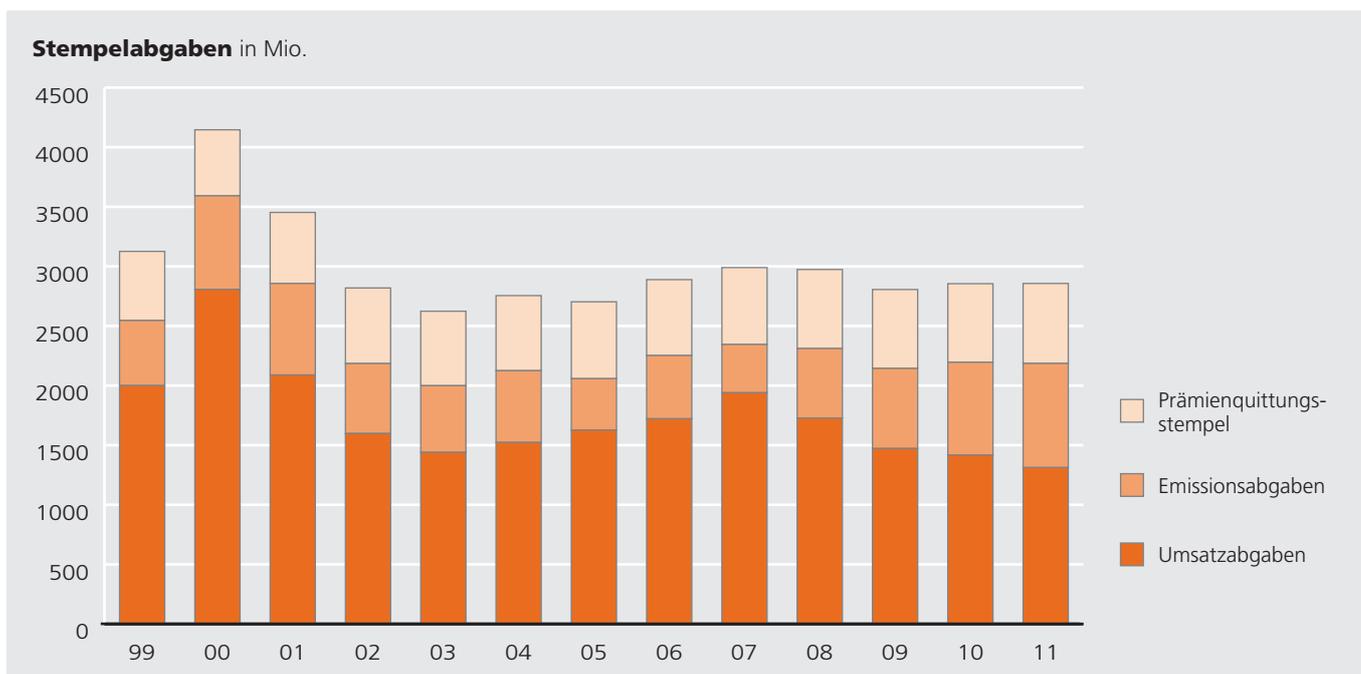
- Zum einen übertrafen die *Emissionsabgaben auf Obligationsanleihen und Geldmarktpapieren* die Erwartungen bei weitem (+ 251 Mio): Sie erzielten einen Höchststand von 596 Millionen. Die Mehreinnahmen sind auf die starke Zunahme des Anleihenvolumens angesichts historisch tiefen Zinssatzes und hohem Refinanzierungsbedarf insbesondere der Banken zurückzuführen. Daneben hat auch die verlängerte

Laufzeit einiger Anleihen zum steigenden Ertrag aus der Emissionsabgabe beigetragen, die nicht nur nach dem nominalen Wert der Anleihe, sondern auch nach deren Dauer berechnet wird.

- Zudem sind nach zwei rückläufigen Jahren auch die Abgaben auf den *Beteiligungsrechten* wegen Firmengründungen und der Rekapitalisierung bestehender Strukturen von 252 Millionen im Vorjahr 2011 auf 279 Millionen gestiegen und weichen damit nur leicht von den budgetierten 275 Millionen ab.

#### Umsatzabgabe

Der Ertrag aus der *Umsatzabgabe* hingegen ist zum vierten Mal in Folge rückläufig und liegt unter dem budgetierten Wert (-138 Mio.). Einen besonders deutlichen relativen Rückgang gegenüber dem Vorjahr verzeichnet der Ertrag aus inländischen Papieren.



Entgegen den Erwartungen bei der Budgetierung haben sich die Börsenmärkte nicht nachhaltig erholt, und die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Schuldenkrise im Euroraum haben sich auf die Transaktionen ausgewirkt. Zudem hat auch die Verschlechterung der Wirtschaftslage im OECD-Raum zum Rückgang der Aktienkurse beigetragen. Vor diesem Hintergrund waren die abgabepflichtigen Geschäfte insgesamt erneut rückläufig und haben zu Mindereinnahmen geführt.

#### Prämienquittungsstempel

Der Ertrag aus dem Prämienquittungsstempel ist nach dem leichten Rückgang im Vorjahr 2011 wieder etwas gestiegen, hat den budgetierten Wert jedoch nicht ganz erreicht. Denn die Anlagen in Form von Lebensversicherungen mit Einmaleinlagen fielen deutlich geringer aus als im Vorjahr.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>20 672</b>	<b>21 450</b>	<b>21 642</b>	<b>970</b>	<b>4,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	32,9	34,4	33,7		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>16 751</b>	<b>16 680</b>	<b>16 837</b>	<b>86</b>	<b>0,5</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>3 921</b>	<b>4 770</b>	<b>4 805</b>	<b>884</b>	<b>22,5</b>
Krankenversicherung 5%	884	880	889	5	0,5
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 257	2 250	2 269	12	0,5
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	462	460	465	2	0,5
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	–	860	863	863	–
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	318	320	320	2	0,5

Die Mehrwertsteuereinnahmen liegen mit 21,6 Milliarden um 970 Millionen oder 4,7 Prozent höher als in der Vorjahresrechnung. Die Entwicklung der Mehrwertsteuereinnahmen wurde durch die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze zu Gunsten der IV sowie die finanziellen Auswirkungen der Mehrwertsteuerreform und der Anpassung der Saldo- und Pauschalsteuersätze stark beeinflusst (vgl. Band 1 Ziff. 62/4). Das bereinigte Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen im Vergleich zum Vorjahr beträgt rund 1,2 Prozent und damit nur rund halb so viel wie das nominale BIP-Wachstum (2,6%).

Im Prinzip ist der Verlauf der Mehrwertsteuereinnahmen eng an den Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt. Für beide Grössen stellt der private Konsum die wichtigste Bestimmungsgrösse dar. Dennoch folgt das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen nie perfekt dem Wirtschaftswachstum. Dies deshalb, weil die inländische Wertschöpfung

– also die Steuerbasis der Mehrwertsteuer – durch das Bruttoinlandprodukt nur unvollständig abgebildet wird. So wurde das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr massgeblich durch einen positiven Beitrag des Aussenhandels geprägt. Nun unterliegen die Exporte nicht der Mehrwertsteuer, und umgekehrt fliessen die Importe nicht in das Bruttoinlandprodukt, werden aber sehr wohl von der Mehrwertsteuer erfasst (wobei die Mehrwertsteuerpflichtigen die geleisteten Einfuhrsteuern grösstenteils als Vorsteuerabzüge in ihrer Mehrwertsteuerabrechnung geltend machen können). Diese Diskrepanz dürfte einen Teil der Wachstumsdifferenz zwischen Mehrwertsteuerforderungen und nominalem Bruttoinlandprodukt erklären. In der Tat fällt das Wachstum der inländischen Endnachfrage mit 2,1 Prozent im Vergleich zum nominalen BIP deutlich tiefer aus und liegt somit näher beim Wachstum der um Sonderfaktoren bereinigten Mehrwertsteuereinnahmen.

## 15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>5 134</b>	<b>5 105</b>	<b>5 020</b>	<b>-114</b>	<b>-2,2</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,2	8,2	7,8		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	3 063	3 040	2 995	-68	-2,2
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 050	2 040	2 006	-45	-2,2
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	20	25	19	-1	-6,8

Die wichtigsten Einflussfaktoren für den Ertrag aus den Mineralölsteuern sind der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer, der durchschnittliche Treibstoffverbrauch pro Kilometer und die Wirtschaftsentwicklung. Im Rechnungsjahr 2011 dürfte zudem der Franken/Eurokurs einen wesentlichen Einfluss ausgeübt haben (siehe Box).

- 2011 waren 5,5 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um nahezu 2,3 Prozent zugenommen (2010: +1,7 %). 2011 wurden dabei insgesamt 318 958 Neuwagen (+8,4 %) verkauft.
- Mit dem Fahrzeugbestand nahm auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.
- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist im Allgemeinen geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Der durchschnittliche Treibstoffverbrauch sinkt seit längerem kontinuierlich. So sind bis im Jahr 2010 der durchschnittliche Verbrauch auf 6,62 l/100 km sowie die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Mittel auf 161 g/km gesunken. In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden durchschnittlichen Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen. Die am 18.3.2011 vom Parlament beschlossene Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (SR 641.71) sieht vor, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen an den EU-Vorschriften zu orientieren und bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Damit wird sich der Rückgang des durchschnittlichen Verbrauchs deutlich akzentuieren. Die daraus entstehenden Mindereinnahmen dürften bis 2016 ca. 300 Millionen erreichen.

### Tanktourismus

Die Benzinnachfrage in den Grenzgebieten wirkt sich auf die Einnahmen aus. Sie hängt insbesondere von den Preisen im internationalen Vergleich ab. Das Bundesamt für Energie (BFE) und die Erdöl-Vereinigung (EV) haben beim Büro INFRAS in Bern und dem CEPE (Centre für Energy Policies and Economics) an der ETH Zürich eine Studie zum Thema «Tanktourismus» in Auftrag gegeben. Gemäss der im Juni 2010 veröffentlichten Studie hat der Tanktourismus in der Schweiz in den letzten Jahren stark zugelegt. Im Jahr 2008 betrug der Tanktourismus beim Benzin gegen 400 Millionen Liter. Dies entspricht einem Anteil von rund 10 Prozent des gesamten inländischen Benzinabsatzes. Von Interesse sind in der Studie insbesondere die Auswirkungen von Preiserhöhungen oder -senkungen auf den Treibstoffabsatz und damit indirekt auf die Steuereinnahmen eines Staates.

Eine Analyse der Entwicklung der Tanksäulenpreise in der Schweiz und in den Nachbarländern für die Jahre 2010 und 2011 zeigt folgende Ergebnisse:

- Die Tanksäulenpreise beim Benzin in der Schweiz haben sich aufgrund der Wechselkursentwicklung denjenigen der Nachbarländern angenähert, d.h. die Preisdifferenz hat im Durchschnitt abgenommen. Die Preisverhältnisse der Tanksäulenpreise zwischen der Schweiz und den Nachbarländern sind im Durchschnitt von 1,21 (2010) auf 1,15 (2011) gesunken.
- Im 2011 haben die Tanksäulenpreise in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr um etwa 4,5 Prozent zugenommen.

In Relation zu den in der Studie für das Jahr 2008 festgestellten Preiselastizitäten würden die veränderten Preisverhältnisse zwischen dem In- und Ausland einen Rückgang des Tanktourismus von 10 auf 8 Prozent der Gesamteinnahmen bei der Mineralölsteuer bedeuten. Der Nachfragerückgang in der Schweiz aufgrund des höheren Preises dürfte im Vergleich dazu viel tiefer sein.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 490</b>	<b>1 450</b>	<b>1 555</b>	<b>65</b>	<b>4,4</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,4	2,3	2,4		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	968	731	805	-163	-16,9
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	–	206	206	206	–
Kantonsanteile	484	468	505	21	4,4
Übrige	37	45	39	2	5,1

Die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) bemisst sich nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des abgabepflichtigen Fahrzeugs sowie den gefahrenen Kilometern. Der Tarif wird zudem aufgrund der EURO-Schadstoffklassen abgestuft. Bei einer Fahrt von 300 Kilometern beispielsweise beträgt die Abgabe rund 270 Franken für ein Fahrzeug der Emissionsklasse EURO 5 und einem Gewicht von 40 Tonnen.

Von den Bruttoeinnahmen werden die Erhebungskosten der Zollverwaltung sowie der Anteil des Fürstentums Liechtenstein abgezogen. Der verbleibende Ertrag ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen (vgl. «Übrige» in Tabelle) wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den FinöV-Fonds. Im Jahr 2011 verblieb erstmals ein Teil davon im allgemeinen Haushalt und wurde (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmten Mitteln zugewiesen. Der dadurch im ordentlichen Haushalt entstandene Spielraum erlaubte es, die finanziellen Mittel für den Substanzerhalt und Betrieb der Bahninfrastruktur zu erhöhen.

Die Nettoeinnahmen sind um 105 Millionen höher ausgefallen als budgetiert. Der Voranschlag 2011 orientierte sich an den damals erwarteten Einnahmen für das Jahr 2010. Diese Schätzung stellte sich im Nachhinein als zu tief heraus, denn sowohl der wirtschaftliche Abschwung wie auch dessen Wirkung auf die Einnahmen der LSVA fielen 2010 weniger stark aus als erwartet. Dies schlägt sich als Basiseffekt auch in den Ergebnissen der Rechnung 2011 nieder.

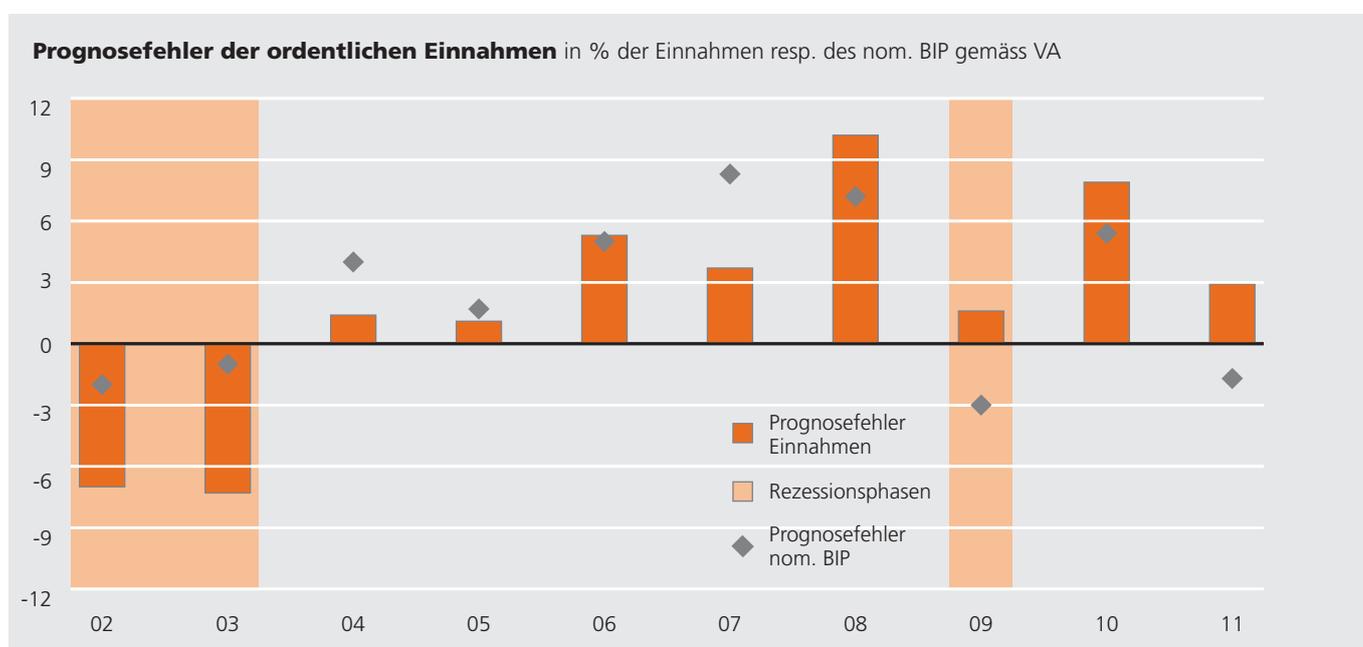
Gegenüber dem Vorjahr nehmen die Einnahmen um 65 Millionen oder 4,4 Prozent zu. Zu dieser Einnahmenentwicklung haben folgende Faktoren beigetragen:

- Die Entschädigung der Zollverwaltung für den Vollzug der LSVA wurde per 2011 von 7 auf 5 Prozent der Bruttoeinnahmen gesenkt. Angesichts der Entwicklung des Abgabevolumens in den letzten Jahren ist eine Kostendeckung mit dem neuen Entschädigungssatz weiterhin gewährleistet. Entsprechend fallen die Nettoeinnahmen um 33,5 Millionen höher aus.
- Leicht höhere Einnahmen ergeben sich aus dem Entscheid des Bundesgerichts vom 19.4.2010 betreffend die im Jahr 2008 vorgenommene Erhöhung der LSVA. Dieses hat die Beschwerde der Eidg. Zollverwaltung gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.10.2009 gutgeheissen und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aufgehoben. Im Jahr 2011 wurden somit – im Unterschied zum Vorjahr – alle Monate mit dem neuen Tarif abgerechnet.
- Einnahmensteigernd wirkt auch die Zunahme der Verkehrsleistung, die der Abgabe unterliegt (gemessen in Bruttotonnenkilometern). Die Einnahmenentwicklung zeigt dabei einen etwas grösseren Anstieg im Inland. So liegt der Ertrag auf inländischen Fahrzeugen um 2,3 Prozent (+28,1 Mio.) über dem Vorjahr, während der Zuwachs bei ausländischen Fahrzeugen 1,8 Prozent (+8,0 Mio.) beträgt.
- Den Mehreinnahmen stehen Mindereinnahmen aus der Umstellung des Fahrzeugparks gegenüber. Der Erneuerungsprozess hin zu weniger umweltbelastenden und damit weniger stark besteuerten Lastwagen wurde durch die im Jahr 2010 definitiv bestätigte Tarifierung sowie die im Jahr 2009 durchgeführte Abklassierung der EURO 3-Fahrzeuge in die mittlere Abgabekategorie zusätzlich beschleunigt.

## 17 Qualität der Einnamenschätzungen

Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes im Verlauf der letzten Dekade. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind bzw. dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen haben. Ein negativer Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt.

Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnamenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert.



### Prognosefehler im Detail

Die Qualität der Einnamenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei steht sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien im Fokus. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden. Letztmals wurden im Rahmen des Voranschlags 2012 wichtige Anpassungen bei den Schätzmethoden vorgenommen. Dies betraf in erster Linie die Verrechnungssteuer. Anstelle eines langjährigen Durchschnittswertes wird der Ertrag dieser Steuer neu mit einer exponentiellen Glättungsmethode veranschlagt. Diese Methode berücksichtigt stärker die jüngste Entwicklung der Zeitreihe und vermag auch die Trendentwicklung der Einnahmen besser nachzubilden.

Um die Qualität der Einnamenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der *durchschnittliche absolute Prognosefehler* als einfaches Mass. In den letzten zehn Jahren beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 4,8 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 4,8 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen waren in den vergangenen zehn Jahren die Schätzungen der *Mehrwertsteuereinnahmen* am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 2,0 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der *Mineralölsteuereinnahmen* mit einem durchschnittlichen absoluten

Prognosefehler von 2,2 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnamenschätzungen der *direkten Bundessteuer* (4,6 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen etwas besser ausfällt, sind bei den *Stempelabgaben* und insbesondere bei der *Verrechnungssteuer* deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 9,8 Prozent bzw. 44,1 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen. Insbesondere der Verrechnungssteuerertrag weist seit vielen Jahren grosse unvorhergesehene Schwankungen auf, was eine genaue Prognose unmöglich macht. Zur Erinnerung: Der Ertrag dieser Steuer stieg von 4,2 Milliarden im Jahr 2007 auf 6,5 Milliarden im Jahr 2008 (+53 %), um auf 4,4 Milliarden im folgenden Jahr zurückzufallen, was natürlich den Prognosefehler wesentlich beeinflusst hat. Der durchschnittliche absolute Prognosefehler dürfte auch mit der neuen Schätzmethode deutlich höher liegen als bei anderen Steuern. Mit der neuen Methode soll aber sichergestellt werden, dass die Prognosefehler in Zukunft symmetrisch ausfallen.

#### **Prognosefehler 2002–2011: konjunkturelles Muster**

Die orange hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Rezession befand. Als Rezession wird in diesem Zusammenhang eine Phase definiert, in der sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterauslastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver

Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch in den vergangenen zehn Jahren annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 12,2 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 559 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 2 Prozent. *Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2001 durchschnittlich um 2 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, d.h. die Einnahmen wurden weder systematisch über- noch unterschätzt.*

#### **Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen**

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2011) bzw. der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnamenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,72 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnamenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.



Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>59 266</b>	<b>63 069</b>	<b>62 333</b>	<b>3 067</b>	<b>5,2</b>
Δ in % Vorjahr	1,8	6,4	5,2		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 589	2 490	31	1,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	910	1 029	950	40	4,4
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 607	2 970	2 799	192	7,4
Landesverteidigung	4 395	4 942	4 533	139	3,2
Bildung und Forschung	6 067	6 329	6 509	442	7,3
Kultur und Freizeit	413	450	429	16	3,9
Gesundheit	228	213	210	-18	-7,8
Soziale Wohlfahrt	18 454	20 409	20 557	2 103	11,4
Verkehr	8 225	8 085	8 062	-163	-2,0
Umweltschutz und Raumordnung	1 140	1 229	1 127	-13	-1,2
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 668	3 663	-3	-0,1
Wirtschaft	591	529	632	41	6,9
Finanzen und Steuern	10 111	10 145	9 954	-156	-1,5

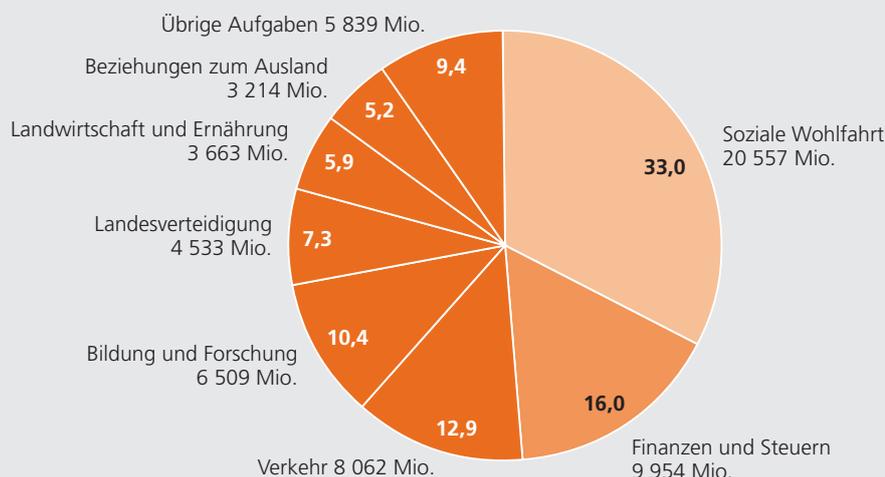
Hinweis: Die Wachstumsrate der ordentlichen Ausgaben beträgt bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM 4,5 %. Die Tabelle enthält bei den «Beziehungen zum Ausland» entsprechend einen um 480 Millionen (Voranschlag 2011) resp. 416 Millionen (Rechnung 2011) reduzierten Wert (vgl. Box Band 1, Ziff. 32).

Die Ausgaben des Bundes lagen 2011 um 3,1 Milliarden höher als im Vorjahr, was einem Wachstum von 5,2 Prozent entspricht, bei einem nominellen BIP-Wachstum von 2,6 Prozent. Zu diesem starken Wachstum trägt zum einen ein Strukturbruch bei: 2011 kam erstmals die Sonderfinanzierung für die Invalidenversicherung zum Tragen (1042 Mio.). Zum anderen enthält die Rechnung 2011 zwei grössere einmalige Effekte, nämlich die Übertragung eines Anlageportfolios an die SIFEM AG, die zu (vollumfänglich durch Einnahmen gedeckten) Ausgaben von 416 Millionen führte, und das Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke (834 Mio.). Letzteres brachte vor allem in den Aufgabengebieten soziale Wohlfahrt sowie Bildung und Forschung markant höhere Wachstumsraten mit sich. Im Zuge der sukzessiven Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wuchsen auch die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland und die internationale Zusammenarbeit stark an. Demgegenüber wurde das Ausgabenwachstum durch die umgesetzten Teile des Konsolidierungsprogramms 2012–2013 und das Auslaufen der Konjunkturstabilisierungsmassnahmen (2009/

2010) gebremst, was sich u.a. in sinkenden ordentlichen Ausgaben für den Verkehr manifestierte. Wiederum gesunken sind auch die Ausgaben für Schuldzinsen (Finanzen und Steuern).

Ein Blick auf die *Aufgabenstruktur* zeigt, dass der Anteil der sozialen Wohlfahrt am stärksten zugenommen hat (+1,9%-Pkt.) und 2011 beinahe ein Drittel der Bundesaussgaben erreicht hat (2010: 31,1%). Auch der Anteil für Bildung und Forschung nahm um 0,2 Prozentpunkte auf 10,4 Prozent zu. Der stark erhöhte Anteil der Beziehungen zum Ausland (+0,8%-Pkt.) erklärt sich in erster Linie durch den Sondereffekt SIFEM; ohne diesen Effekt betrüge der Anteil dieses Aufgabengebiets 4,5 Prozent (+0,1%-Pkt.), und die Anteile verschiedener anderer Aufgabengebiete wären etwas höher. Weiterhin rückläufig sind die Anteile der Finanzen und Steuern (-1 %-Pkt.) und der Landwirtschaft (-0,3 %-Pkt.). Schliesslich nahm der Anteil des Verkehrs um 1 Prozentpunkt ab, v.a. wegen den umgesetzten Teilen des Konsolidierungsprogramms 2012–2013. In dieser Darstellung ist allerdings die ausserordentliche Einlage in den Infrastrukturfonds von 850 Millionen nicht enthalten.

### Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2011



**Ordentliche Ausgaben  
R 2011: 62 333 Mio.**

## 21 Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>18 454</b>	<b>20 409</b>	<b>20 557</b>	<b>2 103</b>	<b>11,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	31,1	32,4	33,0		
Altersversicherung	9 935	10 195	10 184	249	2,5
Invalidenversicherung	3 523	4 824	4 671	1 148	32,6
Krankenversicherung	2 008	2 181	2 150	142	7,1
Ergänzungsleistungen	1 271	1 372	1 305	34	2,7
Militärversicherung	216	230	221	5	2,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	439	447	941	502	114,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	100	84	-42	-33,0
Migration	885	990	937	52	5,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	51	72	64	13	25,2

Die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt machten im Jahr 2011 einen Drittel der Bundesaussgaben aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 11,4 Prozent und wiesen damit ein stark überproportionales Wachstum auf. Dieses kam einerseits durch das Inkrafttreten der IV-Zusatzfinanzierung und andererseits durch die Zuwendungen an die ALV, die mit dem Nachtrag zum Massnahmenpaket «Frankenstärke» beschlossen wurden. Auch in den Bereichen Krankenversicherung und Migration fiel das Ausgabenwachstum überdurchschnittlich aus. Ein Rückgang ergab sich bei der Wohnbauförderung.

Die Überweisungen des Bundes zugunsten der *Alters- und Hinterlassenenversicherung* (AHV) setzen sich aus verschiedenen Beiträgen zusammen. Einerseits zahlt der Bund 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben. Andererseits werden der AHV die Erträge aus der Spielbankenabgabe sowie 83 Prozent des Ertrags aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV überwiesen. Die Gesamtausgaben der AHV stiegen um 3,9 Prozent auf rund 38 Milliarden. Von diesem Wachstum entfielen 1,8 Prozentpunkte auf eine Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung; weitere 2,1 Prozentpunkte ergaben sich durch die Zunahme der Anzahl ausbezahlter Renten. Die Überweisungen des Bundes erhöhten sich insgesamt um 2,5 Prozent, wobei das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen stagnierte (+0,4 % auf 2,25 Mrd.).

Bei der *Invalidenversicherung* ist das Bild geprägt vom Inkrafttreten der bis 2017 befristeten IV-Zusatzfinanzierung. Gemäss dieser fließen der IV (neben dem ordentlichen Bundesbeitrag von 37,7 Prozent der IV-Ausgaben) zusätzlich 0,4 Mehrwertsteuerprozent zu, und der Bund trägt auch die gesamten Zinskosten der IV. Beides zusammen entspricht zusätzlichen Mitteln von 1 Milliarde. Der ordentliche Bundesbeitrag erhöhte sich um 3,1 Prozent (+108 Mio.). Zwar gingen die Rentenzahlungen, trotz Rentenanpassung um 1,8 Prozent, angesichts der abnehmenden Anzahl Neurenten um 0,4 Prozent zurück. Doch die Zinszahlungen erhöhten sich um rund 140 Millionen (Umstellung auf fixe Verzinsung von 2 %). Zudem wurden Nachzahlungen an kantonale Einrichtungen von 50 Millionen fällig (Verpflichtungen aus der Zeit vor der NFA).

Der Beitrag des Bundes an die *Ergänzungsleistungen* beträgt 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung aufgewendet wird. Die übrigen 3/8 sowie alle Krankheitskosten tragen die Kantone. Bedingt durch die Indexierung der Leistungen, die Erhöhung des Vermögensfreibetrags im Zusammenhang mit der neuen Pflegefinanzierung sowie die demografische Entwicklung stiegen die Ausgaben des Bundes um 2,7 Prozent.

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent des Mehrwertsteuerprozents zu Gunsten der AHV zur Verfügung. Die Einnahmen aus der Tabakbesteuerung sanken 2011 um 6,3 Prozent auf 2,21 Milliarden, der Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung erhöhte sich von 243 auf 269 Millionen, und der Bundesanteil am Mehrwertsteuerprozent belief sich auf 461 Millionen. Mit diesen gebundenen Einnahmen konnten 23,5 Prozent der Bundesbeiträge für die AHV, IV (einschliesslich Sonderbeitrag an die IV-Zinsen) und EL gedeckt werden. 2010 hatte der Anteil noch 25,7 Prozent betragen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Sie legten 2011 um rund 142 Millionen oder 7,1 Prozent gegenüber der Rechnung 2010 zu. Dieses sehr hohe Wachstum ist auf die nach wie vor dynamische Entwicklung der Gesundheitskosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes beläuft sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Die entsprechenden Aufwendungen des Bundes sind zum Teil zweckfinanziert. 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) wurden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2011 rund 889 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit rund 206 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind etwas mehr als die Hälfte der Bundesaussgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 Millionen oder 2,2 Prozent. In diesen Zahlen sind allerdings keine zeitlichen Abgrenzungen berücksichtigt. Bei einer periodengerechten Darstellung betrug der Aufwand für 2011 etwa 218 Millionen. Dies liegt ungefähr 1 Million unter dem periodengerechten Aufwand für 2010. Diese Entwicklung ist vor allem auf den kontinuierlichen Rückgang des Rentenbestands zurückzuführen.

Im Bereich *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* stiegen die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 502 Millionen (+114,7%). Die Zunahme ist hauptsächlich auf den ausserordentlichen Beitrag von 500 Millionen im Rahmen der Massnahmen gegen die Frankenstärke zurückzuführen. Ohne diesen Faktor ist der Beitrag praktisch unverändert geblieben, was auf zwei gegenläufigen Tendenzen beruht: Zum einen ist der Bundesbeitrag an die ALV mit dem Inkrafttreten der 4. AVIG-Revision per 1. April 2011 von 0,15 auf 0,159 Prozent der – ebenfalls leicht gestiegenen – beitragspflichtigen Lohnsumme gestiegen, zum andern aufgrund einer Korrektur nach der Schlussabrechnung der ALV 2010 um 6,8 Millionen reduziert worden. Zudem fielen im Bereich Arbeitsvermittlung die Ausgaben zur Stabilisierung des Arbeitsmarkts 2011 tiefer aus als 2010 (-2,3 Mio.).

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2011 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (83%) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (8%). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 42 Millionen oder etwa einen Drittel ab. Dieser markante Rückgang ist allerdings weitgehend auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen. Einerseits wurden im Jahr 2011 die aus konjunkturellen

Gründen vorgezogenen Wohnbauinvestitionen aus dem Jahre 2009 im Umfang von 22,5 Millionen kompensiert. Zudem wurden die Wohnbaurdarlehen des Bundes im Jahr 2010 einmalig von 30 auf 43 Millionen erhöht, dies aufgrund des Erlöses von 13 Millionen zugunsten des Bundes aus der Liquidation der Wohnbaugenossenschaft des Bundespersonals «Sonnenrain». Schliesslich trugen die sukzessive auslaufenden Zusatzverbilligungen von Mietzinsen im Umfange von 5 Millionen zum Rückgang gegenüber der Rechnung 2010 bei.

Die Ausgaben für die *Migration* sind im Rechnungsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um knapp 52 Millionen oder 5,9 Prozent gestiegen. Dieser Mehraufwand ist hauptsächlich auf die Zunahme der Asylgesuche aus Nordafrika und dem Nahen Osten zurückzuführen. Dies hat zu Mehrkosten in den Bereichen Betriebsausgaben Empfangszentren (knapp 10 Mio.) und Sozialhilfe für Asylsuchende (knapp 9 Mio.) geführt. Da die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in finanzieller Zuständigkeit des Bundes weiter zugenommen hat, sind vor allem auch die Ausgaben im Bereich Sozialhilfe Flüchtlinge um rund 40 Millionen gestiegen. Ein Minderaufwand von gut 5 Millionen resultierte dagegen bei der internationalen Zusammenarbeit im Migrationsbereich (der Beitrag für den Aussengrenzenfonds ist 2011 tiefer ausgefallen als im Vorjahr, da 2010 rückwirkend auch der Beitrag für 2009 bezahlt werden musste). Kostenmindernd wirkte sich zudem der so genannte «Dublin-Effekt» aus: Auf das Gesuch einer Person, welche bereits in einem Dublin-Staat um Asyl ersucht hat, wird in der Schweiz nicht eingetreten, und es ist keine Anhörung notwendig. Dies ermöglichte Einsparungen beim Verfahrensaufwand sowie bei den Vollzugskosten von je ca. 1 Million.

## 22 Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>10 111</b>	<b>10 145</b>	<b>9 954</b>	<b>-156</b>	<b>-1,5</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	17,1	16,1	16,0		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 238	4 067	4 300	62	1,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 972	3 028	2 605	-367	-12,3
Finanzausgleich	2 901	3 051	3 049	148	5,1

Der Aufgabenbereich Finanzen und Steuern weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. 2011 entfielen darauf 16,0 Prozent der ordentlichen Finanzausgaben, gegenüber 17,0 Prozent im Vorjahr. Dieser leichte Rückgang ist bedingt durch die guten Ergebnisse der Vorjahre und das tiefe Zinsniveau. Der Aufgabenbereich zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab), und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

Im Gegensatz zu den meisten anderen grössten Aufgabengebieten verzeichnen die Ausgaben in diesem Bereich gegenüber 2010 einen Rückgang (1,5%), der hauptsächlich auf die geringeren Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung zurückzuführen ist, obwohl die Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen und die Finanzausgleichszahlungen gestiegen sind.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die *Anteile an den Bundeseinnahmen*. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus

dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVÄ). Die Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen (+62 Mio. oder +1,5 %) beruht hauptsächlich auf dem Wachstum der Debitorenverluste und der Anteile der LSVÄ. Die Debitorenverluste legen gegenüber dem Vorjahr um 26 Millionen (+15,4 %), der Ertrag aus der LSVÄ um 21 Millionen (+4,4 %) zu. Die Mehreinnahmen in diesem Bereich sind neben der konjunkturellen Erholung auch auf Systemänderungen zurückzuführen. In geringerem Masse beruht die Zunahme der Anteile an den Bundeseinnahmen auch auf den Anteilen der Kantone an den Verrechnungssteuereinnahmen, die infolge des Wachstums dieser Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 16 Millionen (+3,4 %) gestiegen sind (vgl. Band 1 Ziff. 31).

Der Rückgang der Ausgaben für die *Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung* gegenüber dem Vorjahr beruht in erster Linie auf den *Passivzinsen*, die um 421 Millionen (14,6 %) zurückgegangen sind. Dies ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs aufgrund der guten Ertragslage der Vorjahre, widerspiegelt aber auch die rückläufige Zinssatzentwicklung. Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch zwei Faktoren bestimmt: erstens die hohen Agios (557 Mio.), die aus der Verringerung der Zinslast resultieren und gegenüber dem Vorjahr um 236 Millionen gestiegen sind; zweitens die sinkende Zinslast der Anleihen (180 Mio.) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen im Umfang von 8,7 Mrd.). Hinzu kommen weitere Reduktionen geringeren Ausmasses insbesondere bei den Zinsswaps (20 Mio.) und den Depotkonten (14 Mio.). Der allgemeine Rückgang der Passivzinsen wird allerdings durch einen Mehraufwand infolge von Fremdwährungsverlusten (+34 Mio.) bedingt durch die Volatilität der Devisenkurse gebremst. Die Ausgaben für *Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie* nehmen gegenüber dem Vorjahr zu (+54 Mio.), zum einen wegen des Volumens der 2011 aufgelegten Anleihen (die ab 2012 Zinsen abwerfen) und zum andern wegen

der durchschnittlichen Laufzeit der Anleihen, die dasjenige der wichtigsten Anleihen des Vorjahres deutlich übersteigt. Die Ausgaben für *Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie* sind gegenüber 2010 gestiegen (+54 Mio.), zum einen durch das Volumen der 2011 aufgelegten Anleihen (die ab 2012 Zinsen abwerfen), und zum andern wegen der durchschnittlichen Laufzeit der Anleihen, deren Volumen dasjenige der wichtigsten Anleihen des Vorjahres deutlich übersteigt. Zur Erinnerung: Die Kommissionen sind ab dem Zeitpunkt ihrer Ausgabe für die ganze Laufzeit der Mittelbeschaffung geschuldet.

2011, im letzten Jahr der ersten Vierjahresperiode des 2008 in Kraft getretenen *Finanzausgleichs*, der diesem Aufgabenbereich zugeordnet ist, belaufen sich Transferzahlungen des Bundes im Rahmen des vertikalen Ressourcen, Lasten- und Härteausgleichs auf insgesamt 3049 Millionen. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 148 Millionen (+5,1 %) gestiegen. Die Anpassung des vertikalen Ressourcenausgleichs und des Lastenausgleichs erfolgt nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) sowie des Bundesbeschlusses über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcen- und Lastenausgleichs. Der Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich (2101 Mio.) wächst um 7,1 Prozent (+139 Mio.), parallel zur Entwicklung des Ressourcenpotenzials der Kantone zwischen 2010 und 2011. Die Mittelzuweisung für den Lastenausgleich hängt von der Anpassung des Vorjahreswerts an die Teuerung ab. Für 2011 wurde eine Teuerung von 1,4 Prozent (April-Teuerung des Vorjahres) eingesetzt. Die verfügbare Summe belief sich demnach auf 705 Millionen; das sind 10 Millionen mehr als 2010. Der durch den sinkenden Landesindex der Konsumentenpreise bedingte Rückgang im Jahr 2010 wurde somit kompensiert. Die Summe ist zur Hälfte für den geografisch-topografischen Lastenausgleich (2011 profitierten davon 17 Kantone, gleich viele wie 2010), die andere für den sozio-demografischen Lastenausgleich (2011 profitierten davon 9 Kantone, einer mehr als 2010) bestimmt. Der Härteausgleich blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

## 23 Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>8 225</b>	<b>8 085</b>	<b>8 062</b>	<b>-163</b>	<b>-2,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,9	12,8	12,9		
Strassenverkehr	2 914	2 711	2 589	-325	-11,1
Öffentlicher Verkehr	5 215	5 219	5 341	126	2,4
Luftfahrt	96	155	132	36	37,8

Die Ausgaben im Verkehrsbereich haben gegenüber 2010 um 2 Prozent abgenommen. Folgende gegenläufige Effekte haben zu dieser Entwicklung beigetragen:

Beim *Strassenverkehr* ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 325 Millionen (-11,1 %) zu verzeichnen (für eine Gesamtsicht inkl. Infrastrukturfonds siehe Box auf der folgenden Seite):

- In der Aufgabensicht werden für den Nationalstrassenbereich einerseits die Ausgaben des Bundesamts für Strassen (ASTRA) für Betrieb, Unterhalt und Ausbau ausgewiesen, andererseits die anteiligen, für die Nationalstrassen bestimmten Einlagen in den Infrastrukturfonds. Insgesamt sanken die Ausgaben um 305 Millionen (-13,6 %). Die Ausgaben des ASTRA gingen um rund 40 Millionen zurück. Dieser Rückgang ist in erster Linie buchungsbedingt auf die per Ende 2011 erstmals in dieser Höhe vorgenommenen Abgrenzungen im Umfang von 108 Millionen zurückzuführen. Unter Einschluss der Abgrenzungen wären die Ausgaben des ASTRA gegenüber 2010 um rund 70 Millionen gestiegen (was auch dem tatsächlichen baulichen Verlauf der entsprechenden Projekte 2011 entspricht). Der den Nationalstrassen zuzurechnende Teil der Einlage in den Infrastrukturfonds ist um rund 266 Millionen gesunken. Einerseits wurden die im Rahmen der Stabilisierungsmassnahmen 2009 vorgezogenen Einlagen auf dieser Position kompensiert, was für den Fonds insgesamt aber ertragsneutral ist. Andererseits gingen die Ausgaben für die aus dem Infrastrukturfonds finanzierte Netzfertigstellung der Nationalstrassen infolge Verzögerung bei diesen Projekten deutlich zurück. Zudem stiegen die mit der jährlichen Einlage in den Infrastrukturfonds finanzierten Beiträge an Verkehrsinfrastrukturen in Agglomerationen um rund 100 Millionen an, wurden doch neben den dringlichen Projekten auch Massnahmen aus den Agglomerationsprogrammen unterstützt. Diese Gewichtsverschiebung verminderte den Anteil der Nationalstrassen an der jährlichen Einlage entsprechend.
- Die Beiträge an Hauptstrassen erreichten 192 Millionen. Neben den regulären Investitionsbeiträgen an Hauptstrassen von 166 Millionen wurden 26 Millionen in den Infrastrukturfonds eingelegt.

- Die Beiträge an die Kantone im Bereich der übrigen Strassen sowie der Verkehrstrennung sanken gegenüber dem Vorjahr um rund 7 Millionen auf 86 Millionen. Ausschlaggebend sind die auslaufenden Verkehrstrennungsmassnahmen sowie ein leichter Rückgang bei den Strassenprojekten im Infrastrukturfonds.
- Die nicht-werkgebundenen Beiträge an die Kantone sanken infolge des Rückgangs der Mineralölsteuereinnahmen um rund 4 Millionen auf 377 Millionen.

Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Ausgaben für den *öffentlichen Verkehr* um 126 Millionen (+2,4 %) zu:

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur sind insgesamt um 310 Millionen auf 2813 Millionen gestiegen (+12,4 %). Diese Zunahme ist zum grössten Teil wie folgt begründet: Im Jahr 2011 wurden die Betriebs- und Investitionsbeiträge zur Deckung des Mehr- und Nachholbedarfs für die SBB- und Privatbahninfrastruktur um 207 auf 2358 Millionen aufgestockt. Zudem nahmen auch die Ausgaben für aus dem Infrastrukturfonds finanzierte Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs (Tram-/S-Bahnen) um 99 auf 418 Millionen zu.
- Die Aufwendungen für den FinöV-Fonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung FinöV-Fonds) nahmen um 202 auf 1408 Millionen ab (-12,6 %). Verantwortlich für die Abnahme waren insbesondere die Mindereinnahmen aus der LSVa: Der Bundesanteil am Reinertrag der LSVa, der in der Regel zu 100 Prozent in den FinöV-Fonds fliesst, wird nicht vollumfänglich eingelegt. Die im ordentlichen Bundeshaushalt zurückgehaltenen Mittel werden – wie es die Verfassung vorsieht (Art. 85 Abs. 2 BV) – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten externen Kosten und insbesondere zur Prämienverbilligung der Krankenkassen verwendet (vgl. Ziff. 21, Krankenversicherung). Dies schafft Spielraum, um die Mittel für Unterhalt und Substanzerhalt der Bahninfrastruktur haushaltsneutral zu erhöhen.
- Die Zunahme der Ausgaben für den regionalen Personenverkehr um rund 5 Millionen (+0,6 %) ist wie folgt begründet: Zur Abfederung der Frankenstärke wurde der Kredit mit dem Nachtrag IIa/2011 um 18 Millionen aufgestockt; ausbezahlt wurden rund 12 Millionen. Damit sollten die Erlösmininderungen bei den Transportunternehmen mit einem hohen Tourismusanteil kompensiert werden.

- Die Zunahme der Ausgaben für die Güterverkehrsverlagerung um 14 Millionen (+5,0 %) ist auf mehrere, teils gegenläufige, Effekte zurückzuführen: Beim alpenquerenden kombinierten Verkehr resultiert aufgrund diverser Faktoren eine Abnahme um 2 Millionen (Förderung nicht alpenquerender Schienengüterverkehr ab 2011 über eigenen Kredit; Kreditaufstockungen zur Abfederung der Frankenstärke und zum Ausgleich des höher als erwartet ausgefallenen Verkehrswachstums). Die Erhöhungen beim nicht alpenquerenden Schienengüterverkehr um 20 Millionen und beim Schienengüterverkehr auf Schmalspurlinien um 5 Millionen sind darin begründet, dass die Betriebskosten der beiden Verkehre bis 2010 über den alpenquerenden kombinierten Verkehr bzw. regionalen Personenverkehr abgegolten wurden. Dagegen resultiert bei den Terminalanlagen und Anschlussgleisen aufgrund von Projektänderungen und -verzögerungen ein um 10 Millionen tieferer Wert als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundes für die *Luftfahrt* stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 36 Millionen (+37,8 %):

- Die 2011 in Kraft getretene Teilrevision 1 des Luftfahrtgesetzes ermöglicht dem Bund, die Ertragsausfälle der Skyguide im Ausland zu übernehmen (+43 Mio.). Weil der Bund gemäss Finanzierungskonzept gleichzeitig die Eurocontrol-Beitragszahlungen an Skyguide weiterverrechnet, erhöht sich der Aufwand netto um rund 28 Millionen.
- Eine weitere Mehrbelastung resultiert aus der per 1.8.2011 geschaffenen Spezialfinanzierung Luftverkehr, welche die Finanzierung von Aufgaben und Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Luftverkehr aus zweckgebundenen Mineralölsteuermitteln erlaubt. In den letzten fünf Monaten des Jahres wurden hierfür rund 10 Millionen aufgewendet.

#### **Bundeshaushalt und Infrastrukturfonds**

Nebst direkten Ausgaben im Aufgabengebiet Verkehr (bspw. für Ausbau und Unterhalt) tätigt der Bund auch Verkehrsinvestitionen über den separaten Infrastrukturfonds (vgl. Band 4, Sonderrechnung Infrastrukturfonds). Diese indirekten Ausgaben finanziert er mit jährlichen Einlagen in den Fonds, die in der Aufgabensicht des Bundeshaushaltes enthalten sind. Über den Infrastrukturfonds (IF) investiert der Bund zudem aus der 2008 erfolgten ausserordentlichen Ersteinlage (2200 Mio.) sowie aus der weiteren ausserordentlichen Einlage 2011 (850 Mio.) zusätzliche Mittel in Nationalstrassen und leistet Beiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen. Diese Mittel sind in der Aufgabensicht nicht enthalten.

Während beim Strassenverkehr im Bundeshaushalt ein Ausgabenrückgang von 325 Millionen resp. 11,1 Prozent zu verzeichnen ist (Ausgaben im Bundeshaushalt inkl. der dem Strassenverkehr zurechenbaren jährlichen Einlage in den IF), sind gleichzeitig die aus den beiden ausserordentlichen Einlagen des IF zugunsten der Strasse finanzierten Ausgaben gegenüber 2010 um 240 Millionen gestiegen. Daraus ergibt sich in einer Gesamtsicht ein Ausgabenrückgang von 84 Millionen (-2,7 %). Die aus dem IF mitfinanzierten Ausgaben haben daran folgenden Anteil:

- Nationalstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Nationalstrassen von 2342 Millionen setzen sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 1935 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage in den IF von 341 Mio.) sowie aus Ausgaben von 407 Millionen zusammen, welche der IF aus den a.o. Einlagen zugunsten der Netzfertigstellung und für die Engpassbeseitigung aufwendet. Gegenüber dem Vorjahr nehmen sie um 64 Millionen ab.
- Hauptstrassen: Die Gesamtausgaben des Bundes für die Hauptstrassen von 212 Millionen ergeben sich aus den Ausgaben des Bundeshaushaltes von 192 Millionen (inkl. zurechenbare jährliche Einlage von 27 Mio.) und Mitteln in der Höhe von 20 Millionen, welche der IF aus den a.o. Einlagen für Pauschalbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen (inkl. Ausgleich fehlender Kantonsmittel aus LSVA-Erhöhung) leistet. Die Gesamtausgaben für Hauptstrassen liegen damit um rund 8 Millionen unter denjenigen des Vorjahres.

Die übrigen aus dem Infrastrukturfonds finanzierten Aufgaben (Strassen- und Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs) werden ausschliesslich aus der jährlichen Einlage finanziert und sind deshalb in der Aufgabensicht des Bundes vollständig abgebildet.

## 24 Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 395</b>	<b>4 942</b>	<b>4 533</b>	<b>139</b>	<b>3,2</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,4	7,8	7,3		
Militärische Landesverteidigung	4 292	4 827	4 417	126	2,9
Nationale Sicherheitskooperation	103	115	116	13	12,5

Die Ausgaben für die Landesverteidigung beliefen sich 2011 auf insgesamt 4533 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie damit um 139 Millionen oder 3,2 Prozent.

Gemäss Voranschlag 2011 wurden noch höhere Ausgaben für die Landesverteidigung veranschlagt (4942 Mio.). Jedoch wurden die budgetierten Ausgaben bei der Militärischen Landesverteidigung um 410 Millionen oder 8,5 Prozent unterschritten: um ersten beschaffte die Armee deutlich weniger Rüstungsgüter als vorgesehen (-128 Mio.). Zum zweiten resultieren bei den Investitionen im Immobilienbereich Kreditreste im Umfang von 55 Millionen. Die Ursache dafür sind extern bedingte Projektverzögerungen und -verschiebungen. Ferner führten die Unsicherheiten betreffend Weiterentwicklung der Armee zu deutlichen Minderausgaben bei der Materiellen Sicherstellung der Armee (-50 Mio.) sowie bei den Personal- und Sachausgaben (-164 Mio.) für die Ausbildung, Truppe und Logistik.

Für den Ausgabenzuwachs gegenüber der Rechnung 2011 (+126 Mio.; +2,9 %) sind im Wesentlichen die folgenden Entwicklungen verantwortlich:

- Die Rüstungsausgaben nahmen um 186 Millionen zu: Im Hinblick auf die anstehende Weiterentwicklung der Armee waren im Jahr 2010 bereits bewilligte Vorhaben noch einmal einer kritischen Überprüfung unterzogen worden. Daneben hatten technologische Entwicklungen Anpassungen bei Beschaffungen zur Folge. Diese verzögerten Vorhaben konnten nun teilweise – zusätzlich zu den im Jahr 2011 geplanten Projekten – umgesetzt werden.
- Die Ersatzmaterial- und Instandhaltungsausgaben stiegen erneut an (+80 Mio.). Komplexere Systeme, aufgeschobene Ersatzbeschaffungen, ein erhöhter Instandhaltungsbedarf aufgrund verlängerter Nutzungsdauer und die Auslagerung von Leistungen führten zu Mehrausgaben.
- In den anderen Bereichen der Materiellen Sicherstellung der Armee (MSA) – im Einzelnen beim Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf (AEB), bei der Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) sowie der Ausbildungsmunition und Munitionsbewirtschaftung (AMP) – waren dagegen Minderausgaben zu verzeichnen (insgesamt -31 Mio.). Diese sind u.a. darauf zurückzuführen, dass geplante Projekte aufgrund von Kapazitätsengpässen Verzögerungen erlitten.

- Die Personalbezüge und Arbeitgeberleistungen reduzierten sich um 24 Millionen: Vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Armee verfügte der Departementsvorsteher VBS bei den zivilen Stellen einen Anstellungsstopp. Beim militärischen Personal konnten teilweise die offenen Stellen nicht mit den passenden Kandidaten besetzt werden.
- Bei den Sachausgaben führten die günstigeren Lebenshaltungskosten zu Minderausgaben für die Truppe (-10 Mio.) bzw. die tiefere Teuerung zu Einsparungen bei der Beschaffung von Einzelmaterial (-7 Mio.). Daneben hatten Verzögerungen bei WTO-Ausschreibungen zur Folge, dass weniger Informatikausgaben (-8 Mio.) getätigt wurden.
- Die Ausgaben im Bereich der internationalen militärischen Kooperation und Friedenserhaltung gingen um 41 Millionen zurück. Auf der einen Seite werden seit 2011 die drei Genfer sicherheitspolitischen Zentren vollständig durch das EDA finanziert. Auf der anderen Seite mussten tiefere Beiträge an die UNO geleistet werden und wurden weniger Beiträge an die Friedensförderung ausgerichtet.

2010 lag das Verhältnis zwischen Betriebs- (Personal-, Sach- und Transferausgaben, inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) noch bei 69 zu 31 Prozent. 2011 belief sich dieses Verhältnis auf 66 zu 34 Prozent. Damit ist die Armee dem Ziel, mittelfristig ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen, leicht näher gekommen.

Das Aufgabengebiet Landesverteidigung umfasst neben der Militärischen Landesverteidigung auch noch die Nationale Sicherheitskooperation. Letztere verzeichnete 2011 ein Ausgabenwachstum von 13 Millionen oder 12,5 Prozent. Dieses Wachstum ist einerseits auf zusätzliche Mittel für die Umnutzung und Aufhebung von Schutzanlagen sowie andererseits auf höhere Betriebskosten zurückzuführen.

## 25 Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 067</b>	<b>6 329</b>	<b>6 509</b>	<b>442</b>	<b>7,3</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,2	10,0	10,4		
Berufsbildung	691	776	751	60	8,6
Hochschulen	1 833	1 867	1 891	58	3,2
Grundlagenforschung	2 350	2 429	2 506	156	6,6
Angewandte Forschung	1 164	1 228	1 331	167	14,4
Übriges Bildungswesen	28	29	29	1	3,9

Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung zählt mit einer Zunahme von 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu den Bereichen mit den höchsten Wachstumsraten. Sein Anteil an den gesamten ordentlichen Bundesausgaben ist gegenüber der Vorjahresrechnung um 0,2 Prozent auf 10,4 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Voranschlag 2011 schliesst die Rechnung 2011 mit Mehrausgaben von 180 Millionen ab. Diese Mehrausgaben sind in erster Linie mit dem Nachtrag IIa zum Voranschlag 2011 zu begründen: Das Parlament hat zur Abfederung der Frankenstärke und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit für das Aufgabengebiet Bildung und Forschung zusätzliche Mittel in der Höhe von 213 Millionen beschlossen. Davon gelangten 195 Millionen zur Auszahlung.

Gegenüber der Rechnung 2010 stiegen die Ausgaben für Bildung und Forschung um 442 Millionen an. Dieser Zuwachs erklärt sich einerseits mit dem erwähnten Nachtrag IIa, andererseits mit den in der BFI-Botschaft 2008-11 (BBl 2007 1223) vorgesehenen Mitteln. Diese Steigerungen betrafen v.a. die EU-Forschungsrahmenprogramme (+109 Mio.), den Schweizerischen Nationalfonds SNF (+91 Mio.), den ETH-Bereich (+77 Mio.) sowie die Berufsbildung (+57 Mio.).

*Abgrenzung des Aufgabenbereichs zu den Krediten der BFI-Botschaft:* Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (95 Mio.), die Mietaufwendungen des ETH-Bereichs für die Immobilien im Eigentum des Bundes (282 Mio.) sowie weitere Kredite (v.a. Ressortforschung und Personalaufwand; 274 Mio.) nicht mit den BFI-Botschaften beantragt. Die meisten Kredite aus dem Aufgabengebiet Bildung und Forschung sind Bestandteil der BFI-Botschaft (90 %). Diese Kredite sind inklusive Nachtrag IIa um 8,1 Prozent auf 5858 Millionen gestiegen.

*Berufsbildung:* Die Ausgaben in der Berufsbildung sind mit einem Zuwachs von 8,6 Prozent wiederum überdurchschnittlich stark gewachsen. Dem Zuwachs bei den Pauschalbeiträgen von 10,4 Prozent (+64 Mio.) steht ein Rückgang von 13,6 Prozent bei den Innovations- und Projektbeiträgen (-8 Mio.) gegenüber. Dieser Rückgang ist mit einem geringeren Gesuchseingang begründet.

Die Beiträge an die *Hochschulen* nahmen um 3,2 Prozent (+58 Mio.) zu, wobei der Bundesbeitrag an den ETH-Bereich zu 26 Prozent den Hochschulen zugerechnet wird. Mit einem Zuwachs von 6,6 Prozent (+30 Mio.) sind die Beiträge an die Fachhochschulen am stärksten gewachsen. Auch in diesem Bereich leistet der Bund grosse Anstrengungen, um seinen gesetzlichen Anteil von einem Drittel an den anrechenbaren Aufwendungen der Fachhochschulen zu erfüllen. Mit einem Wachstum von 1,9 Prozent (+13 Mio.) wachsen die Beiträge an die kantonalen Universitäten weniger stark an. Bei einer Jahreststeuerung von 0,2 Prozent resultiert jedoch immer noch ein realer Ausbau der verfügbaren Mittel.

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die *Grundlagenforschung* nahmen um 6,6 Prozent (+156 Mio.) zu. Diesem Teilbereich werden im Wesentlichen rund 60 Prozent des Finanzierungsbeitrags an den ETH-Bereich, die Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds SNF, das CERN sowie ein Teil der Beiträge an die Europäische Raumfahrtbehörde ESA angerechnet. Die Beiträge an den SNF sind um 12,3 Prozent (+91 Mio.) gestiegen. Dieses Wachstum entspricht der Strategie des Bundesrates, die kompetitive Forschungsförderung und damit die Exzellenz der Schweizer Forschenden zu stärken. Der Mehraufwand für das CERN von 15 Millionen ist bedingt durch einen starken Anstieg des Beitragssatzes der Schweiz von 2,4 Prozent (2010) auf 3,8 Prozent (2011).

Der Anstieg der Ausgaben für die *angewandte Forschung* um 14,4 Prozent (+167 Mio.) ist grösstenteils auf zwei Fördergefässe zurückzuführen: die Pflichtbeiträge an die Forschungsrahmenprogramme der EU (+98 Mio.), die der angewandten Forschung angerechnet werden, und den Beiträgen an die KTI (+45 Mio.).

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2010	
	2010	2011	2011	absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 666</b>	<b>3 668</b>	<b>3 663</b>	<b>-3</b>	<b>-0,1</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,2	5,8	5,9		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	184	149	147	-37	-20,3
Produktion und Absatz	428	442	441	13	3,0
Direktzahlungen	2 769	2 799	2 795	26	0,9
Übrige Ausgaben	284	278	281	-4	-1,3

Die Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung (3663 Mio.) entsprechen einem Anteil von 5,9 Prozent an den ordentlichen Bundesausgaben. Gegenüber der Rechnung des Vorjahrs blieben die Ausgaben mit einer leichten Abnahme von 3 Millionen weitgehend stabil. Im Vergleich zum Voranschlag 2011 wurden 5 Millionen oder 0,1 Prozent weniger ausgegeben.

Der überwiegende Teil der Landwirtschaftsausgaben wird seit der Inkraftsetzung der Agrarpolitik 2002 per 1.1.2000 gemäss den Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes (LwG) über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Im Rahmen der Parlamentsbeschlüsse zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (AP 2011) wurden drei neue Zahlungsrahmen für die Jahre 2008 bis 2011 im Umfang von insgesamt 13 652 Millionen verabschiedet. Sie setzen sich folgendermassen zusammen: Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen 739 Millionen, Produktion und Absatz 1885 Millionen und Direktzahlungen 11 028 Millionen.

Knapp 76 Prozent oder 2795 Millionen der Agrarausgaben wurden im Jahr 2011 für *allgemeine und ökologische Direktzahlungen* eingesetzt. Somit hat der Bund an jeden der bestehenden knapp 59 000 Landwirtschaftsbetriebe pro Jahr durchschnittlich gut 47 000 Franken an Direktzahlungen ausgerichtet. Mit Ausgaben von 2182 Millionen ist der Grossteil dieser Mittel in Form von allgemeinen Direktzahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe geflossen. Die restlichen 613 Millionen wurden als ökologische Direktzahlungen ausgerichtet. Die Mehrausgaben bei den Direktzahlungen gegenüber dem Vorjahr (+26 Mio.) sind unter anderem auf eine höhere Teilnahme der Landwirtschaftsbetriebe an den Öko- und Tierwohlprogrammen zurückzuführen.

Die Ausgaben im Bereich *Produktion und Absatz* umfassen die Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft und des Pflanzenbaus sowie die Absatzförderung. Im Vergleich zur Rechnung des Vorjahrs haben sich die Aufwendungen im Bereich Produktion und Absatz um 13 Millionen (+3,0%) erhöht. Diese Differenz ist grösstenteils darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2010 deutlich weniger Mittel für Beihilfen für den Pflanzenbau und die Viehwirtschaft beansprucht wurden als üblich. Ausserdem wurden 2011 3 Millionen mehr für die Zulagen für die Milchwirtschaft ausbezahlt als im Vorjahr.

Die Aufwendungen der *Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen* haben gegenüber dem Vorjahr um 37 Millionen oder 20,3 Prozent abgenommen. Diese Abnahme resultiert schwerwiegend aus den überproportional vorgenommenen Kürzungen bei den Investitionskrediten (-34 Mio.) aufgrund der Teuerungskorrektur im Rahmen des Konsolidierungsprogramms (KOP 12/13). Weiter ist die Nachfrage nach Betriebshilfen aufgrund des tiefen Zinsniveaus für die Fremdkapitalbeschaffung zurückgegangen, weshalb der Voranschlagskredit um gut eine Million nicht ausgeschöpft wurde.

Die *Übrigen Ausgaben*, die nicht über die Zahlungsrahmen gesteuert werden und im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken sind, setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Beratung, Vollzug und Kontrolle sowie Pflanzen. Ebenso darin enthalten sind die Ausführbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggi-Gesetz») im Umfang von 76 Millionen und die Familienzulagen für die Landwirtschaft im Umfang von gut 88 Millionen.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 607</b>	<b>2 970</b>	<b>2 799</b>	<b>192</b>	<b>7,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	4,4	4,7	4,5		
Politische Beziehungen	726	785	720	-7	-0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 761	1 933	1 943	181	10,3
Wirtschaftliche Beziehungen	75	87	81	6	8,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	44	165	55	11	24,9

Hinweis: Voranschlag 2011 und Rechnung 2011 bereinigt um den einmaligen Sondereffekt SIFEM (betrifft «Entwicklungshilfe» und «Beziehungen zum Ausland»; vgl. Box Band 1, Ziff. 32)

Die Ausgaben für das Aufgabengebiet *Beziehungen zum Ausland* beliefen sich – bereinigt um den Sondereffekt SIFEM – auf 2799 Millionen. Mit einem Anstieg von 7,4 Prozent gegenüber der Rechnung des Vorjahres (+192 Mio.) weist dieses Gebiet im Vergleich zu den anderen Aufgaben des Bundes ein überdurchschnittliches Wachstum auf.

Der Bereich *Politische Beziehungen* umfasst insbesondere die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz, Beiträge an internationale Organisationen (UNO, Europarat, OSZE, u.a.), die Sitzstaatpolitik, die Friedens- und Sicherheitsförderung sowie die Beiträge an die SRG-Sendungen für das Ausland. Die Ausgaben des Bereichs waren im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (-0,9 % bzw. -7 Mio.), wobei sich die einzelnen Aufgaben unterschiedlich entwickelten. Einen Zuwachs verzeichnete die Friedens- und Sicherheitsförderung (+30 Mio.) – hauptsächlich aufgrund der Übernahme der alleinigen Finanzierung der Genfer Zentren durch das EDA – sowie der Bereich der Gaststaatpolitik (+13 Mio.). Demgegenüber fielen die einmaligen Ausgaben für den Frankophonieipfel weg (-24 Mio.), und es reduzierten sich die Beiträge an die UNO (-5 Mio.). Weiter sanken die Ausgaben beim Betriebsaufwand des EDA (der neu auch die Ausgaben für Präsenz Schweiz umfasst) sowie beim Kostenausgleich für Auslandpersonal um insgesamt 19 Millionen, hauptsächlich aufgrund der günstigeren Wechselkurse. Letztere verursachten bei Betriebsaufwand und Kostenausgleich auch namhafte Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag 2011: Der Minderaufwand belief sich hier auf gesamthaft 42 Millionen, wovon 23 Millionen zur Kompensation von Nachtragskrediten verwendet wurden.

Bei der *Entwicklungshilfe* schlug sich der Entscheid des Parlaments vom 28.2.2011, die APD-Quote bis 2015 auf 0,5 Prozent des BNE zu erhöhen, erstmals in der Rechnung nieder. So trug der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr 10,3 Prozent bzw.

182 Millionen (ohne Berücksichtigung der haushaltsneutralen Transaktionen im Zuge der SIFEM-Gründung). Beteiligt an dem Wachstum waren sämtliche Teilbereiche; am stärksten wuchs die technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (+111 Mio.), gefolgt von der wirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit (+36 Mio.), der Humanitären Hilfe (+20 Mio.), den Kapitalbeteiligungen an regionalen Entwicklungsbanken (+9 Mio.) und den übrigen Beiträgen an multilaterale Organisationen (+5 Mio.).

Die *wirtschaftlichen Beziehungen* beinhalten hauptsächlich die Beiträge an internationale Organisationen im Wirtschaftsbe- reich (EFTA, OECD, IWF, WTO, u.a.). Der Grund für den Zu- wachs gegenüber dem Vorjahr von 5 Millionen liegt grössten- teils im neuen Beitrag an den Treuhandfonds des IWF (+4 Mio.).

Die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU* umfasst den Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten Europäischen Union (Erweiterungsbeitrag) sowie die Hilfe an Transitionsländer. Letztere verlor allerdings in den letzten Jahren ihre Bedeutung, da seit der Osterweiterung der EU die Schweizer Transitionshilfe ausschliesslich im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bzw. des Erweiterungsbeitrags stattfindet. Dies widerspiegelt sich da- rin, dass im Vergleich zur Vorjahresrechnung die Zahlungen aus dem Erweiterungsbeitrag anstiegen (+13 Mio.), währenddessen die Ausgaben aus der Hilfe an Transitionsländer sanken (-3 Mio.) und keine Beiträge an Dritte mehr beinhalteten. Im Vergleich zum Voranschlag 2011 kam es beim Beitrag an die Erweiterung der EU zu einem bedeutenden Minderaufwand von 110 Millio- nen. Dieser ist auf Verzögerungen bei der Umsetzung der Projek- te zurückzuführen. Die *Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU* wird angesichts ihres geringen Volumens mit dem Voranschlag 2013 nicht mehr separat (d.h. als eigenes Detailaufgabengebiet) ausgewiesen, sondern als Teil der *wirtschaftlichen Beziehungen* aufgeführt werden.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>5 742</b>	<b>6 040</b>	<b>5 839</b>	<b>97</b>	<b>1,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,7	9,6	9,4		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 589	2 490	31	1,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	910	1 029	950	40	4,4
Kultur und Freizeit	413	450	429	16	3,9
Gesundheit	228	213	210	-18	-7,8
Umweltschutz und Raumordnung	1 140	1 229	1 127	-13	-1,2
Wirtschaft	591	529	632	41	6,9

Die Ausgaben der sechs übrigen Aufgabengebiete haben – bei einem Anteil von 9,4 Prozent an den Gesamtausgaben – gegenüber dem Vorjahr um 97 Millionen (+1,7%) zugenommen. Während das Auslaufen der Konjunkturstabilisierungsmassnahmen aus den Jahren 2009 und 2010 die Ausgaben zurückgehen liess, führte das Darlehen von 100 Millionen an die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke zu Mehrausgaben. Sodann führte die Umschlüsselung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) zu höheren Ausgaben im Aufgabengebiet Ordnung und öffentliche Sicherheit (und tieferen Ausgaben in anderen Aufgabengebieten).

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* nahmen gegenüber dem Vorjahr um 31 Millionen zu (+1,3%). Für die Departementsführung (-12 Mio., insb. Umschlüsselung NDB und Informations- und Objektsicherheit IOS zu anderen Aufgabengebieten) und für den Bereich Steuern und Abgaben (-11 Mio., tiefere Ausgaben für Amtshilfe USA und das Informatikprojekt INSIEME der ESTV) wurden weniger Mittel eingesetzt als im Vorjahr. Demgegenüber nahmen die Ausgaben vor allem in den Bereichen Informatik (+14 Mio., insb. beim BIT) sowie Bauten und Logistik (+18 Mio., v.a. zusätzliche Mieten) zu. Das verbleibende Wachstum verteilt sich vornehmlich auf die Bereiche Legislative, Landestopographie, Statistik und Zivildienst.

Das Aufgabengebiet *Ordnung und öffentliche Sicherheit* wuchs gegenüber der Rechnung 2010 um 40 Millionen (+4,4%), was fast ausschliesslich auf den Bereich Polizeidienste und Strafverfolgung zurückzuführen ist: In der Rechnung 2011 werden die Ausgaben des neuen NDB diesem Aufgabengebiet zugerechnet (Rechnung 2010: u.a. institutionelle und finanzielle Voraussetzungen). Die Ausgaben für das allgemeine Rechtswesen nahmen nur leicht zu (+1 Mio.), diejenigen für die Grenzkontrollen blieben stabil und diejenigen für die Gerichte gingen um 5 Millionen zurück.

Im Bereich *Kultur und Freizeit* erklärt sich das Wachstum gegenüber dem Vorjahr (+16 Mio., +3,9%) mit Mehrausgaben beim Sport, insbesondere mit höheren Entschädigungen für Jugend

& Sport-Aktivitäten (mehr Kurse und Lager, +10 Mio.) und höheren Beiträgen an Sportförderungsmassnahmen der nationalen Verbände (+3 Mio.). Die Ausgaben für Kulturförderung fielen leicht höher aus als im Vorjahr (+2,4 Mio.), diejenigen für die Kulturerhaltung etwas tiefer (-2,4 Mio.), wobei der Kredit für den Denkmal- und Heimatschutz erneut nicht ausgeschöpft wurde (Verzögerungen).

Die Ausgaben für die *Gesundheit* lagen um 18 Millionen (-7,8%) tiefer als in der Rechnung 2010, weil keine Pandemieimpfstoffe (H1N1) mehr gekauft wurden. Im Vorjahr waren noch 17 Millionen dafür aufgewendet worden. Im Übrigen blieben die Ausgaben in diesem Aufgabengebiet praktisch stabil.

Im Aufgabengebiet *Umweltschutz und Raumordnung* (-13 Mio. bzw. -1,2%) stehen sich Minderausgaben wegen Projektverzögerungen im Bereich Umweltschutz (-29 Mio., v.a. Abwasser- und Abfallanlagen, Altlastensanierung) und Mehrausgaben für den Naturschutz (+8 Mio., neuer Kredit für die Revitalisierung von Gewässern) und den Schutz vor Naturgefahren (+7 Mio. v.a. für den Hochwasserschutz) gegenüber. Die Ausgaben für die Raumordnung wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Millionen (+2%).

Schliesslich lagen die Ausgaben im Aufgabengebiet *Wirtschaft* um 41 Millionen (+6,9%) höher als in der Rechnung 2010. Der Vorjahresvergleich ist von verschiedenen einmaligen Ausgaben im Zusammenhang mit Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur (2009/2010) und zur Abfederung der Frankenstärke (2011) geprägt. Während die Konjunkturstabilisierungsmassnahmen für die digitale Signatur und die Exportförderung ausliefen, stieg der Beitrag an Schweiz Tourismus um 11 Millionen (+24%) an, und im Rahmen der Massnahmen zur Abfederung der Frankenstärke wurde der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit ein Darlehen von 100 Millionen gewährt. Für den Bereich Energie wurden 27 Millionen weniger als im Vorjahr ausgegeben, weil die Konjunkturstabilisierungsmassnahmen für Fernwärme und Photovoltaikanlagen ausliefen. Die Ausgaben in den Bereichen Wirtschaftsordnung und Forstwirtschaft nahmen im Vorjahresvergleich um weniger als 1 Prozent zu.



## 31 Personal

Mio CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2010	
	2010	2011	2011	absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 824</b>	<b>5 120</b>	<b>4 923</b>	<b>99</b>	<b>2,1</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 698</b>	<b>5 000</b>	<b>4 804</b>	<b>105</b>	<b>2,2</b>
<b>Legislative</b>	<b>70</b>	<b>72</b>	<b>71</b>	<b>0</b>	<b>0,4</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	36	38	36	0	-0,6
Personalaufwand	34	34	35	1	1,8
Übriger Personalaufwand	0	0	0	0	-33,3
<b>Judikative</b>	<b>137</b>	<b>138</b>	<b>135</b>	<b>-2</b>	<b>-1,7</b>
Bezüge Bundesrichter	37	38	38	0	0,5
Personalaufwand	99	98	96	-3	-2,9
Übriger Personalaufwand	1	1	1	0	11,1
<b>Exekutive</b>	<b>4 462</b>	<b>4 557</b>	<b>4 498</b>	<b>36</b>	<b>0,8</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	2,6
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	11,1
Personalaufwand	4 346	4 419	4 383	37	0,9
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	57	66	54	-3	-4,4
Übriger Personalaufwand	55	67	56	2	2,9
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>71</b>	<b>173</b>	<b>51</b>	<b>-20</b>	<b>-27,6</b>
Globalkredite	-	57	-	-	-
Arbeitgeberbeiträge global	-	59	-	-	-
Arbeitgeberleistungen	71	57	51	-20	-27,6
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>-42</b>	<b>61</b>	<b>48</b>	<b>90</b>	<b>213,7</b>
Sozialplan	-76	16	7	83	108,8
Vorruhestandsurlaub	34	46	42	8	23,5
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>126</b>	<b>119</b>	<b>119</b>	<b>-7</b>	<b>-5,5</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	126	119	119	-7	-5,5
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 894</b>	<b>5 120</b>	<b>4 945</b>	<b>51</b>	<b>1,0</b>

## Hinweise:

- Personalaufwand: Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge.
- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2011 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Arbeitgeberleistungen: VLVA (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Pensionskassenverpflichtungen, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

Der Personalaufwand wird nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche zentral im Eidg. Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

Im Vergleich zur Rechnung 2010 steigt der Personalaufwand um insgesamt 99 Millionen an (+2,1 %). Davon ist rund die Hälfte auf Sondereffekte in der Rechnung 2010 zurückzuführen (Auflösung einer Rückstellung für Sozialplankosten im VBS [-76 Mio.] und Bildung einer Rückstellung für die Ruhegehälter von Magistratspersonen [+25 Mio.]). Der Rest erklärt sich durch höhere Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge (Lohnmassnahmen, höhere ALV- und EO/MV-Beiträge) sowie Mehrausgaben im Zusammenhang mit vorzeitigem Pensionierungen, Vorruhestandsurlaub und Umstrukturierungen.

**Legislative**

Der Personalaufwand der Legislative blieb gegenüber dem Vorjahr stabil.

**Judikative**

Der Personalaufwand der Judikative nahm gegenüber der Rechnung 2010 um insgesamt 2 Millionen ab. Die Abnahme ist auf die diversen Umstrukturierungen bei den Gerichten zurückzuführen.

**Exekutive**

Der für die Kostensteuerung massgebende Personalaufwand der Exekutive nahm gegenüber der Rechnung 2010 um 36 Millionen (+0,8 %) zu. Die Zunahme erklärt sich mit den gewährten Lohnmassnahmen (+48 Mio.) sowie den namentlich aufgrund

des leicht höheren Durchschnittsalters gestiegenen Arbeitgeberbeiträgen (+10 Mio.). Im Weiteren haben die Ausgaben für die Personalfürsorge beim EDA zugenommen (+1 Mio.). Demgegenüber steht ein Minderaufwand, welcher auf die Abnahme des Stellenbestandes im Umfang von 258 Vollzeitstellen (-21 Mio.) sowie tiefere Ausgaben für das Lokalpersonal EDA zurückzuführen ist.

#### *Stellenbestand*

Der Bund beschäftigte Ende 2011 auf Vollzeitbasis 33 054 Personen. Im Vergleich zur Rechnung 2010 entspricht dies insgesamt einer Nettoabnahme des Stellenbestandes um 258 Einheiten. Die Abnahme ist hauptsächlich auf den Abbau und die hohe Fluktuation im VBS (-319 Stellen) sowie auf einen partiellen Anstellungsstopp und Einsparungen durch Prozessoptimierungen im EFD (-173 Stellen) zurückzuführen. Der Abnahme stehen Stellenaufstockungen von insgesamt 266 Vollzeitstellen (Nettobetrachtung) gegenüber, die sich über die übrigen Departemente verteilen. Die beschriebenen Stellenaufstockungen werden zur Hälfte der Fälle intern kompensiert und führen daher nicht zu Mehrausgaben für den Bund. Detailliertere Angaben zu den Stellenaufstockungen können der Zusatzdokumentation zum Personal des Eidg. Personalamtes entnommen werden.

#### **Global- und Spezialkredite**

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel vollumfänglich und bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

#### *Arbeitgeberbeiträge global*

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden vollständig an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert und in deren Personalaufwand integriert.

#### *Arbeitgeberleistungen*

Die Abnahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 20 Millionen ist auf die im Rechnungsjahr 2010 gebildeten Rückstellungen für Ruhegehälter von Magistratspersonen in der Höhe von 25 Millionen zurückzuführen. Ohne diese einmalige Neubewertung würden die Arbeitgeberleistungen Mehraufwendungen von insgesamt 5 Millionen aufweisen. Diese stehen im Zusammenhang mit vorzeitigen Pensionierungen (Finanzierung von Überbrückungsrenten) nach Artikel 88f Bundespersonalverordnung (BPV; SR 172.220.III.3).

#### *Umstrukturierungen*

Die Mehraufwendungen bei den Umstrukturierungen (Sozialplankosten) im Umfang von 83 Millionen werden durch die im Rechnungsjahr 2010 aufgelösten Rückstellungen bei den Sozialplankosten nach Artikel 105 BPV, welche in direktem Zusammenhang mit der Sistierung des Stellenabbaus im VBS (Logistikbasis der Armee) stehen, nach oben verzerrt. Der finanzierungswirksame Zuwachs im Rechnungsjahr 2011 beträgt 7 Millionen.

#### **Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten**

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nimmt um 7 Millionen (-5,5%) ab und ist mehrheitlich auf eine Reorganisation im EDA/DEZA zurückzuführen. Während die Ausgaben im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bei der DEZA zugenommen haben (+4 Mio.), nahmen die Kredite Zivile Konfliktbearbeitung (-7 Mio. beim EDA), wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit osteuropäischen Staaten (-4 Mio. beim SECO) ab.

Der Unterschied zwischen den *Personalausgaben* und dem *Personalaufwand* erklärt sich im Wesentlichen mit der (aufwandsmindernden) Auflösung von Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben und für Sozialplankosten (-20 Mio.).

## 32 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber/-nehmersituation.

Die *Leistungserbringer* (BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, EVD und Führungsunterstützungsbasis der Armee FUB, welche Teil des Verteidigungsbereichs ist) erbringen als Service-Center Leistungen, insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung. Die LE verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam als Leistungsverrechnung (LV) auf Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung beläuft sich 2011 auf 585 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für PUBLICA, Swissmedic, FINMA, AHV-Fonds, ALV und das Paul Scherrer Institut). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT der grösste IKT-LE (453 Mio.). Es folgen FUB (355 Mio. inkl. V-intern erbrachte Leistungen), ISC-EJPD (86 Mio.) und Informatik EDA (48 Mio.). Kleinster LE ist das ISCECO des EVD (18 Mio.).

Die *Leistungsbezüger* können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel: finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und LV für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der LB handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Informatikrat Bund (IRB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim GS EFD: Informatikreserve Bund, IKT-Wachstum Bund und Querschnittsprojekte).

- Departemente: Informatikreserve und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen setzen sich wie folgt zusammen:

- Ertrag: finanzierungswirksame Erträge, welche die LE gegenüber externen Dritten erwirtschaften.
- Aufwand: finanzierungswirksamer und nichtfinanzierungswirksamer Aufwand von LB und LE sowie LV-Aufwand der LE für bundesintern bezogene Leistungen wie Mieten oder Büromaterial.
- Investitionsausgaben: Investitionsausgaben von LB und LE.
- Ausgaben: finanzierungswirksamer Aufwand und Investitionsausgaben.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen würden und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Der *Ertrag* der Informatik-Leistungserbringer stieg gegenüber der Rechnung 2010 um 11 Millionen. Der Mehrertrag aus Informatikleistungen wurde vollumfänglich durch das BIT erzielt, das für folgende Kunden zusätzliche Aufträge ausführen konnte: Swissmedic (+7 Mio.), Paul Scherrer Institut (+3,5 Mio.) sowie PUBLICA (+1 Mio.).

Der *Aufwand* nahm gegenüber der Rechnung 2010 um 51 Millionen oder 4,9 Prozent zu. Das Aufwandwachstum lässt sich mit folgenden Faktoren erklären: Mehraufwand für Mieten bei der FUB (+28 Mio.); Zunahme der Aufwendungen für Informatikentwicklung, -beratung und -dienstleistungen: externe Kunden BIT (Swissmedic, Paul Scherrer Institut und PUBLICA) 11 Millionen und GS EJPD 3 Millionen für die Ablösung der HP Non-Stop Plattform; Aufwanderhöhung im Bereich Betrieb/Wartung für Applikationen beim ASTRA (+ 3 Mio.), der Zollverwaltung (+2 Mio.) und beim Bundesamt für Umwelt (+2 Mio.).

Betrachtet man das Aufwandwachstum gegliedert nach *Aufwandarten*, so waren gegenläufige Bewegungen zu verzeichnen: Während der Sach- und Betriebsaufwand und der Personalaufwand um 51 Millionen respektive 7 Millionen stiegen, nahmen die Abschreibungen um 7 Millionen ab.

Der Anstieg beim *Personalaufwand* der Leistungserbringer ist bedingt durch die Schaffung von zusätzlichen Stellen sowie der Lohnmassnahmen des Bundes. Während das ISC-EJPD (+4 Mio.), die FUB (+4 Mio.) und die Informatik EDA (+1 Mio.) Zunahmen verzeichneten, nahm der Personalaufwand beim BIT

## Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>32</b>	<b>30</b>	<b>43</b>	<b>11</b>	<b>34,4</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	19	17	29	10	52,6
Übriger Ertrag	13	13	14	1	7,7
<b>Aufwand</b>	<b>1 043</b>	<b>1 183</b>	<b>1 094</b>	<b>51</b>	<b>4,9</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer)	340	351	347	7	2,1
Sach- und Betriebsaufwand	594	690	645	51	8,6
Hardware Informatik	42	57	46	4	9,5
Software	37	43	36	-1	-2,7
Informatik Betrieb/Wartung	113	141	120	7	6,2
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	230	256	244	14	6,1
Telekommunikation	50	52	50	-	-
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer)	122	140	149	27	22,1
Abschreibungen	109	142	102	-7	-6,4
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>107</b>	<b>129</b>	<b>96</b>	<b>-12</b>	<b>-10,9</b>
Investitionen Informatiksysteme	61	69	46	-15	-24,6
Investitionen Software	46	60	49	3	6,5
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer)	0	0	1	0	75,9
<b>Ausgaben</b>	<b>941</b>	<b>1 055</b>	<b>956</b>	<b>15</b>	<b>1,6</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	834	926	860	26	3,1
Investitionsausgaben	107	129	96	-11	-10,3

ab (-3 Mio.). Das ISC-EJPD schuf insbesondere im Bereich Projekte und Dienstleistungen zusätzliche Stellen. Bei der FUB wurde zur Aufrechterhaltung der Leistungserbringung auf den früher geplanten Abbau von 50 Stellen verzichtet und einem zusätzlichen Aufwuchs zugestimmt.

Der Hauptgrund für die Zunahme des *Sach- und Betriebsaufwandes* von 51 Millionen sind höhere Mietkosten bei der FUB (+28 Mio.), die auf zusätzliche Erschliessungen/Netze und neue Mietkosten der Swisscom für sämtliche Kabel- und Kanalisationsmitbenutzungen zurückzuführen sind. Weiter waren Aufwandsteigerungen bei der Entwicklung von Fachanwendungen (+ 14 Mio.) und beim Betrieb/Wartung (+7 Mio.) zu verzeichnen, die bereits weiter oben beschrieben wurden. Ausserdem wurde für 4 Millionen mehr Hardware beschafft als im Vorjahr. Dieser Mehraufwand betrifft vollumfänglich das BIT.

Die *Abschreibungen* fielen um 7 Millionen tiefer aus als im Vorjahr. Beim Bundesamt für Migration fielen 6 Millionen weniger Abschreibungen für Software an, und beim BIT sanken die Abschreibungen von Informatiksystemen um 1 Million.

Die *Investitionsausgaben* nahmen um 12 Millionen (-10,9 %) ab. Von den Investitionsausgaben von total 96 Millionen entfielen 45 Millionen auf die Leistungserbringer und 51 Millionen auf

die Leistungsbezüger. Die Abnahme resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen: den Minderausgaben für Investitionen in Informatiksysteme (-15 Mio.) standen Mehrausgaben für Software (+3 Mio.) und für übrige Investitionen bei den Leistungserbringern gegenüber (+1 Mio.). Minderausgaben für Informatiksysteme waren bei der FUB (-7 Mio.), dem ISC-EJPD (-2 Mio.) und der fedpol (-2 Mio.) zu verzeichnen. Die Mehrausgaben für Investitionen in Software betrafen das ASTRA (+5 Mio., Management Informationssystem Strasse MISTRA und Weiterentwicklung der bestehenden Fachapplikationen).

Im Vergleich zur Vorperiode stiegen die *Ausgaben* mit 15 Millionen oder 1,6 Prozent nur leicht an. Davon sind 11 Millionen auf Aufträge des BIT für externe Kunden zurückzuführen, die vollumfänglich durch Mehreinnahmen gedeckt wurden. Damit zeigen die vom Bundesrat ergriffenen Sparmassnahmen im Eigenbereich der Verwaltung Wirkung. Aufgrund dieser Sparmassnahmen wird das Ausgabenwachstum in der IKT auch in den nächsten Jahren tief ausfallen. So leistet auch der IKT-Bereich einen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts. Dies erfordert eine konsequente Verbesserung der IKT-Effizienz. Mit der revidierten Bundesinformatikverordnung sind die Grundlagen geschaffen worden, dass im Projektbereich aufgrund eines Portfoliomanagements auf Stufe Departement und Bund eine verstärkte Priorisierung vorgenommen werden kann.

### 33 Bundestresorerie

#### Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Total</b>	<b>94 807</b>	<b>92 559</b>	<b>92 539</b>	<b>-20</b>	<b>0,0</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>6 947</b>	<b>9 181</b>	<b>10 610</b>	<b>1 429</b>	<b>15,6</b>
Geldmarktbuchforderungen	6 947	9 181	10 610	1 429	15,6
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>87 859</b>	<b>83 378</b>	<b>81 929</b>	<b>-1 449</b>	<b>-1,7</b>
Öffentliche Anleihen	86 119	81 538	80 049	-1 489	-1,8
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	1 690	1 790	1 830	40	2,2
Festgeldschulden übrige	50	50	50	0	0,0

Die Tresorerie sorgt dafür, dass die Zahlungsbereitschaft des Bundes sowie der ihr angeschlossenen Betriebe und Anstalten jederzeit gewährleistet ist. Der Finanzierungsbedarf wird grundsätzlich durch Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt gedeckt. Zum Ausgleich von Liquiditätsschwankungen und zur Finanzierung künftiger Grossprojekte hält der Bund Tresoreriereserven, welche sicher und zu marktkonformen Bedingungen angelegt sind. Zudem ist die Tresorerie für die Devisenbeschaffung und -bewirtschaftung zuständig.

#### Geld- und Kapitalmarkt

Die Tresorerieschuld des Bundes am *Geld- und Kapitalmarkt* blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil (Nettoreduktion von 20 Mio.). Im Vorjahr wurde sie um netto 2,2 Milliarden abgebaut.

Die Geldbeschaffung mittels *Geldmarkt-Buchforderungen* wurde um 1,4 Milliarden erhöht; insgesamt waren am Jahresende 10,6 Milliarden Geldmarkt-Buchforderungen ausstehend. Seit Ende August 2011 sind bei den Geldmarkt-Buchforderungen Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, was bedeutet, dass der Bund für die Mittelaufnahmen Zinsen einnimmt. Die Käufer von Geldmarkt-Buchforderungen suchen Sicherheit um jeden Preis und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Aufgrund der angespannten Lage an den Finanzmärkten rentieren die Geldmarkt-Buchforderungen ab August im negativen Bereich.

In bescheidenem Ausmass wurden über das Jahr *Geldmarktkredite* (inkl. Mittelaufnahmen bei PostFinance) zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel eingesetzt. Ende 2011 waren keine Geldmarktkredite ausstehend.

Die *Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV* erhöhte ihre Anlagen um 40 Millionen auf 1,83 Milliarden per Ende 2011.

Im Berichtsjahr wurden zwei neue Basisanleihen (Fälligkeit 2022 und 2031) lanciert. Daneben wurden ausschliesslich bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen werden sukzessive

grosse, liquide Anleihen aufgebaut, was den Sekundärmarkt-handel stützt und die Preisbildung verbessert. Per Ende 2011 sind 20 Bundesanleihen ausstehend, deren Nominalbetrag sich Ende 2011 auf insgesamt 80,0 Milliarden beläuft (Ende 2010: 81,5 Mrd.). Sieben weisen einen Betrag von je über fünf Milliarden und davon vier über sechs Milliarden auf.

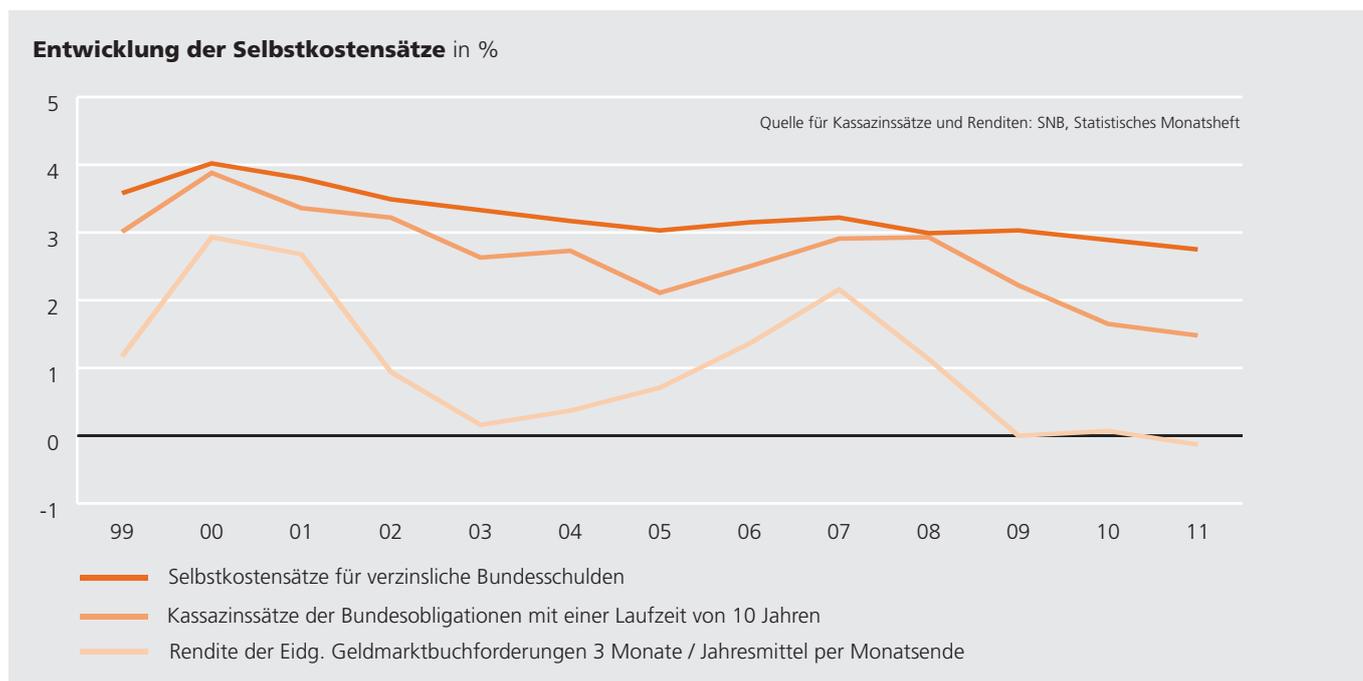
Im Jahr 2011 wurden Bundesanleihen – ausser im August – im monatlichen Emissionsrhythmus platziert. Die im November und Dezember 2010 emittierten Bundesanleihen wurden im 2011 und die im November und Dezember 2011 begebenen Bundesanleihen wurden erst im Januar 2012 liberiert. Insgesamt wurden im Jahr 2011 13 Anleihen emittiert; inklusive platzierten Eigenquoten wurden brutto 6,1 Milliarden aufgenommen (2010: 4,1 Mrd.). Unter Berücksichtigung der ordentlichen Rückzahlung einer Anleihe ergab sich 2011 eine Reduktion der Nettomittel bei den Anleihen von 1,5 Milliarden (2010: Nettomittelreduktion von 4,6 Mrd.).

Unter der Rubrik *übrige Festgeldschulden* figuriert eine längerfristige Anlage von 50 Millionen der Skycare bei der Tresorerie.

#### Zinsentwicklung

Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im *Selbstkostensatz* für die verzinsliche Bundesschuld (ohne Kreditoren und Depotkonti) wider; dieser liegt Ende 2011 bei 2,75 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nachdem der Satz Ende 2010 bei 2,89 Prozent gelegen hatte. Der Rückgang des Satzes ist auf die Rückzahlung einer Anleihe, die rekordtiefen Renditen bei den Anleiheemissionen und die Emission von Geldmarkt-Buchforderungen mit zum Teil negativen Renditen zurückzuführen. Über die Entwicklung der Selbstkostensätze gibt die folgende Grafik Auskunft.

In die Berechnung der Selbstkostensätze einbezogen sind sämtliche Geld- und Kapitalmarktschulden gemäss den Positionen der Tabelle «Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden». Ende 2011 beliefen sich die Schulden zur Berechnung der Selbstkostensätze auf 92,5 Milliarden (Vorjahr: 92,6 Mrd.). In der



Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten inklusive Emissionsabgabe sowie die Einlösungskommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

### Tresorieriemittel

Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterlagen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Nationalbank und am Markt platziert. Bei den Marktanlagen wird darauf geachtet, dass die Bonitäten der Gegenparteien einwandfrei sind und die Mittel breit gestreut angelegt werden, um Klumpenrisiken zu vermeiden. Aufgrund der angespannten Lage an den Finanzmärkten wurden im Laufe des Jahres nur noch sehr selektiv Mittel am Markt platziert. Ende Jahr waren verfügbare Tresorieriemittel im Betrag von 7,3 Milliarden ausstehend (6,4 Mrd. Ende 2010). Die Gelder waren zum grössten Teil bei der Nationalbank angelegt.

Der Stand der Tresoriedarlehen an den ALV-Fonds sank per Ende 2011 von 7,4 auf 6 Milliarden. Ein wichtiger Beitrag zur Reduktion resultierte aus dem zusätzlichen Bundesbeitrag von 500 Millionen an den ALV-Fonds, der mit dem Massnahmenpaket zur Abfederung der Frankenstärke beschlossen wurde. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende 2011 590 Millionen (Vorjahr 240 Millionen).

### Nettozinslast

Während der Zinsaufwand unter dem Niveau des Vorjahres war, blieben die Zinseinnahmen gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil. Dadurch ergibt sich eine Reduktion der Nettozinslast von 3,9 auf 3,1 Prozent (Zinsausgaben netto in % der ordentlichen Einnahmen).

### Devisenbewirtschaftung, Derivative

Der Budgetbedarf an *Devisen* (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Im Berichtsjahr wurden keine Optionen eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2011 hat die Bundestresorerie 396 Millionen Euro und 403 Millionen US-Dollar für die Verwaltungseinheiten beschafft. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für Spezialgeschäfte aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren spezifischer Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäften abgedeckt.

Im Bereich der *Derivate* reduzierten sich die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 105 Millionen auf 85 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 2,7 Milliarden Ende 2010 auf 2,2 Milliarden Ende 2011. Im Jahr 2011 wurden keine neue Zinssatzswap-Verträge oder andere Zinsderivate abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps wurden abgeschlossen, um eine längerfristige

Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen erhöhte sich vor allem aufgrund der erneut gesunkenen Zinssätze geringfügig auf 249 Millionen.

### Zentrale Absicherung von Währungsrisiken

Die Absicherung der Währungsrisiken hat im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise wiederholt zu Diskussionen Anlass gegeben. Aufgrund der Frankenaufwertung wäre ein unterjähriger Devisenkauf (Jahresdurchschnitt 0,89 CHF/USD bzw. 1,23 CHF/Euro) billiger gewesen als die Absicherung (1,08 CHF/USD bzw. 1,39 CHF/Euro). Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die Wechselkursentwicklung krisenbedingt ungewöhnlich volatil war. Grundsätzlich sind Devisenkurse nur schwer resp. nicht zu prognostizieren. Die Absicherung erfüllt deshalb nach wie vor die Ziele, das Währungsrisiko für den Bund zu begrenzen und Planungssicherheit für die Verwaltungseinheiten zu schaffen. Gleichzeitig ermöglicht die zentrale Absicherung bei der Bundestresorerie

das Poolen der Mittel und bessere Konditionen am Markt. Da der Bund jedes Jahr Fremdwährungen kaufen muss und damit automatisch der Devisenkursentwicklung ausgesetzt ist, ist die vorverschobene Beschaffung (Absicherungsstrategie) letztlich mit einer laufenden Beschaffung zum Zeitpunkt der Zahlungen vergleichbar. Der Unterschied liegt einzig darin, dass die Verwendung der Devisen um ein Jahr verschoben ist, damit aber der Vorteil der Planungssicherheit erzielt werden kann. Im Berichtsjahr wurden für das Jahr 2012 USD und Euro zu 0,86 resp. 1,22 Franken beschafft. Seit Einführung der Währungsabsicherung 1998 wurden budgetierte Euro und USD im Umfang von rund 15 Milliarden Franken gekauft, d.h. pro Jahr wurden durchschnittlich Euro und USD im Gegenwert von einer Milliarde Franken beschafft. Aus Sicht des Bundes resultierte aus dieser Absicherungsstrategie über einen längeren Zeitraum (1998–2009) eine Einsparung von rund 50 Millionen Franken im Vergleich zu einer Nichtabsicherung. Die rasche Aufwertung des Schweizer Francs seit Anfang 2010 führte jedoch für die ganze Periode 1998–2011 zu Absicherungskosten von rund 140 Millionen Franken oder 1 Prozent.

### Entwicklung der Nettozinslast



### 34 Beratungsaufwand

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Beratungsaufwand</b>	<b>238</b>	<b>252</b>	<b>225</b>	<b>-13</b>	<b>-5,7</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	217	240	202	-15	-6,7
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige Kommissionen	16 5	6 6	17 6	1 0	5,0 5,7
<b>Beratungsausgaben</b>	<b>239</b>	<b>252</b>	<b>222</b>	<b>-17</b>	<b>-7,1</b>

Unter dem Beratungsaufwand werden die Aufwände für Dienstleistungen ausgewiesen, deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit). Nicht zur Beratung zählen ferner externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

Auf über 130 verschiedenen Krediten über die gesamte Bundesverwaltung ist Beratungsaufwand budgetiert. Deshalb können an dieser Stelle nur die wichtigsten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr und die grössten Abweichungen vom Voranschlag kommentiert werden.

Im Vergleich zur Rechnung 2010 fiel der Beratungsaufwand mit 225 Millionen um gut 13 Millionen tiefer aus (-5,7%).

Vor allem die ESTV (-6 Mio.; weniger Unterstützungsbedarf für die Behandlung von Amtshilfesuchen der USA), die Verteidigung (-4,8 Mio.; Zurückhaltung bei der Vergabe von Mandaten, Verzögerungen) und armasuisse Immobilien (-1,5 Mio.) nahmen weniger Beratungsdienstleistungen in Anspruch als im Vorjahr. Beim GS VBS führte v.a. der Transfer der Informations- und Objektsicherheit (IOS) zum Verteidigungsbereich zu einem Minderaufwand von 2,5 Millionen.

Demgegenüber fiel der Beratungsaufwand insbesondere beim ASTRA (+4,9 Mio., im Rahmen des Globalbudgets), bei der KTI (+1,7 Mio., im Zusammenhang mit den Massnahmen gegen die Frankenstärke) und beim BFE (+1 Mio.) höher aus als im Vorjahr.

Der Voranschlag 2011 wurde um 28 Millionen unterschritten (11,1%). Weniger Mittel als budgetiert benötigten insbesondere:

- die Verteidigung (9,2 Mio.), dank einer zurückhaltenden Vergabe von Mandaten und Verzögerungen beim Normkonzept der Informations- und Objektsicherheit;
- das SBF (3,7 Mio.), auf verschiedenen Krediten;
- und das BSV (2,9 Mio.), insbesondere wegen Verzögerungen bei einer Kampagne im Bereich der IV.

Darüber hinaus unterschritten mehrere Ämter ihre Kredite bzw. Kreditanteile für Beratungsaufwand um mehr als 1 Million (BAG, armasuisse Beschaffungen, armasuisse Immobilien, GS EFD, ESTV, EZV, BBL, BBT, KTI, GS UVEK, BAV, BAZL und BAKOM). Die Gründe dafür sind vielfältig (v.a. Verzögerungen, Zurückhaltung bei der Mandatsvergabe). Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Mittel u.a. in FLAG-Ämtern teilweise für andere Aufwände verwendet wurden und der Beratungsaufwand damit innerhalb des Globalbudgets zur Kompensation diente.

Höher als budgetiert fiel der Beratungsaufwand demgegenüber beim BFM (+6,3 Mio., mehr Asylgesuche), beim SECO (2,6 Mio., v.a. Exportförderung / Aufbau von Exportplattformen) sowie bei den FLAG-Ämtern swisstopo, agroscope und ASTRA aus.

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
			absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>80,4</b>	<b>79,7</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,9</b>
Presse- und Informationsarbeit	29,6	29,4	-0,2	-0,7
Direktinformation	42,1	41,6	-0,6	-1,3
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	8,7	8,7	0,0	0,4

Die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der Departemente und der Bundeskanzlei (inklusive der separat erfassten EAV, Integrationsbüro EDA/EVD und Infrastrukturfonds) betragen 2011 insgesamt 79,7 Millionen. Dies sind 0,7 Millionen bzw. 0,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Fünf Departemente verzeichneten einen Rückgang, zwei Departemente und die BK einen Anstieg der Kosten. Der Anteil der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit beträgt 0,12 Prozent am gesamten Aufwand des Bundes.

Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total Rechnung 2011	Bundeskanzlei	EDA	EDI	EJPD	VBS
<b>Total</b>	<b>79,7</b>	<b>8,7</b>	<b>8,3</b>	<b>12,4</b>	<b>4,1</b>	<b>12,6</b>
Presse- und Informationsarbeit	29,4	4,4	2,3	3,2	2,2	4,6
Direktinformation	41,6	3,9	6,0	3,0	1,9	8,0
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	8,7	0,4	–	6,1	0,1	0,1

Mio. CHF	efd	EVD	UVEK	IB	EAV	IF
<b>Total</b>	<b>9,3</b>	<b>10,3</b>	<b>11,8</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>	<b>0,7</b>
Presse- und Informationsarbeit	3,1	4,4	4,6	0,2	0,2	–
Direktinformation	5,2	5,0	6,9	0,6	0,4	0,7
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	0,9	0,8	0,3	0,0	–	–

IB = Integrationsbüro EDA/EVD  
IF = Infrastrukturfonds

### Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten entfielen 29,4 Millionen (36,9%) auf den Bereich *Presse- und Informationsdienst*, 41,6 Millionen (52,2 %) auf *Direktinformationen* und 8,7 Millionen (10,9 %) auf *Präventionskampagnen* sowie *Abstimmungsinformationen*. Der Aufwand für die Presse- und Informationsarbeit beziehungsweise für die Direktinformation ging leicht zurück, derjenige für Kampagnen und Abstimmungsinformation blieb – nach deutlichem Rückgang im Vorjahr – unverändert.

### Kostenarten

Der Gesamtaufwand für *Personalkosten* für die 294 Vollzeitstellen (Vorjahr: 296) betrug gegenüber dem Vorjahr unverändert 49,5 Millionen (62,2 % der Gesamtkosten). Die *Sachkosten* beliefen sich auf 30,1 Millionen (37,8 % der Gesamtkosten). Dies sind 1,1 Millionen oder 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Der Anteil an Eigenleistungen ist somit erneut gestiegen.

### Aktivitäten der Departemente

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit der *Bundeskanzlei* stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 0,45 Millionen bzw. 5,5 Prozent auf 8,7 Millionen an. Der Aufwand für das Personal ging leicht zurück. Die Sachkosten stiegen um knapp 0,7 Millionen. Grösster Aufwandsposten bleibt die von der Bundeskanzlei für die gesamte Verwaltung übernommene Entschädigung für die Leistungen der Schweizerischen Depeschagentur (3,1 Mio.).

Im *EDA* fiel 2011 insgesamt 8,3 Millionen Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit an, davon 3,3 Millionen (39,7 %) bei insgesamt 20 Vollzeitstellen für Personalkosten und 5,0 Millionen (60,3 %) für Sachkosten. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Kosten um rund 1,3 Millionen (+18 %). Hauptgrund dafür sind Zusatzaufwendungen der DEZA im Rahmen ihres 50-Jahre-Jubiläums sowie ein höherer Personalaufwand für die Kommunikation im Präsidentschaftsjahr. Das Interesse von Öffentlichkeit

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2010		Total Rechnung 2011		Differenz zu 2010	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Total</b>	<b>80,4</b>	<b>100,0</b>	<b>79,7</b>	<b>100,0</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,9</b>
BK	8,3	10,3	8,7	11,0	0,5	5,5
EDA	7,0	8,7	8,3	10,4	1,3	18,4
EDI	11,9	14,8	12,4	15,5	0,5	4,0
EJPD	4,4	5,5	4,1	5,2	-0,2	-5,6
VBS	13,9	17,3	12,6	15,8	-1,3	-9,1
EFD	9,6	12,0	9,3	11,6	-0,4	-3,7
EVD	11,9	14,8	10,3	12,9	-1,7	-14,0
UVEK	12,0	15,0	11,8	14,8	-0,2	-2,0
IB	0,9	1,1	0,9	1,1	0,0	-0,7
EAV	0,5	0,6	0,6	0,8	0,1	27,5
IF	-	-	0,7	0,9	0,7	-

IB = Integrationsbüro EDA/EVD  
IF = Infrastrukturfonds

und Medien für die Stellung der Schweiz in der Welt und ihre Aussenpolitik war anhaltend hoch. Dies lag an zahlreichen Krisen (Fukushima, Euro-Krise etc.) sowie den historischen Umwälzungen im arabischen Raum.

Das *EDI* wendete insgesamt 12,4 Millionen für Öffentlichkeitsarbeit auf, rund 0,5 Millionen oder 4 Prozent mehr als 2010. Diese Kosten entfallen zu ungefähr gleichen Teilen auf Personal- und Sachkosten. Der im Vergleich zu anderen Departementen hohe Anteil der Sachkosten ist auf zahlreiche Kampagnen im BAG und BSV zurückzuführen. Der Anstieg der Gesamtkosten erklärt sich weitgehend durch Mehraufwendungen im BSV für die vom Bundesrat lancierten Jugendschutzprogramme «Jugend und Medien» sowie «Jugend und Gewalt».

Im *EJPD* wurde 2011 die Bundesanwaltschaft ausgegliedert. Bereinigt um die 2010 noch enthaltenen Kosten der Öffentlichkeitsarbeit der BA stiegen die Kommunikationskosten im EJPD um 6,6 Prozent auf 4,1 Millionen. Der grösste Teil entfällt auf Personalkosten (83,6 %). Der Personalbestand stieg um 2,5 Prozent. Kernaufgabe der Kommunikation des EJPD blieb die Information der Medien und der Bürgerinnen und Bürger. Zusätzliche kommunikative Anstrengungen erforderte auch die Volksabstimmung über die Initiative «Schutz vor Waffengewalt».

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit im *VBS* betragen 12,6 Millionen (-9,1 %). Bei leicht sinkenden Personalkosten ist der Rückgang zum grossen Teil auf Minderaufwand bei den Sachkosten zurückzuführen. Insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Verteidigung gingen die Aufwendungen im Betriebs- und im Beratungsaufwand zurück (-0,8 Mio.); zudem entfielen im Bundesamt für Bevölkerungsschutz grössere Informationskampagnen und die VBS-internen Leistungsbezüge beim Zentrum elektronische Medien ZEM gingen zurück.

Die im *EFD* ermittelten Kommunikationskosten gingen um rund 4 Prozent auf 9,3 Millionen zurück. Die Personalkosten beliefen sich auf 7,3 Millionen, was einem Mehraufwand von 5,8 Prozent entspricht. Die Sachkosten verminderten sich auf 2,0 Millionen (-27,4 %). Erstmals ausgewiesen werden die Kosten der Öffentlichkeitsarbeit für das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) in der Höhe von knapp 0,2 Millionen.

Im *EVD* ging der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit um 14 Prozent auf 10,3 Millionen zurück. Die Personalkosten sanken um 9 Prozent, die Sachkosten um 26 Prozent. Dies ist zum grössten Teil auf folgende Faktoren zurückzuführen: Als verwaltungsunabhängige Behördenkommission ist die Kommission für Technologie und Innovation KTI ab 2011 von der Erhebung der Kosten der Öffentlichkeitsarbeit befreit und beim BVET wurde der Aufwand einer gesetzlich vorgeschriebenen Kampagne aus der Erhebung genommen. Einsparungen in der Höhe von rund 0,4 Millionen wurden durch die Zusammenlegung der Kommunikation von Agroscope Liebefeld-Posieux und des Schweizerischen Nationalgestüts erzielt.

Im *UVEK* sanken die Kosten um rund 2 Prozent auf 11,8 Millionen. Die Personalkosten stiegen um 8,3 Prozent auf 6,4 Millionen, die Sachkosten gingen um knapp 12 Prozent auf 5,4 Millionen zurück, letzteres insbesondere wegen geringerer Sachkosten im Zusammenhang mit der Kommunikation des ASTRA für das Nationalstrassennetz. Die gestiegenen Personalkosten sind auf eine Reorganisation im Bereich der Kommunikationsdienste des UVEK und auf Zusatzaufwendungen im Nachgang zur Katastrophe in Fukushima zurückzuführen.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des *Integrationsbüros EDA/EVD* gingen 2011 leicht zurück, diejenigen der *Eidgenössischen Alkoholverwaltung* stiegen, nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr, wieder an. Erstmals Kosten angefallen sind beim separat ausgewiesenen *Infrastrukturfonds*.

## Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 173</b>	<b>2 334</b>	<b>2 483</b>	<b>310</b>	<b>14,3</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 062	2 126	2 255	193	9,4
Regalien und Konzessionen	30	26	30	0	-1,1
Übriger Ertrag	81	182	198	117	144,3
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5 303</b>	<b>5 479</b>	<b>5 442</b>	<b>139</b>	<b>2,6</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 023	4 057	4 042	19	0,5
Transferaufwand	1 203	1 378	1 342	139	11,5
Übriger Aufwand	77	44	57	-20	-25,4
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>54</b>	<b>32</b>	<b>40</b>	<b>-14</b>	<b>-26,0</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	51	30	25	-27	-52,1
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	3	2	15	13	499,1
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 701</b>	<b>2 661</b>	<b>2 612</b>	<b>-89</b>	<b>-3,3</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 494	1 506	1 589	95	6,4
Investitionsbeiträge	174	173	170	-4	-2,4
Übrige Investitionen	1 033	982	854	-179	-17,4
<b>Ausserordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>-</b>	<b>850</b>	<b>850</b>	<b>850</b>	<b>-</b>

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

Der FLAG-Bereich umfasste 2011 22 Verwaltungseinheiten. Die FLAG-Einheiten verursachten wie im Vorjahr rund 30 Prozent des Eigenaufwandes des Bundes (ohne Rüstungsaufwand).

## Entwicklung von Erfolgs- und Investitionsrechnung

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten belief sich auf 2483 Millionen. Er ist um 14 Prozent grösser als 2010 (+310 Mio.). Beinahe zwei Drittel dieser Zunahme trug der *Funktionsertrag* (+193 Mio.) bei. Ein Drittel ist im *übrigen Ertrag* (+117 Mio.) begründet. Die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen lagen dagegen auf dem Vorjahresniveau.

Die Steigerung im *Funktionsertrag* erklärt sich einerseits durch die Zunahmen im finanzierungswirksamen Anteil (+22 Mio.; +6 %) und bei der Leistungsverrechnung (+188 Mio.; +11 %), andererseits durch die Abnahme beim nicht finanzierungswirksamen Anteil (-16 Mio.; -22 %). Im Einzelnen haben folgende Komponenten zur Steigerung beigetragen:

- Die *finanzierungswirksamen Erträge* machen mit 360 Millionen rund einen Sechstel des Funktionsertrages aus. 19 Millionen des Zuwachses sind im erstmaligen Ausweis der Drittmittelgeschäfte der agroscope in der Erfolgsrechnung begründet. Weitere Mehrerträge erzielten das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (+9 Mio.), die Vollzugsstelle für den Zivildienst aus der Abgabepflicht der Einsatzbetriebe (+4 Mio.) und infolge Mehrleistungen das Bundesamt für Metrologie und das Bundesamt für Sport (+2 Mio.). Ertragsrückgänge verzeichneten demgegenüber die Zentrale Ausgleichsstelle infolge tieferer Aufwendungen (-8 Mio.), das Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (-2 Mio.) und das Bundesamt für Landestopografie (-2 Mio.) infolge Preissenkungen bei den Daten, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

- Mehr als 80 Prozent des Funktionsertrags (1839 Mio.) entstammen der *internen Leistungsverrechnung* (LV). 174 Millionen der Ertragssteigerung (93 %) sind alleine auf die Erhöhung der Mietansätze pro Objekt (Weiterverrechnung der Kapitalkosten über die handelsrechtliche Abschreibungsdauer hinaus) bei armasuisse zurückzuführen. Die restlichen Mehrerträge von 14 Millionen entstanden aus nicht geplanten Mehrleistungen der IKT-Leistungserbringer (+6 Mio.) sowie des Bundesamtes für Metrologie (+3 Mio.), der armasuisse W+T (+2 Mio.) und des Bundesamtes für Meteorologie und Klimatologie (+1 Mio.).
- Die *nicht finanzierungswirksamen Erträge* von 56 Millionen haben lediglich einen Anteil von 2 Prozent des Funktionsertrages. Im Wesentlichen wurde die Ertragsentwicklung von tieferen Wertberichtigungen bei Veräusserungen (-36 Mio.) und von Aufwertungsgewinnen (+19 Mio.) bei der armasuisse Immobilien sowie von Entgelten an die Zentrale Ausgleichsstelle für ihre Leistungen (+15 Mio.) geprägt.

Die Zunahme im *übrigen Ertrag* stellt einerseits die Eigentumsübertragung von Kantonen an den Bund nach Fertigstellung von Nationalstrassenteilstücken nach altem Recht (+142 Mio.) und der im Vergleich zum Vorjahr um 20 Millionen tieferen Zunahme des Münzumsatzes bei der swissmint dar. Andererseits wurde im Vergleich zum Vorjahr keine Zahlung an den Pensionsfonds für Eurocontrol-Angestellte beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (-5 Mio.) geleistet.

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten stieg gegenüber 2010 um 3 Prozent auf 5442 Millionen. Im Eigenbereich (Funktionsaufwand Globalbudget) stieg der Aufwand um 19 Millionen (+0,5 %). Er setzte sich wie folgt zusammen: Personalaufwand (875 Mio.; 21 %), Sach- und Betriebsaufwand (1481 Mio.; 37 %) und Abschreibungen (1689 Mio.; 42 %).

- Der *Personalaufwand* stieg um 23 Millionen (+3 %). Der Zuwachs ist im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt: Erstmaliger Ausweis der Abwicklung von Drittmittelprojekten in der Erfolgsrechnung durch die agroscope (+5 Mio.); Zunahme der zu verwaltenden Renten, Stärkung der IT-Governance und Wahrnehmung neuer Aufgaben im Rahmen der Umsetzung der 6. IV-Revision bei der Zentralen Ausgleichsstelle (+4 Mio.); Sicherstellung einer kostengünstigen Leistungserstellung bedingt durch erhöhte Nachfrage beim Informatik Service Center EJPD (+4 Mio.); Insourcing von Fachkompetenz im Bereich des Verkehrsmanagements und Informatik beim Bundesamt für Strassen (+4 Mio.); zeitlich begrenzter Personalaufbau für die Erstellung eines digitalen 3 D-Landschaftsmodells beim Bundesamt für Landestopografie (+3 Mio.). Diesen Mehraufwänden stehen grösstenteils auch entsprechende Mehrträge gegenüber.
- Der *Sach- und Betriebsaufwand* nahm um 19 Millionen zu (+1 %). Verantwortlich für die Erhöhung sind hauptsächlich die erhöhte Nachfrage nach IKT-Leistungen beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation und beim IT-Leistungserbringer EDA (+22 Mio.), die zeitgerechte Vernetzung der verschiedenen kantonalen Teilnetze POLYCOM und die Betriebsleistungen im neuen Sicherheitslabor Spiez beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (+14 Mio.), der erstmalige Ausweis von Drittmittelgeschäften bei der agroscope (+5 Mio.) sowie tiefere Betriebsaufwände bei der armasuisse Immobilien (-22 Mio.).
- Die *Abschreibungen* fielen im Vergleich zum Vorjahr 21 Millionen (-1 %) tiefer aus. Zum überwiegenden Teil wurde dies durch vorteilhaftere Veräusserungen (-27 Mio.) verursacht.

Der *Transferaufwand* stieg gegenüber dem Vorjahr um 139 Millionen (+12 %). Den grössten Anteil an dieser Zunahme steuerten Wertberichtigungen im Transferbereich im Bundesamt für Strassen (+87 Mio.), die Abgeltung von Ertragsausfällen an Skyguide durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt (+43 Mio.) und das Bundesamt für Sport mit Entschädigungen für J+S Aktivitäten (+10 Mio.) bei.

Der *übrige Aufwand* sank um 20 Millionen (-25 %). Hauptgrund hierfür ist, dass die swissmint in Folge geringerer Zunahme des Münzumsatzes im Vergleich zum Vorjahr weniger Rückstellungen bilden musste.

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* sanken gegenüber 2010 um 14 Millionen. Im Eigenbereich nahmen die Veräusserungen von armasuisse Immobilien um 26 Millionen ab. Dies wurde teilweise von den Rückzahlungen für die an Landesflughäfen, Regionalflughäfen und Flugfelder gewährten Darlehen an das Bundesamt für Zivilluftfahrt kompensiert (+13 Mio.).

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* sanken gegenüber 2010 um 89 Millionen. Im Eigenbereich resultierte allerdings ein Anstieg von 95 Millionen. Er ist in erster Linie auf die gestiegenen Investitionsausgaben beim Bundesamt für Strassen (+81 Mio.) zurückzuführen. Ausserdem erbrachte armasuisse Immobilien mehr dringende Umbauten, Sanierungen und Unterhaltsarbeiten (+16 Mio.).

Hingegen sind die *übrigen Investitionen* um 179 Millionen (-17 %) zurückgegangen. Entscheidend hierfür war u.a. die Kürzung der Einlage in den Infrastrukturfonds beim Bundesamt für Strassen (Kompensation vorgezogener Stabilisierungsmassnahmen und Teuerungskorrektur).

Bei der *ausserordentlichen Investitionsausgabe* von 850 Millionen handelt es sich um eine Einlage in den Infrastrukturfonds beim Bundesamt für Strassen.

### Entwicklung des Personalbestandes

Der Jahresdurchschnitt des Personalbestandes der FLAG-Einheiten erhöhte sich gegenüber 2010 auf umgerechnet 5690 Vollzeitstellen (+42 FTE). Ein höherer Personalbestand ergab sich insbesondere bei folgenden Einheiten:

- Zentrale Ausgleichsstelle (+36 FTE): Zur Bewältigung steigender Arbeitslasten (Rentengesuche, Auskünfte), neuer Aufgaben bei der Umsetzung der 6. IV-Revision und zur Stärkung der IT-Governance, Logistik und Infrastruktur;
- Vollzugsstelle für den Zivildienst (+18 FTE): Zur Abdeckung des Vollzugsaufwands für die gestiegene Zahl an Zivildienstpflichtigen;
- Informatik Service Center EJPD (+11 FTE): Für eine kostengünstigere Leistungserstellung im Betrieb sowie für Projekte und Dienstleistungen;
- Bundesamt für Zivilluftfahrt (+10 FTE): Für die Wahrnehmung der Sicherheitsaufsicht;
- Bundesamt für Landestopografie (+10 FTE): Zeitlich begrenzter Personalaufbau für die Erstellung eines digitalen 3 D-Landschaftsmodells;
- Bundesamt für Sport (+10 FTE): Aufgrund verbesserter Belegungssituation in Magglingen und Tenero und erhöhter Angebotsnachfrage.

Diesen Stellen stehen entsprechende Mehrerträge gegenüber oder sie wurden, wie im Falle des Bundesamtes für Landestopografie, innerhalb des Globalbudgets kompensiert. Durch eine fortgesetzte Optimierung der Geschäfts- und Führungsprozesse konnten das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (-57 FTE), armasuisse W+T (-11 FTE) und armasuisse Immobilien (-10 FTE) die departementalen Vorgaben zu grösseren Stellenreduktionen im Jahr 2011 umsetzen.

## Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2011				Zweckgebundene Reserven FLAG 2011			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
<b>Total</b>	<b>39,2</b>	<b>0,7</b>	<b>-0,2</b>	<b>39,7</b>	<b>74,9</b>	<b>109,2</b>	<b>-47,3</b>	<b>136,7</b>
203 BRZ	0,1	–	-0,1	–	0,2	–	-0,2	–
285 IT EDA	1,2	–	–	1,2	2,3	–	–	2,3
307 NB	–	–	–	–	1,1	1,0	-1,1	1,0
311 MeteoSchweiz	1,2	–	–	1,2	2,9	2,8	–	5,7
414 METAS	1,5	0,2	–	1,7	1,2	0,5	0,9	0,8
485 ISC-EJPD	3,4	–	–	3,4	3,8	3,0	1,5	5,2
504 BASPO	2,5	0,5	–	3,0	0,1	–	-0,1	–
506 BABS	1,8	–	–	1,8	–	0,1	–	0,1
542 ar W+T	1,1	–	–	1,1	1,2	2,5	-0,4	3,3
543 ar Immo	10,0	–	–	10,0	29,6	73,8	29,6	73,8
570 swisstopo	2,8	0,2	-0,3	2,7	4,2	2,0	-1,7	4,6
602 ZAS	–	–	–	–	4,4	2,1	3,3	3,1
603 Swissmint	–	–	–	–	0,8	0,1	-0,7	0,2
609 BIT	10,0	–	–	10,0	11,3	16,2	-3,0	24,5
710 Agroscope	–	–	–	–	0,8	2,1	-0,8	2,1
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	2,6	–	–	2,6
740 SAS	0,3	–	–	0,3	0,6	–	-0,1	0,6
785 ISCeco	–	–	–	–	0,7	1,9	-0,6	2,0
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	2,4	–	-0,7	1,7
806 ASTRA	–	–	–	–	4,0	0,4	-2,3	2,2
808 BAKOM	0,5	–	–	0,5	0,7	0,9	-0,5	1,2

### Entwicklung der Reserven

*Allgemeine Reserven* können gebildet werden, wenn eine FLAG-Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich und effektiv gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. Die Verwendung muss sich nach den Zielsetzungen des Leistungsauftrags richten. 2011 konnten 3 Verwaltungseinheiten allgemeine Reserven im Umfang von einer Million bilden. Per 31.12.2011 verfügen 14 von 22 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 40 Millionen (+1 %).

*Zweckgebundene Reserven* können gebildet werden aus Kreditanteilen für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie. 2010 wurden insgesamt 109 Millionen neue Reserven gebildet und 47 Millionen aufgelöst. Der Bestand hat somit stark zugenommen und beträgt Ende 2011 137 Millionen (+83 %). Die Reserven verteilen sich auf 19 der 22 FLAG-Einheiten. Der grösste Anteil (74 Mio.; 54 %) entfällt auf die armasuisse Immobilien.

### Weiterentwicklung der Verwaltungsführung – Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 4.5.2011 den Richtungsentscheid zur Weiterentwicklung der Verwaltungsführung gefällt und am 16.12.2011 den detaillierten Projektantrag NFB gutgeheissen. Die finanzielle Haushaltsteuerung soll bei der Planung verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen ausgerichtet werden. Die Budgetierung soll durch jährliche Leistungs- und Wirkungsziele («performance budgeting») ergänzt werden. NFB baut im Wesentlichen auf folgenden neuen Planungs- und Steuerungsinstrumenten auf:

- Integrierter Aufgaben- und Finanzplan zur Stärkung der mittelfristigen Planung und zur Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen auf allen Ebenen der Bundesverwaltung;
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie ausgewählte Leistungs- und Wirkungsziele für jede einzelne Leistungsgruppe;
- Leistungskontrakte zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblicher Planung von Kosten und Leistungen.

Für sämtliche Verwaltungseinheiten sollen sich die zukünftigen Anreize und Handlungsspielräume am bestehenden FLAG-Modell orientieren.

Die interdepartementale Projektorganisation NFB hat die Arbeit im Februar 2012 aufgenommen. Die Einführung ist per 1.1.2016 geplant.



<b>Finanzierungsrechnung</b>		<b>Erfolgsrechnung</b>		
Mio. CHF	Rechnung 2011		Rechnung 2011	Differenz
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>205</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>2 094</b>	<b>1 890</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>1 912</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>3 013</b>	<b>1 101</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>64 245</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>65 693</b>	<b>1 448</b>
Fiskaleinnahmen	58 996	Fiskalertrag	60 096	1 100
Regalien und Konzessionen	1 410	Regalien und Konzessionen	1 403	-6
Übrige laufende Einnahmen	1 645	Übriger Ertrag	1 880	236
Investitionseinnahmen	593			-593
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 601</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>2 136</b>	<b>534</b>
Beteiligungseinnahmen	838			-838
Übrige Finanzeinnahmen	763	Zunahme von Equitywerten	1 256	1 256
		Übriger Finanzertrag	880	117
		<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>178</b>	<b>178</b>
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>62 333</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>62 680</b>	<b>347</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 789</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 230</b>	<b>2 441</b>
Personalausgaben	4 945	Personalaufwand	4 923	-22
Sach- und Betriebsausgaben	3 682	Sach- und Betriebsaufwand	3 983	301
Rüstungsausgaben	1 163	Rüstungsaufwand	1 163	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 162	2 162
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>42 494</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>46 994</b>	<b>4 500</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 549	Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 549	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	Entschädigungen an Gemeinwesen	856	0
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	Beiträge an eigene Institutionen	2 971	-
Beiträge an Dritte	14 316	Beiträge an Dritte	14 317	1
Beiträge an Sozialversicherungen	15 802	Beiträge an Sozialversicherungen	15 754	-48
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 160	4 160
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	386	386
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 605</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 428</b>	<b>823</b>
Zinsausgaben	2 380	Zinsaufwand	2 669	289
Übrige Finanzausgaben	225	Abnahme von Equitywerten	440	440
		Übriger Finanzaufwand	320	94
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>27</b>	<b>27</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 444</b>			<b>-7 444</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 270			-2 270
Immaterielle Anlagen	50			-50
Darlehen	854			-854
Beteiligungen	110			-110
Investitionsbeiträge	4 160			-4 160
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>290</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>229</b>	<b>-61</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>1 998</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>1 148</b>	<b>-850</b>

### Vergleich der ordentlichen Transaktionen

Im Unterschied zur *Finanzierungsrechnung*, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die *Erfolgsrechnung* den Saldo aus dem periodisierten Wertverzehr (Aufwand) und Wertzuwachs (Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Die Investitionsausgaben und -einnahmen bilden Teil der Finanzierungsrechnung.

Obenstehende Tabelle gibt Auskunft über die Herkunft der Differenzen zwischen der Finanzierungs- und der Erfolgsrechnung. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden, welche zu einem unmittelbaren Mittelabfluss führen, werden in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen Geschäftsvorfälle berücksichtigt. Diese beinhalten u.a. Lagerbezüge von Halb- und Fertigfabrikaten, die in einer früheren Periode hergestellt bzw. beschafft worden sind und mit entsprechenden

Ausgaben verbunden waren. Dazu gehören aber auch die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen und Wertberichtigungen auf den Investitionen sowie die Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte). Mit den Wertberichtigungen wird den eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Im Weiteren sind auch die Rückstellungen zu nennen. Diese werden für bereits eingetretene Ereignisse gebildet, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu künftigen Ausgaben führen.

Die Differenz des *ordentlichen Ergebnisses* zwischen der Finanzierungsrechnung und der Erfolgsrechnung beträgt 1101 Millionen. Sie verteilt sich über die Kontengruppen wie folgt:

#### **Ordentliche Einnahmen / ordentlicher Ertrag (+1448 Mio.)**

Die *Fiskalerträge* liegen infolge der Teilauflösung der Rückstellung für künftig zu erwartende Rückerstattungsforderungen aus der Verrechnungssteuer um 1,1 Milliarden über den Fiskaleinnahmen. Diese Rückstellung beträgt neu 8,2 Milliarden.

Die Differenz bei den *Regalien- und Konzessionen* von minus 6 Millionen ist die Folge zeitlicher Abgrenzungen von Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen in der Landwirtschaft sowie Regalgebühren für Funkkonzessionen im Fernmeldebereich.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 236 Millionen zur Finanzierungsrechnung vorwiegend aus der Aktivierung von Eigenleistungen (50 Mio.), aus der Aktivierung von Kantonsanteilen von in Betrieb genommenen Nationalstrassen (144 Mio.) sowie aus dem Verkauf von Liegenschaften und Grundstücken (20 Mio.). Neben den erwähnten Positionen sind Abgrenzungen zur periodengerechten Erfassung der Erträge zu berücksichtigen: Asylwesen (-14 Mio.), Zentrale Ausgleichsstelle ZAS (6 Mio.), Militärversicherung (-1 Mio.), Liegenschaftsreich (10 Mio.).

Die Einnahmen aus der Veräusserung von Investitionsgütern im Betrag von 593 Millionen führen lediglich im Umfang der Differenz zu den tieferen Buchwerten zu einem Ertrag, welcher im übrigen Ertrag enthalten ist.

Die Differenz von 534 Millionen beim *Finanzertrag* resultiert im Wesentlichen aus Bewertungsgewinnen auf den namhaften Beteiligungen (Zunahme der Equitywerte, vgl. Band 3, Statistikteil, Tabelle D03) sowie dem Saldo von Abgrenzungen bei Geld- und Kapitalmarktanlagen.

Aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* erfolgten *Entnahmen* im Betrag von 178 Millionen. Es handelt sich dabei um die Lenkungsabgabe VOC/HEL (2 Mio.), die Spielbankenabgabe (39 Mio.) sowie die CO<sub>2</sub>-Abgabe (137 Mio.).

#### **Ordentliche Ausgaben / ordentlicher Aufwand (+347 Mio.)**

Die Abweichung des *Eigenaufwandes* von den entsprechenden Ausgaben von 2441 Millionen ergibt sich aus den nachstehenden Positionen: Die Aufwandminderung beim *Personal* von 22 Millionen resultiert aus der Auflösung verschiedener Rückstellungen aus dem Vorjahr, so für Ferien- und Überzeitguthaben (-14 Mio.), für Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Armee (-6 Mio.) sowie aus diversen weiteren Abgrenzungen (-2 Mio.). Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (301 Mio.) handelt es sich grösstenteils um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager und um Liegenschaftsunterhalt. *Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 2162 Millionen erfolgen linear über die Nutzungsdauer der Anlagen. Der Abschreibungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf den Nationalstrassen (1416 Mio.), Liegenschaften und Grundstücken (553 Mio.), Mobilien (85 Mio.), Informatik (57 Mio.) und immateriellen Anlagen (50 Mio.).

Beim *Transferaufwand* sind die Abweichungen zur Finanzierungsrechnung bei der Kontengruppe *Beiträge an Dritte* (1 Mio.) mit den vorgenommenen zeitlichen Abgrenzungen für den periodengerechten Ausweis der Verpflichtungen zu erklären. Der Aufwand für *Beiträge an Sozialversicherungen* liegt mit minus 48 Millionen unter den entsprechenden Ausgaben. Dieser Betrag resultiert aus der Auflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen aus der Militärversicherung (-47 Mio.) sowie aus weiteren zeitlichen Abgrenzungen zur periodengerechten Verbuchung von Leistungen (-1 Mio.). Die *Investitionsbeiträge* (4160 Mio.) werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Ausgaben für *Darlehen* und *Beteiligungen* (964 Mio.) werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgerechnet und Ende Jahr gemäss den vorgegebenen Vorschriften wertberichtigt. Von den Wertberichtigungen entfallen auf *Darlehen* 568 Millionen: Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit (100 Mio.), SIFEM (88 Mio.), SBB und übrige konzessionierte Transportunternehmen (KTU) (388 Mio.), Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet (17 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (14 Mio.), abzüglich diverse Wertaufholungen von total 40 Millionen: BLS Netz AG und weitere KTU (32 Mio.), WEG/WFG-Darlehen (7 Mio.). Die Wertberichtigungen bei den *Beteiligungen* von minus 182 Millionen

ergeben sich im Wesentlichen aus einem Buchgewinn des an die SIFEM AG (zu 100 % Eigentum Bund) übertragenen Portfolios von regionalen und lokalen Beteiligungsfonds in Entwicklungs- und Transitionsländern (-191 Mio.) sowie aus Wertkorrekturen bei diversen Entwicklungsbanken (9 Mio.).

Im *Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den Finanzausgaben 823 Millionen. Die Abgrenzungen zum periodengerechten Ausweis des Aufwandes betragen beim Zinsaufwand für Anleihen 289 Millionen, beim übrigen Finanzaufwand 94 Millionen (Kapitalbeschaffungsaufwand 116 Mio., Kommissionen, Abgaben und Spesen -22 Mio.). Die Bewertungskorrektur bei den Equitywerten von 440 Millionen betrifft die Beteiligung an der Swisscom.

Die *Einlagen in die zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* betragen im Berichtsjahr 27 Millionen. Sie betreffen vor allem den Altlastenfonds (25 Mio.) sowie den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.).

## Vergleich der ausserordentlichen Transaktionen

### Ausserordentliche Einnahmen / ausserordentlicher Ertrag (-61 Mio.)

Mit dem Verkauf von Swisscom Aktien (34 Mio.) und der Veräusserung des Liegenschaftsportfolios der Sapomp Wohnbau AG (256 Mio.) wurden 290 Millionen Investitionseinnahmen erzielt. In der Erfolgsrechnung wird dagegen nur der Buchgewinn von 229 Millionen ausgewiesen (Verkaufserlös minus Buchwert: Swisscom 24 Mio., Sapomp 205 Mio.).

### Ausserordentliche Ausgaben / ausserordentlicher Aufwand (-850 Mio.)

Die ausserordentlichen Ausgaben beinhalten den Sanierungsbeitrag an die Pensionskasse der SBB (1148 Mio.) sowie die ausserordentliche Einlage in den Infrastrukturfonds (850 Mio.), die ausschliesslich für den Nationalstrassenbau zur Verfügung steht. Die Einlage in den Infrastrukturfonds wird in der Bilanz als aktivierte Einlage geführt.



Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 439</b>	<b>2 629</b>	<b>2 643</b>	<b>203</b>	<b>8,3</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 483</b>	<b>1 687</b>	<b>1 670</b>	<b>187</b>	<b>12,6</b>
armasuisse Immobilien	1 052	1 230	1 226	174	16,5
Bundesamt für Bauten und Logistik	431	458	444	13	3,0
<b>Informatik</b>	<b>592</b>	<b>523</b>	<b>593</b>	<b>1</b>	<b>0,2</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	421	361	424	2	0,6
Übrige IKT-Leistungserbringer	171	162	170	-1	-0,8
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>235</b>	<b>249</b>	<b>247</b>	<b>12</b>	<b>5,1</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>129</b>	<b>170</b>	<b>132</b>	<b>3</b>	<b>2,6</b>
Dienstleistungen	71	115	83	12	17,0
Verkäufe	58	55	49	-9	-15,1

Zur Förderung der Kostentransparenz setzt der Bund die kreditwirksame Leistungsverrechnung (LV) zwischen Verwaltungseinheiten ein. Die verrechenbaren Leistungen werden in einem zentralen Leistungsbereichskatalog geführt. Sie müssen nachfolgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit der Leistungen:* Das Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beim Leistungserbringer (LE) übersteigt 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten die Menge oder Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs zu beeinflussen.
- *Kommerzieller Charakter der Leistung:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Im Jahr 2011 betrug das Verrechnungsvolumen 2,6 Milliarden. Davon bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,6 Milliarden die grössten Posten. Weitere 132 Millionen resultieren aus der Verrechnung von Dienstleistungen und Gütern.

Im Vergleich zum Voranschlag wurden insgesamt 14 Millionen mehr verrechnet. Der Mehrbedarf ist auf die Informatik (+70 Mio.) zurückzuführen und hauptsächlich durch zusätzlich verrechnete Projektleistungen begründet. Oftmals sind die Projekte in der Budgetierungsphase zu wenig weit fortgeschritten, um eine Vereinbarung mit dem LB eingehen zu können. Die entsprechenden Ausgaben werden deshalb finanzierungswirksam budgetiert und erst bei der Konkretisierung in LV-Mittel umgewandelt. Die übrigen Bereiche verzeichnen Kreditreste (-56 Mio.).

Im Vergleich zum Vorjahr sind die folgenden Veränderungen erwähnenswert:

- Eine Praxisänderung der Mietzinsberechnung hat im Bereich der Unterbringung insbesondere bei der armasuisse zu einer Volumenzunahme gegenüber dem Vorjahr geführt. Die Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen werden neu auch nach der Beendigung der handelsrechtlichen Dauer weiter in der Kosten-/Leistungsrechnung berücksichtigt. Dies führt zu einer Erhöhung der Mietansätze pro Objekt.
- Bei den Dienstleistungen führte u.a. die Tarifierpassung im Lufttransportdienst aufgrund der neuen Verordnung über den Lufttransportdienst des Bundes (Verrechnung nach Vollkosten) zu einem höheren Verrechnungsvolumen. Im Bereich der Verkäufe fiel der Verbrauch für Treibstoff und Heizöl sowie die Nachfrage nach Instandhaltungsleistung für Material tiefer aus als im Vorjahr.

#### Evaluation Leistungsverrechnung

Im Rahmen einer Standortbestimmung zur LV hat die EFV eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Es galt zu prüfen, ob die LV nach einer vierjährigen Betriebsphase die ursprünglich angestrebte Wirkung erreicht hat. Im Wesentlichen kann festgehalten werden, dass aus Sicht der Verwaltungseinheiten die LV zu einer erhöhten Kostentransparenz und tendenziell zu einem stärkeren Kostenbewusstsein geführt hat. Hingegen wird aus Sicht der LB die angestrebte Steuerwirkung noch nicht vollumfänglich erreicht. Als Grund wird unter anderem der fehlende Wettbewerb zwischen den internen und externen LE angegeben. Die Umsetzung der aus der Evaluation hervorgegangenen Optimierungsmassnahmen erfolgte anfangs 2012. Die Anpassungen werden sich grösstenteils erst mit dem Voranschlagsjahr 2013 auswirken (z.B. Reduktion des Leistungsbereichskatalogs der VE auf gewisse zentrale Leistungen).



### Einleitung

Subventionen tragen dazu bei, dass öffentliche Interessen gewahrt und staatliche Ziele verwirklicht werden, ohne dass der Staat selber tätig werden muss. Bundessubventionen entwickelten sich in den letzten Jahrzehnten – gefördert durch den föderalistischen Staatsaufbau und durch gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen – zum wohl bedeutendsten Instrument der Bundespolitik. 2011 beliefen sich die Bundessubventionen auf rund 35,6 Milliarden, was nahezu 3/5 der Gesamtausgaben des Bundes entspricht. In vielen Politikbereichen bilden sie gewissermassen das Grundgerüst staatlicher Aufgabenerfüllung. Sie sind das Resultat eines in der Regel breit abgestützten demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Unter anderem wegen der grossen Bedeutung dieser Staatsgelder verfügt der Bund über wirksame Instrumente, die der Kontrolle und Beaufsichtigung der Verwendung der Subventionen dienen. Zum einen werden Subventionen namentlich im Rahmen der Erneuerung der mehrjährigen Finanzbeschlüsse von grosser Tragweite, von Entlastungsprogrammen und der Aufgabenüberprüfung auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit hin evaluiert. Zum anderen verpflichtet Artikel 5 des Subventionsgesetzes vom 5.10.1990 (SuG; SR 616.1) den Bundesrat, periodisch zu überprüfen, ob die spezialgesetzlichen Subventionsbestimmungen mit den im Subventionsgesetz festgehaltenen Grundsätzen übereinstimmen. Konkret ist zu prüfen, ob die vom Bund ausgerichteten Finanzhilfen und Abgeltungen:

- durch ein Bundesinteresse hinreichend begründet sind,
- ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen,
- einheitlich und gerecht geleistet werden,
- in ihrer Ausgestaltung den finanzpolitischen Erfordernissen Rechnung tragen sowie
- einer sinnvollen Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund und Kantonen entsprechen.

### Subventionsüberprüfungen 1997 und 1999

Eine erste Subventionsüberprüfung wurde in der Optik dieser Rechtsgrundlage in zwei Etappen – 1997 und 1999 – durchgeführt. Dabei wurde bei insgesamt 221 von 359 Subventionen ein Handlungsbedarf festgestellt, der mit rund 400 Einzelmassnahmen behoben wurde. Die erste flächendeckende Subventionsüberprüfung schloss im Jahr 2002 mit dem letzten von insgesamt fünf Controlling-Berichten der Eidgenössischen Finanzverwaltung an den Bundesrat ab. 89 Prozent aller Massnahmen waren zu jenem Zeitpunkt umgesetzt bzw. in Realisierung begriffen. Das langfristige Sparpotenzial dieses ersten Berichts war auf rund 100 Millionen pro Jahr geschätzt worden.

### Überprüfung der Bundessubventionen 2008

2006–2008 wurde eine zweite flächendeckende Subventionsüberprüfung durchgeführt; sie schloss am 30.5.2008 mit der Publikation des Subventionsberichts 2008 des Bundesrates<sup>1</sup> ab. Im Rahmen dieser zweiten Subventionsüberprüfung wurden von den im Jahr 2006 ausgerichteten 361 Subventionen 228 näher überprüft.

Nicht in die Überprüfung einbezogen wurden jene Subventionen, die erst kurz zuvor im Rahmen einer Gesetzesrevision evaluiert worden waren, deren Ausgestaltung durch den Bund nicht beeinflusst werden kann oder deren Aufhebung unmittelbar bevorstand.

Bei den verbleibenden Subventionen wurde in 70 Fällen ein konkreter Handlungsbedarf festgestellt. Die betreffenden Subventionen können in drei Kategorien unterteilt werden:

- Zum einen bestand in einzelnen Aufgabenbereichen ein grundlegender Reformbedarf oder zumindest die Notwendigkeit einer systematischen Hinterfragung der Ausgestaltung, Steuerung und Höhe gewisser Subventionen. Dies ist bei insgesamt rund 20 Subventionen der Fall, und zwar in den Bereichen Bildung, öffentlicher Verkehr und Landwirtschaft. Einen weiteren grundlegenden Prüfauftrag erteilte der Bundesrat sodann bei der Gesundheitsförderung (bessere Steuerung und organisatorische Fokussierung). Das finanzielle Entlastungspotenzial dieser Reformen konnte nicht quantifiziert werden, wurde aber langfristig auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt.
- Zweitens wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, bestimmte – häufig unbedeutende – Subventionen zu kürzen oder gar ganz zu streichen, entweder weil sich der angestrebte Zweck erübrigt hat oder weil die eingesetzten Mittel anderweitig effizienter eingesetzt werden können.
- Schliesslich bezwecken die vorgeschlagenen Massnahmen und Prüfaufträge bei den verbleibenden 18 Subventionen eine Erhöhung der Transparenz oder die Verbesserung der Effektivität und Effizienz der Subventionierung, ohne dass der Bundeshaushalt dadurch direkt entlastet wird.

### Stand der Umsetzung der Subventionsüberprüfung: Controlling 2011

Anlässlich der Verabschiedung des Subventionsberichts beauftragte der Bundesrat die Departemente analog zu den ersten beiden Berichten (1997/1999) mit der Umsetzung der geplanten Massnahmen und der Ausarbeitung allfälliger Korrekturmassnahmen. Das Eidgenössische Finanzdepartement seinerseits wurde mit der Kontrolle der Umsetzung dieser Massnahmen und der regelmässigen Berichterstattung an das Parlament beauftragt. Der erste Controlling-Bericht aus dem Jahr 2009 (Staatsrechnung 2009, Band 3, Ziff. 7) zeigte auf, dass zu diesem Zeitpunkt bereits 44 von 70 Massnahmen umgesetzt waren; in

<sup>1</sup> BBl 2008 6229

drei Fällen wurde keine Veränderung vorgenommen. Von den verbleibenden 23 Prüfaufträgen und Verzichtsvorhaben konnten seit dem letzten Controlling-Bericht weitere 18 Massnahmen abgeschlossen werden. Dabei wurden in 12 Fällen konkrete Massnahmen umgesetzt, von denen 8 dem Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung zuzuordnen sind. Der Subventionsbericht von 2008 ortete in diesem Bereich ein beträchtliches Optimierungspotenzial und formulierte entsprechende Prüfaufträge. Diese wurden im Zuge der Erarbeitung der Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2014–2017 umgesetzt. Entsprechend der vom Bundesrat verfolgten Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik wurden die direkte Marktstützung reduziert und die dadurch frei gewordenen Mittel in Direktzahlungen umgeleitet. Damit blieb der finanzielle Rahmen der Agrarpolitik insgesamt unverändert. Umgesetzt wurden ferner 1 Massnahme im Aufgabengebiet Kultur und Freizeit (Buchausstellungen Ausland) sowie 3 Massnahmen im Verkehrsbereich (LV SBB Betriebsbeitrag Infrastruktur und Abschreibungen, Regionaler Personenverkehr).

In 6 Fällen wurden die im Subventionsbericht geforderten Überprüfungen zwar vorgenommen, die damit verbundenen Optimierung- resp. Verzichtsvorschläge jedoch nicht umgesetzt:

- Die Überprüfung der Schweizer Beteiligung an der europäischen Filmförderung hat ergeben, dass sich der Beitrag an Eurimages und die schweizerische Beteiligung am MEDIA-Programm der EU gegenseitig ergänzen; dementsprechend sollen beide Förderinstrumente parallel weitergeführt werden.
- Beibehalten werden soll auch der COST-Förderkanal (Europäische Zusammenarbeit auf wissenschaftlichem und technischen Gebiet), dessen Wirksamkeit im Rahmen einer 2010 durchgeführten Evaluation bestätigt wurde.
- Der Bundesbeitrag an Innotour, dessen Weiterführung im Subventionsbericht in Frage gestellt worden war, wird auch in Zukunft beibehalten. Gestützt auf die Ergebnisse einer externen Evaluation wurde das Bundesgesetz über die Förderung von Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus totalrevidiert und damit eine unbefristete gesetzliche Grundlage für dieses Förderinstrument geschaffen.
- Die Beiträge an die landwirtschaftlichen Forschungsprojekte werden nicht in den Zahlungsrahmen «Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen» integriert. Im Unterschied zu den über die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen gesteuerten Subventionen wirken die betreffenden Ausgaben nur indirekt und mittel- bis langfristig auf den Landwirtschaftssektor.

- Im Verkehrsbereich wurde die 2008 geforderte Überprüfung der polizeilichen Kontrolle des Schwerverkehrs durchgeführt, wobei allerdings kein konkreter Korrekturbedarf zutage trat. Dementsprechend wird an der bestehenden Subventionierung festgehalten.
- Weitergeführt werden soll schliesslich auch die im Rahmen der Aufgabenüberprüfung evaluierte Subventionierung der historischen Verkehrswege.

Mit der Umsetzung der erwähnten Massnahmen und Prüfaufträge konnten bis Ende 2011 65 der insgesamt 70 im Subventionsbericht von 2008 formulierten Prüf- und Optimierungsaufträge abgeschlossen werden. Dabei ist allerdings zu beachten, dass die mit der Umsetzung dieser Massnahmen verbundenen Haushaltsentlastungen hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben dürften. Dies ist mitunter auch auf die teilweise Sistierung des Konsolidierungsprogramms 2012–2013 (KOP 12/13) zurückzuführen. Im KOP 12/13 hatte der Bundesrat die Gelegenheit ergriffen, die im Subventionsbericht und in der Aufgabenüberprüfung aufgezeigten Sparpotenziale verstärkt zu nutzen. Mit der teilweisen Sistierung des KOP 12/13 nach dem Nichteintretensentscheid des Parlaments musste indes auf verschiedene Massnahmen verzichtet werden, womit auch das anvisierte Entlastungsvolumen abnahm. Die sistierten Massnahmen können indes in späteren Sparprogrammen wieder aufgenommen werden.

Die Umsetzung der noch verbleibenden fünf Massnahmen ist weit fortgeschritten und sollte bis zur nächsten Subventionsüberprüfung abgeschlossen werden können. Eine detaillierte Übersicht über den Stand der Umsetzung der 70 überprüften Subventionen wird in der Zusatzdokumentation der EFV zur Staatsrechnung 2011 veröffentlicht. Damit ist das Controlling des Subventionsberichts 2008 abgeschlossen.

### Weiteres Vorgehen

Das weitere Vorgehen umfasst drei Instrumente respektive Stossrichtungen:

- Kontinuierliche Subventionsüberprüfung: Anlässlich der Publikation des letzten Subventionsberichts beschloss der Bundesrat eine Neugestaltung des Prüfverfahrens, um eine kontinuierliche und wirksame Überprüfung der vom Bund ausgerichteten Finanzhilfen sicherzustellen: Subventionen, deren Finanzierung dem Parlament regelmässig mit Sonderbotschaften unterbreitet wird, werden direkt im Rahmen der entsprechenden Botschaften überprüft. Dies gilt auch für Subventionen, die zwischen dem Erscheinen von zwei Subventionsberichten entweder neu geschaffen oder im Rahmen von

Gesetzesrevisionen grundlegend erneuert werden. Dieses flexibilisierte Verfahren macht die Subventionsüberprüfung zu einem kontinuierlichen Prozess, der die Transparenz im Subventionswesen wesentlich erhöht. Gleichzeitig wird das administrative Verfahren vereinfacht, ohne dass die Subventionsüberprüfung dadurch in ihrem Kern ausgehöhlt würde. Seit der Verabschiedung des letzten Subventionsberichtes sind verschiedene Finanzhilfen und Abgeltungen nach diesem Verfahren überprüft worden. Dies gilt im Besonderen für jene Subventionen, deren rechtliche Grundlagen im Rahmen von finanziell bedeutenden mehrjährigen Finanzbeschlüssen zu Beginn der Legislatur 2011–2015 erneuert werden (Internationale Zusammenarbeit 2013–2016; Bildung, Forschung und Innovation (BFI) 2013–2016; Schieneninfrastruktur 2013–2016; Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2014–2017). Das Volumen dieser Finanzbeschlüsse beläuft sich über einen Zeitraum von vier Jahren auf annähernd 60 Milliarden, was rund 20 Prozent der Bundesausgaben resp. rund 50 Prozent der schwach bis mittel gebundenen Ausgaben des Bundes entspricht.

- Subventionsdatenbank: 2011 konnte die im ersten Controlling-Bericht in Aussicht gestellte Überarbeitung der Subventionsdatenbank abgeschlossen werden. Durch die laufende Aktualisierung der Datenbank können jederzeit alle relevanten Informationen zu den vom Bund ausgerichteten Subventionen abgerufen werden.
- Im Jahr 2014 wäre die Veröffentlichung des nächsten Subventionsberichts fällig, in dem insbesondere die einnahmenseitigen Subventionen (Steuererleichterungen) im Zentrum stehen sollen. Das Thema Steuererleichterungen wurde 2011 in einem Bericht der ESTV vertieft untersucht. Der Bericht wurde veröffentlicht und wird laufend aktualisiert. Der Bundesrat prüft zudem, dem Parlament angesichts des fragwürdigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses der periodischen Subventionsüberprüfung eine Abschaffung dieses Instruments zu beantragen und sich fortan auf die kontinuierliche Subventionsüberprüfung im obigen Sinne zu beschränken.



## 81 Ziele der Aufgabenüberprüfung

Mit der Aufgabenüberprüfung (AÜP) will der Bundesrat eine langfristig tragbare Finanzpolitik gewährleisten:

- Erstens sollen die Bundesausgaben vom Jahr 2008 bis ins Zieljahr 2015 höchstens im Umfang der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wachsen, um dadurch die Staatsquote zu stabilisieren.
- Zweitens sollen sich die einzelnen Aufgabengebiete gemäss spezifischen Wachstumsraten entwickeln. Dies soll verhindern, dass gesetzlich stark gebundene und kurzfristig kaum beeinflussbare Ausgaben andere Bundesleistungen, die schwächer verankert, aber volkswirtschaftlich dennoch wichtig sind, schrittweise aus dem Budget verdrängen.

Beide Ziele hat der Bundesrat quantifiziert: Als Wachstumsziel für den Gesamthaushalt hat er das langjährige nominale Wirtschaftswachstum von 3 Prozent gewählt. Innerhalb dieses Rahmens hat er für die einzelnen Aufgabengebiete gestützt auf politische Schwerpunkte ein Prioritätenprofil mit einer spezifischen Zielwachstumsrate je Aufgabenbereich abgeleitet.

## 82 Massnahmen und Umsetzung

### Inhalt der Massnahmen

Zur Erreichung seiner Ziele hat der Bundesrat das Aufgabenportfolio des Bundes systematisch auf Reform- und Abbaupotentiale durchleuchtet. Ein wichtiges Zwischenergebnis dieser Arbeiten hat er in einem Ergänzungsbericht zum Legislaturfinanzplan 2009–11 veröffentlicht.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt bewogen den Bundesrat im Herbst 2009, ein Konsolidierungsprogramm für den Bundeshaushalt zu planen. Er konnte dabei auf einen Teil der im Legislaturfinanzplan 2009–11 aufgezeigten Reformstossrichtungen zurückgreifen. Am 14.4.2010 hat er im Rahmen der Vernehmlassung zum Konsolidierungsprogramm (KOP 12/13) den Bericht zur Umsetzungsplanung der Aufgabenüberprüfung mit rund 80 Massnahmen in Form von Aufgabenverzicht, Leistungsreduktionen und Strukturreformen vorgelegt:

- Davon wurden gut 50 Massnahmen mit rascher Entlastungswirkung und geringem Rechtsänderungsbedarf – primär Effizienzmassnahmen, kleinere Aufgabenverzicht und Ausgabenkürzungen – in das KOP 12/13 integriert. Diese Massnahmen wurden teilweise sistiert, nachdem das Parlament im Jahr 2011 beschlossen hatte, nicht auf das Konsolidierungsprogramm einzutreten.
- Die übrigen Massnahmen der Aufgabenüberprüfung, die komplexere Reformen erfordern und mehr Zeit für die Detailplanung und Implementierung beanspruchen, werden mit separaten Vorlagen vorangetrieben. Diese zweite Gruppe von 25 Massnahmen steht im Zentrum des Berichts vom 14.4.2010 zur Umsetzungsplanung. Über den Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet der Bundesrat jährlich im Rahmen der Staatsrechnung.

Über diese rund 80 Massnahmen hinaus bestehen in verschiedenen Aufgabengebieten grössere Reformprojekte, die nicht Teil der Aufgabenüberprüfung sind, im Bericht zur Umsetzungsplanung aber ebenfalls erwähnt werden. Beispielhaft genannt seien das Neue Führungsmodell Bund, mit dem die heutige duale Steuerung (FLAG und klassische Inputsteuerung) abgelöst werden soll, die geplanten Reformen bei der Finanzierung der Schieneninfrastruktur und die mit dem Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) angestrebte Beschleunigung der Strukturbereinigung in der Hochschullandschaft.

### Stand der Umsetzung per Ende 2011

Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht zum Umsetzungsstand der 25 tiefer greifenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung sowie zu den Meilensteinen für das Jahr 2012. Eine Mehrzahl der Reformen hat die geplanten Meilensteine 2011 erreicht und ist auf Kurs. Verzögerungen, Korrekturen bei der Erreichung der angestrebten Entlastungswirkung oder andere Umsetzungsschwierigkeiten werden am Ende der Tabelle kommentiert. Konkret lassen sich die Massnahmen mit Blick auf ihre Fortschritte in der Umsetzung wie folgt gruppieren:

- Verschiedene Massnahmen sind umgesetzt bzw. liegen dem Parlament zur Beratung vor. So konnten im Berichtsjahr mit der Verabschiedung der Botschaften zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI, Massnahme 18) und zur Anpassung des Netzbeschlusses Strasse (NEB, 19) zwei wichtige Vorhaben zu einem vorläufigen Abschluss gebracht werden. Ebenfalls in der parlamentarischen Beratung befindet sich die Neuregelung der Prävention und der Gesundheitsförderung (16). Vom Parlament bereits beschlossen ist sodann die Auslagerung von METAS (24); die Verselbständigung des METAS erfolgt per 1.1.2013. Weiter konnten im Berichtsjahr zwei kleinere Massnahmen im Kompetenzbereich des Bundesrates umgesetzt werden (Reduktion der Anzahl ausserparlamentarischer Kommissionen (6) und Synergiepotenziale bei den zivilen Nachrichtendiensten (13)). Auch die Massnahme im Sportbereich (15) ist weitestgehend umgesetzt. Bereits seit 2010 konnten Mehrbelastungen in den Bereichen Grenzwachtkorps (8) und Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und erneuerbare Energien (25) abgewendet werden, wenngleich in letzterem Bereich mit der Energiestrategie 2050 Mehrbelastungen zu erwarten sind.

- Bei vielen weiteren Massnahmen konnten die für 2011 gesetzten Meilensteine erreicht werden. Der Bundesrat verabschiedete die Botschaft zur Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes (14) und führte eine Vernehmlassung zur Änderung des Meteorologieggesetzes durch (Auslagerung MeteoSchweiz, 4). Weiter trieb er verschiedene Reformen im Eigenbereich der Verwaltung voran (u.a. die Umsetzung des Informatikprojekts INSIEME in der ESTV (1), die Effizienzsteigerungen in der Informatik (2), die Straffung des Portfolios bei den zivilen Bauten (3) oder die Überprüfung der Vorruhestandsregelung besonderer Personalkategorien, 7). Leichte Verzögerungen gab es v.a. bei der zukünftigen Ausrichtung des SIR (9), den Optimierungen des Aussennetzes (10) und den Reformen RPV (Umstellung Bahn auf Bus, 20). Die Massnahme zur Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik (12) erfuhr nach dem Planungsbeschluss des Parlaments zum Armeebericht 2010 wesentliche inhaltliche Anpassungen, die zu Verzögerungen führen; der Bundesrat wird aber 2013 eine Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee vorlegen.
- Einige (Teil-)Massnahmen mussten hingegen abgeschrieben werden, weil die Eidgenössischen Räte andere Prioritäten gesetzt haben (Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr betreffend den Bereich Behindertengleichstellung, 21), weil sie sich nicht zum Vorteil des Bundeshaushalts realisieren lassen (Reform der Finanzierung der FIPOI-Darlehen, 11), oder weil sie kantonalen Interessen entgegenliefen (Finanzierung der Erhebung von Geodaten, 5).

Die verbleibenden Massnahmen der Aufgabenüberprüfung werden von den Departementen gemäss der Umsetzungsplanung des Bundesrats und den aktualisierten Meilensteinen weiterverfolgt. Die Massnahmen und Reformen der Aufgabenüberprüfung sollen insbesondere auch in künftigen Sparprogrammen zur Entlastung des Bundeshaushalts beitragen, so namentlich auch in dem vom Bundesrat im Februar 2012 in Aussicht gestellten Sparprogramm.

Das anvisierte Entlastungsvolumen von 1,3 Milliarden ist nach wie vor realistisch. Es ist aber mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren: Viele Massnahmen dienen vor allem der Vermeidung von Mehrbelastungen und erlauben somit keine Einsparungen gegenüber der aktuellen Finanzplanung: Beispiele sind hier die Botschaften zur Anpassung des Netzbeschlusses Strasse und zu FABI oder die Massnahmen in den Bereichen Sport und GWK mit denen Mehrbelastungen von über 800 Millionen vermieden werden können. Solche Massnahmen tragen auch dazu bei, den Bundeshaushalt mittelfristig auf Kurs zu halten. Einsparungen gegenüber der Finanzplanung resultierten bisher bei den Effizienzsteigerungen im Informatikbereich (52 Mio.) und bei der Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen (0,1 Mio.). Mit Blick auf den anhaltenden Druck auf den Bundeshaushalt hat der Bundesrat festgehalten, dass die realisierten Entlastungen im Regelfall zu Gunsten des Haushalts, d.h. für Einsparungen, und nur ausnahmsweise für andere Aufgaben eingesetzt werden sollen.

### Beschlossene Entlastungen

Die Tabelle weist die Einsparungen jener Vorlagen aus, über die der Bundesrat in eigener Kompetenz (teil-)entschieden oder die er an das Parlament überwiesen hat.

Ziffer	Titel/Massnahme	Soll			Ist		
		geplante Entlastung	Jahr	beschlossene Entlastung	erste – volle Wirkung	Status	
	Dep.						
2	Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich	20 Mio.	2014	58 Mio.	2012–2016	Teilentscheid	
3	Straffung Portfolio bei zivilen Bundesbauten	12 Mio.	2015	2,9 Mio.	2012–2016	Teilentscheid	
5	Finanzielle Beteiligung Kantone an Erhebung Geodaten	1,5 Mio.	2015	0 (1,5 Mio.)	2015	abgeschrieben (Ersatzmassnahme)	
6	Prüfung Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen	n.q.	–	0,1 Mio.	2013	abgeschlossen	
8	Stabilisierung Bestand Grenzwachtkorps (GWK)*	30 Mio.*	2011	25 Mio.*	2012	abgeschlossen	
11	Reform der Finanzierung der FIPOI-Darlehen	n.q.	–	0	–	abgeschrieben	
13	Erschliessung von Synergiepotenzialen bei zivilen Nachrichtendiensten	n.q.	–	0	–	abgeschlossen	
15	Stabilisierung J+S-Angebot sowie Beschränkung Studienzugang an Eidg. Hochschule für Sport Magglingen (EHSM)	8 Mio.*	2011	8 Mio.*	2011	Teilentscheid	
16	Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung	7,5 Mio.	2014	7,5 Mio.	2014	Eidg. Räte	
18	Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr	n.q.	–	500 Mio.*	2013–2017	Eidg. Räte	
19	Anpassung Bundesbeschlusses über Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation Mehraufwand	305 Mio.*	2014	305 Mio.*	2014	Eidg. Räte	
24	Auslagerung Bundesamt für Metrologie (METAS)	1 Mio.	2014	2 Mio.	2014–2016	Eidg. Räte	
25	Haushaltneutrale Umsetzung Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien	14 Mio.*	2011	14 Mio.*	2011	abgeschlossen	
<b>Bisher beschlossene Entlastungen und Vermeidungen von Mehrbelastungen insgesamt</b>				<b>&gt; 400 Mio.</b>	<b>924 Mio.</b>		

\* = Vermeidung von Mehrbelastungen

n.q. = nicht quantifizierbar

Ziffer	Titel/Massnahme	Dep.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2011 (Stand Ende Januar 2012)	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2012)
1	Programm INSIEME: Ersatz der applikatorischen Informatik der ESTV	EFD	2014: 6 Mio. 2015: 10 Mio.	Das Informatikprojekt konnte den aktualisierten Zeitplan einhalten. Gegenüber dem alten Plan läuft das Projekt mit einer Verzögerung von einhalb Jahren. Die Telekommunikationsstrategie (Daten- und Sprachnote) wurde verabschiedet. (Erläuterung in Fussnote)	Weiterführung des Informatikprojekts (Implementierung der vorgesehenen Business Releases). Umsetzung der Telekommunikationsstrategien Daten und Sprache (2012–15)
2	Effizienzsteigerungen im IKT-Bereich: - Telekommunikationsstrategie - Zentralisierung IKT-LE - E-Government Finanzen	EFD	2013: 5 Mio. 2014: 20 Mio.	Die Reorganisation der IKT-Führung und -Steuerung Bund wurde mit der Revision der Bundesinformatikverordnung (BimfV) abgeschlossen; der Bericht mit Antrag auf Abschreibung der Motion Noser (07.3452) wurde überwiesen. Die Pilotprojekte zur elektronischen Rechnungsbearbeitung sind abgeschlossen; der Rollout in der Bundesverwaltung ist im Gang.	Einführung IKT-Standarddienste: 2012: Bundesratsbeschluss zur Einführung 2013/2014: Einführung der Dienste Flächendeckende Einführung E-Rechnungsempfang und -stellung
3	Straffung des Portfolios bei den zivilen Bundesbauten	EFD	2015: 12 Mio.	Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen bei den Wohnbauten entschieden (Zoll: Veräusserung der nicht mehr benötigten Liegenschaften; Ausland: Veräusserung der Liegenschaften, wo Mietmarkt besteht und wo Eigentum aus Sicherheitsgründen nicht zwingend ist). Die Entlastungen betragen nach Abschluss der Verkäufe 3 Millionen pro Jahr. Optimierungen bei den Labors: Einzelne Teilprojekte konnten abgeschlossen werden.	Umsetzung des Bundesratsbeschlusses (Veräusserung des bezeichneten Liegenschaftsportfolio in den Jahren 2012–15) Fortführung der verbleibenden Teilprojekte (2012–13)
4	Zukünftige Ausrichtung von MeteoSchweiz	EDI	n.q.	Die Vernehmlassung zum Meteorologengesetz wurde durchgeführt (Auslagerung von MeteoSchweiz in eine Anstalt).	Botschaft zum Meteorologengesetz
5	Finanzielle Beteiligung der Kantone an der Erhebung von Geodaten	VBS	2015: 1,5 Mio.	Vertiefte Abklärungen der kantonalen Positionen sind abgeschlossen. Die Bereitschaft der Kantone, sich finanziell an der Erhebung der Geodaten zu beteiligen, ist sehr gering. Auf eine Revision des Geoinformationgesetzes (GeolG) soll deshalb verzichtet werden. Das VBS wird eine Ersatzmassnahme erarbeiten.	–
6	Prüfung einer Reduktion der Anzahl gesellschaftsorientierter ausserparlamentarischer Kommissionen	BK	n.q.	Die Überprüfung ist abgeschlossen und vom Bundesrat verabschiedet. 12 Gremien wurden aufgehoben, weitere Gremien wurden zusammengeschlossen oder organisational neu zugeteilt. Es resultierten Entlastungen von 0,1 Mio.	–
7	Überprüfung der Ruhestandsregelungen bei besonderen Personalkategorien	EFD	n.q.	Der Bundesrat hat die Stossrichtung festgelegt. An die Stelle der bisherigen Ruhestandsregelungen soll eine Versicherungslösung treten. (Erläuterung in Fussnote)	Bundesratsbeschluss über die erforderlichen Verordnungsänderungen
8	Stabilisierung des Bestands des Grenzwachtkorps (GWK)	EFD	2011: 30 Mio.*	Die Überweisung des Berichts in Erfüllung des Postulats GPK-S (10.3888) steht aus. Die Motion Fehr (08.3510) «Aufstockung des Grenzwachtkorps und Besserstellung der Grenzwächter» wurde zur Abschreibung beantragt. (Erläuterung in Fussnote)	Verabschiedung des Berichts in Erfüllung des Postulats GPK-S (10.3888) «Prüfung der Aufhebung des Mindestbestandes des Grenzwachtkorps im Schengen-Bundesbeschluss»
9	Zukünftige Ausrichtung des Schweizerischen Instituts für Rechtsvergleichung (SIR)	EJPD	n.q.	Das Geschäft wurde vorbereitet, aber nicht abschliessend beraten. Der Bundesratsbeschluss steht aus.	Bundesratsbeschluss zur künftigen Ausrichtung
10	Optimierung des Aussennetzes	EDA	2014: 30 Mio.	Interdepartementale Vorbereitungen haben stattgefunden. Die Bundesratsaussprache steht aus.	Bundesratsaussprache über die Ausgestaltung des Aussennetzes
11	Reform der Finanzierung der FPÖI-Darlehen	EDA	n.q.	Die Massnahme erwies sich als ungeeignet, den Haushalt mittelfristig zu entlasten. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, sie abzuschreiben.	–

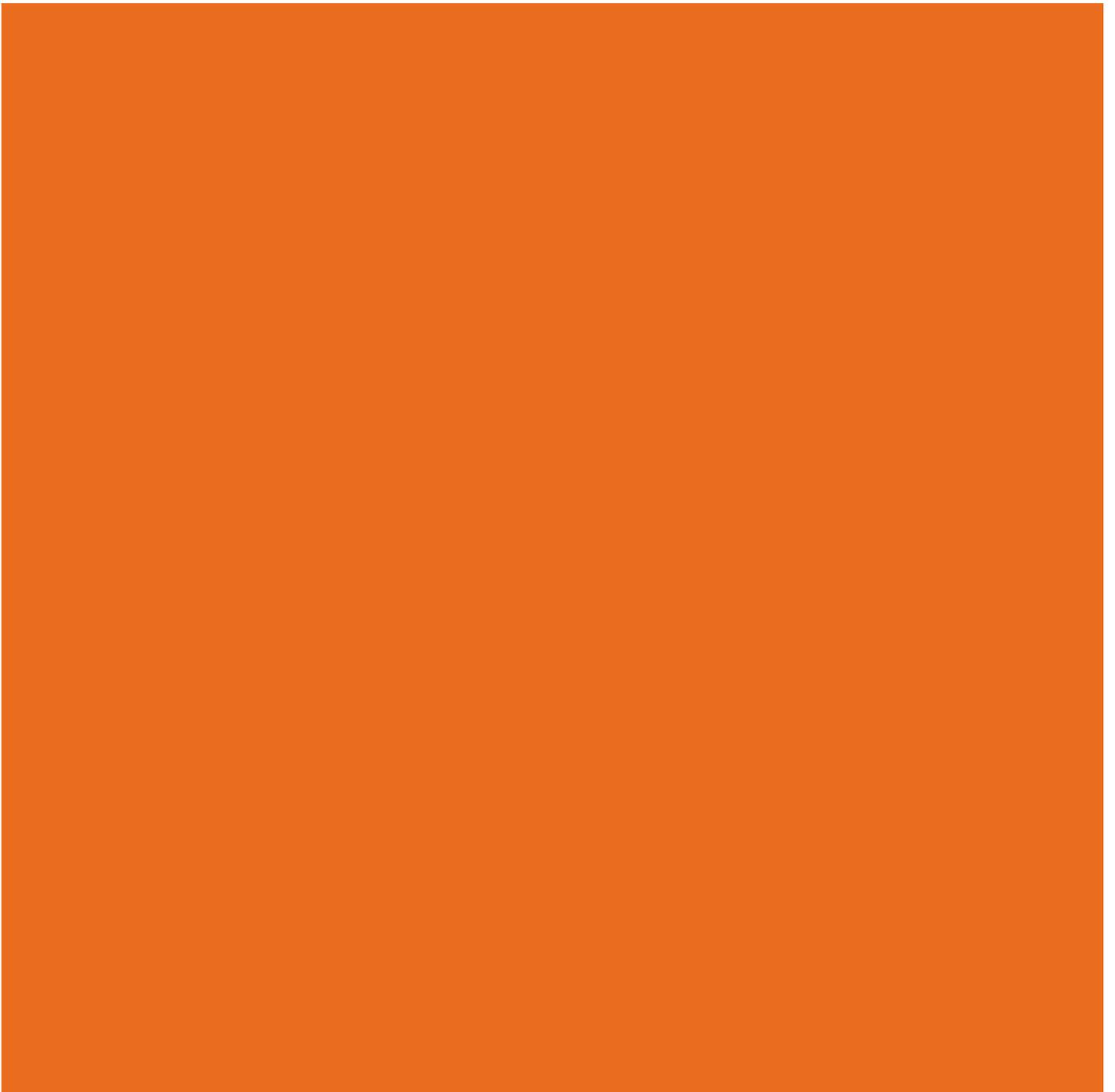
Ziffer	Titel/Massnahme	Dep.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2011 (Stand Ende Januar 2012)	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2012)
12	Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik	VBS	n. q.	Das Parlament hat in seinem Planungsbeschluss vom 29.9.2011 zum Armeebudget 2010 die Eckwerte für die Zukunft der Armee festgelegt. Diese verändern den Fokus der vorliegenden Massnahme, das VBS muss aber aufzeigen, mit welchen betrieblichen Sparmassnahmen das angestrebte Leistungsprofil finanziert werden kann. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt, bis spätestens Ende 2013 eine Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee vorzulegen.	2012: Bundratsaussprache über das Konzept zu den Leistungen des Armeemodells gemäss Planungsbeschluss 2013: Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee
13	Erschliessung von Synergiepotenzialen bei den zivilen Nachrichtendiensten	VBS	0	Der Bundesrat hat entschieden, die Synergiegewinne aus dem Zusammenschluss von DAP und SND für einen erweiterten Leistungskatalog des NDB einzusetzen. Die Massnahme ist somit umgesetzt, doch resultierte keine Entlastung des Haushalts.	-
14	Priorisierungen in der Ressortforschung	EDI/ EVD	2014; 30 Mio.	Die Botschaft zur Totalrevision FiFG wurde überwiesen.	2012: Bericht an den Bundesrat über Varianten zur Umsetzung der Priorisierungen in der Ressortforschung 2013: Inkraftsetzung FiFG. Schrittweise Umsetzung der einzelnen Komponenten der Massnahme.
15	Stabilisierung des J+S-Angebots sowie Beschränkung des Studienzugangs an der Eidg. Hochschule für Sport in Magglingen (EHSM)	VBS	2011: 8 Mio. * n. q.	Eröffnung der Vernehmlassung über die Änderung verschiedener Verordnungen im Nachgang zur Verabschiedung des Sportförderungsgesetzes, inkl. Umsetzung Zugangsbeschränkung EHSM. Weiterführung des Aufnahmeforumiums in J+S-Angebot. Mit diesen Massnahmen kann die angestrebte Vermeidung von Mehrbelastungen erreicht werden.	Verabschiedung der neuen EHSM-Verordnung durch das VBS
16	Neuregelung Prävention und Gesundheitsförderung	EDI	2014; 7,5 Mio.	Fortführung der parlamentarischen Beratung des Präventionsgesetzes (Erläuterung in Fussnote).	Schlussabstimmung über das Präventionsgesetz frühestens Ende 2012
17	Umfassende Rentenreform in der AHV und Neuregelung des Bundesbeitrags	EDI	2020; >500 Mio. *	Die Vorlage zur Verbesserung der AHV-Durchführung wurde in Kraft gesetzt und die Vorbereitung für die nächste AHV-Revision an die Hand genommen.	2012: Festlegung der Eckpfeiler für die nächste AHV-Revision 2013: Vernehmlassung zum neuen Reformpaket
18	Stärkere Verursacherfinanzierung im Verkehr	UVEK	n. q.	Die Vernehmlassung zur Vorlage "Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur" (FABI) wurde durchgeführt und die Botschaft im Januar 2012 verabschiedet. Mittels Erhöhung der Trassenpreise und Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer werden die Benutzer stärker in die Finanzierung der Bahninfrastruktur einbezogen. (Erläuterung in Fussnote)	2012: Parlamentarische Beratung 2013: Bundesbeschluss 2014: Volksentscheid
19	Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz: vollständige Kompensation des Mehraufwands	UVEK	2014; 305 Mio. *	Die Botschaft zum neuen Netzbeschluss (NEB) wurde im Januar 2012 überwiesen. Die Mehrausgaben, die dem Bund durch NEB entstehen, sollen durch eine Kürzung der Hauptstrassenbeiträge an die Kantone und durch eine Erhöhung der Nationalstrassenabgabe gedeckt werden. (Erläuterung in Fussnote)	2012: Parlamentarische Beratung NEB 2013: Bundesbeschluss NEB
20	Reform regionaler Personenverkehr (RPV): Umstellung Bahn auf Bus	UVEK	n. q.	Zur administrativen Vereinfachung wurde die Vorlage in die Verordnungsänderungen im Rahmen der Bahnreform 2 integriert. Trotz der damit verbundenen zeitlichen Verschiebung um einige Monate soll plangemäss im 2012 über die Vorlage entschieden werden können.	Verabschiedung der Vorlage

Ziffer	Titel/Massnahme	Dep.	Entlastung, ab wann?	Erreichte Meilensteine 2011 (Stand Ende Januar 2012)	Nächste Meilensteine (ohne anderen Hinweis: 2012)
21	Priorisierungen bei der Umsetzung von Baunormen im Bahnverkehr	UVEK	2012: 30 Mio.* 2013: 40 Mio.* 2014: 60 Mio.* 2015: 70 Mio.*	Aufgrund der von beiden Räten überwiesenen Motion Kiener Nellen «Verzicht auf unnötige Sparmassnahme gegen Behinderte und Betagte» (11.3442) wurde keine Vernehmlassung zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes durchgeführt und die Massnahme in diesem Bereich sistiert. (Erläuterung in Fussnote)	Im Bereich Sicherheit in Bahntunneln wird die Massnahme im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit den Bahnen umgesetzt.
22	Auslagerung der Aufsicht Luftverkehr in eine gebührenfinanzierte Organisationsform	UVEK	2015: 50 Mio.	Die Vorbereitung der Vernehmlassung ist im Gang.	2012: Vernehmlassung zur Revision LFG 2013: Verabschiedung der Botschaft LFG
23	Verzicht auf die Subventionierung neuer Abwasseranlagen	UVEK	2013: 20 Mio.* 2014: 30 Mio.*	Die Folgemotion der UREK-S (10.3635) «Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser» wurde überwiesen und der Bundesrat zur Ausarbeitung der entsprechenden Gesetzesvorlage beauftragt. (Erläuterung in Fussnote)	2013: Vernehmlassung zum Botschaftsentwurf 2013: Botschaft
24	Auslagerung des Bundesamtes für Metrologie (METAS)	EJPD	2014: 1 Mio.	Das Parlament hat die Bundesgesetze über das Messwesen (MessG) sowie über das Eidgenössische Institut für Metrologie (EIMG) angenommen. Bei der Vorbereitung der Versebständigung werden die angestrebten Entlastungen konkretisiert. Diese betragen 2 Millionen ab 2016.	2013: Überführung des METAS in eine verselbständigte Anstalt des Bundes per 1. 1. 2013.
25	Haushaltneutrale Umsetzung der Aktionspläne Energieeffizienz und Erneuerbare Energien	UVEK	2011: 14 Mio.*	Die Massnahme wurde 2010 umgesetzt. Die Energiestrategie 2050 dürfte in diesem Bereich allerdings zu gewissen Mehrbelastungen führen.	-

\* = Vermeidung von Mehrbelastungen  
n.q. = nicht quantifizierbar

**Fussnoten**

- 2 Mit dem Konsolidierungsprogramm 2012/2013 konnten im Informatikbereich Entlastungen von 51,9 Millionen erreicht werden (Sparauftrag 23, ab 2013). Weitere Entlastungen werden angestrebt. So soll die Sprachkommunikationsstrategie bis 2015 umgesetzt sein (Ablösung der klassischen Telefonie und Einführung einer integrierten Lösung für Kommunikation und Zusammenarbeit am elektronischen Arbeitsplatz gemäss Programm UCC); ebenso soll die Datenkommunikationsstrategie bis 2015 realisiert sein. Mit dem Abschluss des Programms UCC sollen die Betriebskosten im Bereich Sprachkommunikation ab 2016 jährlich um 6 Millionen entlastet werden. Weitere Effizienzsteigerungen sind aus der Umsetzung der ICT-Strategie Bund 2012–15 zu erwarten; entsprechende Einsparungen werden aber (teilweise) durch Nachfragesteigerungen beansprucht, so dass die Nettoentlastungswirkung derzeit nicht beziffert werden kann.
- 7 Mittelfristig werden Entlastungen des Bundeshaushalts in zweistelliger Millionenhöhe erwartet. In den ersten Jahren der neuen Lösung ist indes mit Übergangskosten zu rechnen.
- 8 Der Bundesrat hat im Rahmen seines Berichts vom 26. Januar 2011 beim Grenzschutzkorps (GWK) einen Mehrbedarf von 35 Stellen festgestellt. Ein Teil dieses Bedarfs wurde mit Voranschlägen 2011 und 2012 bewilligt. Eine Aufstockung um 200 bis 300 Stellen, wie sie die Motion Fehr (08.3510) ursprünglich forderte, ist jedoch aus Sicht des Bundesrates nicht notwendig. Die Motion wurde im Januar 2012 zur Abschreibung beantragt. Die finanziellen Ziele sind damit weitgehend erreicht, und die Massnahme wird abgeschlossen.
- 16 Der Nationalrat hat dem Gesetzesentwurf am 12. April 2011 zugestimmt. Dabei wird die Schaffung des Instituts für Prävention und Gesundheitsförderung abgelehnt und die Umsetzung des Gesetzes über eine Neupositionierung der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz in Aussicht genommen. Der Ständerat ist am 8. Dezember 2011 hingegen nicht auf die Vorlage eingetreten. Ob und inwieweit sich die angestrebten Entlastungen realisieren lassen, ist angesichts des aktuellen Stands der parlamentarischen Beratungen offen.
- 18 Mit der FABI-Vorlage werden die Benutzer stärker in die Finanzierung der Bahninfrastruktur einbezogen. Zum einen werden die Trassenpreise um 300 Millionen erhöht (200 Mio. ab 2013, weitere 100 Mio. ab 2017); zum anderen wird der Fahrkostenabzug pauschaliert, was Mehrnahmen von 200 Millionen zur Folge hat und hilft, die Mehrkosten zu decken. Insgesamt tragen die Benutzer somit zusätzliche Lasten im Umfang von 500 Millionen, die ohne FABI den Bundeshaushalt belastet oder den Ausbau der Bahninfrastruktur verzögert hätten.
- 19 Mit der Botschaft vom 18. Januar 2012 zur Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung hat der Bundesrat dem Parlament dargelegt, wie er die Übernahme neuer Strassen in das Nationalstrassennetz ohne Mehrbelastung für den Bundeshaushalt finanzieren will. Demnach sollen die Beiträge an die Kantone für Hauptstrassen um rund 30 Millionen gekürzt werden. Die restlichen 275 Millionen sollen über eine Erhöhung der Nationalstrassenabgabe (Vignette) finanziert werden, wobei die Abgabe erst erhöht werden soll, wenn der Stand der Spezialfinanzierung Strasse unter 1 Milliarde fällt.
- 21 Bezüglich Sicherheit in Bahntunneln sieht die Richtlinie für die Einhaltung von Minimalstandards in bestehenden Bahntunneln Umsetzungsfristen bis 2019 vor. Die Etappierung erfolgt gemäss den per Ende 2011 eingereichten Programmen der Bahnen sowie im Rahmen der Leistungsvereinbarungen. Mit dem Verzicht auf die Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes reduziert sich das Massnahmenvolumen (Vermeidung Mehrbelastung) um gegen 10 Millionen.
- 23 Mit der Revision des Gewässerschutzgesetzes (Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser) können gemäss Botschaftsentwurf Mehrbelastungen in Höhe von 45 Millionen vermieden werden.





## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>A Übersicht</b>	<b>67</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	67
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	68
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	69
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>71</b>
<b>B1 Einnahmen nach Kontengruppen</b>	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	71
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	72
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	73
<b>B2 Ausgaben nach Kontengruppen</b>	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	74
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	76
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	78
<b>B3 Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	80
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	82
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	84
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011/2010	86
<b>B4 Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds</b>	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	88
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	90
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	91
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>93</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	93
C02 Aufwand nach Kontengruppen	94
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	96
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	97
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011/2010	98
<b>D Bilanz</b>	<b>101</b>
D01 Bilanz im Detail	101
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	104
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	107
D04 Kurz- und langfristige Schulden	110



	Seite
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>111</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	111
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	112
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	113
E04 Nettozinslast	114
E05 Derivative Finanzinstrumente	114
<b>F Personal</b>	<b>115</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	115
F02 Personalaufwand im Detail	116
F03 Höchstbezüge 2011 nach Lohnklassen	117



**A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)**

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungsergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Bruttoschulden
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 813
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 108
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 513
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 296
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

## Hinweise:

- Ordentlicher Ertrag und Aufwand bis 2006 (vor Einführung NRM) gemäss statistischer Erfolgsrechnung
- Beim Eigenkapital wird bis 2006 (vor Einführung NRM) der Bilanzfehlbetrag ausgewiesen. Seit der Einführung des NRM (2007) umfasst das Eigenkapital neben dem Bilanzfehlbetrag auch die zweckgebundenen Fonds im Eigenkapital, die Spezialfonds und die Reserven aus Globalbudgets.

## A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

### Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>19 942</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>
			<b>21 724</b>
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB
	Swisscom Aktienverkauf	34	a.o. Einlage Infrastrukturfonds
2010	–	–	Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–
	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	217	–
2008	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds
			Asyl- und Flüchtlingsbereich
			Übergang NFA
			PUBLICA
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–
	Golderlös	7 038	–
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post
			Deckungskapitalien ETH-Professoren
			Deckungskapitalien skyguide
			Aktienkapitalzuschuss skyguide
2003	–	–	–

### Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB
1997	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
1 Gesamteinnahmen	58 846	64 177	67 973	62 833	62 423	64 535	1 702	2,7
2 Ausserordentliche Einnahmen	754	283	7 024	–	–	290		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	58 092	63 894	60 949	62 833	62 423	64 245	1 412	2,2
4 Konjunkturfaktor	0,974	0,983	1,018	1,013	1,013	1,007	-0,006	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>56 582</b>	<b>62 808</b>	<b>62 046</b>	<b>63 650</b>	<b>63 234</b>	<b>64 695</b>	<b>1 045</b>	<b>1,6</b>
6 Konjunktuell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	1 510	1 086	-1 097	-817	-811	-450		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	7 038	11 141	–	427	1 998	1 998		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	–	–	–	416	166	166		
<b>11 Höchstzulässige Ausgaben</b> [11=5+7-8-9-10]	<b>63 619</b>	<b>73 949</b>	<b>62 046</b>	<b>63 662</b>	<b>65 067</b>	<b>66 527</b>	<b>2 865</b>	<b>4,5</b>
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	61 003	67 739	58 228	59 693	65 067	64 331	4 638	7,8
<b>13 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [13=11-12]	<b>2 616</b>	<b>6 210</b>	<b>3 818</b>	<b>3 969</b>	<b>0</b>	<b>2 197</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	–	2 616	8 827	12 645	15 614		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	2 616	6 210	3 818	3 969	2 197		
<b>17 Zwischentotal</b> [17=14+15+16]	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>12 645</b>	<b>16 614</b>	<b>17 811</b>	<b>1 197</b>	<b>7,2</b>
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	–	–	-1 000	–		
<b>20 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [20=17+18+19]	<b>2 616</b>	<b>8 827</b>	<b>12 645</b>	<b>15 614</b>	<b>17 811</b>	<b>2 197</b>	<b>14,1</b>

**A03 Stand Amortisationskonto**

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
						absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	-	-	-	-	416		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	-	-	-	-	1 998		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	-	-	-	-	290		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto [=9])	-	-	-	-	-		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	-	-	-	416	166		
<b>26 Stand Amortisationskonto per 31.12.</b> [26=21-22+23+24+25]	-	-	-	<b>416</b>	<b>-1 127</b>	<b>-1 542</b>	<b>-371,1</b>

## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>58 092</b>	<b>63 894</b>	<b>60 949</b>	<b>62 833</b>	<b>62 423</b>	<b>64 245</b>	<b>1 412</b>	<b>2,2</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>53 336</b>	<b>58 752</b>	<b>55 890</b>	<b>58 157</b>	<b>57 268</b>	<b>58 996</b>	<b>840</b>	<b>1,4</b>
Direkte Bundessteuer	15 389	17 513	17 877	17 886	17 547	17 891	5	0,0
Verrechnungssteuer	4 230	6 460	4 380	4 723	3 707	4 861	137	2,9
Stempelabgaben	2 990	2 975	2 806	2 855	2 750	2 857	2	0,1
Mehrwertsteuer	19 684	20 512	19 830	20 672	21 450	21 642	970	4,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 517	7 279	7 602	7 448	7 341	-261	-3,4
Mineralölsteuern	5 086	5 222	5 183	5 134	5 105	5 020	-114	-2,2
Tabaksteuer	2 186	2 186	1 987	2 356	2 235	2 208	-148	-6,3
Biersteuer	107	110	110	112	108	113	1	0,6
Verkehrsabgaben	2 016	2 137	2 114	2 210	2 150	2 323	113	5,1
Automobilsteuer	358	363	312	373	360	408	35	9,5
Nationalstrassenabgabe	322	333	351	347	340	360	12	3,5
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 441	1 452	1 490	1 450	1 555	65	4,4
Zölle	1 040	1 017	1 033	1 079	1 020	1 046	-33	-3,1
Spielbankenabgabe	449	455	415	381	405	376	-5	-1,3
Lenkungsabgaben	156	163	151	748	791	660	-88	-11,8
Lenkungsabgabe VOC	127	135	124	123	125	127	3	2,8
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	0	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	28	27	36	36	35	0	-1,2
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	589	630	498	-91	-15,4
Übrige Fiskaleinnahmen	3	3	4	0	-	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 345</b>	<b>1 331</b>	<b>1 354</b>	<b>1 391</b>	<b>1 335</b>	<b>1 410</b>	<b>19</b>	<b>1,3</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	223	235	246	243	264	269	26	10,9
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	45	42	53	74	42	54	-20	-27,5
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	193	196	187	209	168	221	12	5,8
Übrige Regalien und Konzessionen	50	25	35	32	28	33	0	1,4
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 280</b>	<b>1 719</b>	<b>1 608</b>	<b>1 233</b>	<b>1 597</b>	<b>1 601</b>	<b>368</b>	<b>29,8</b>
Zinseinnahmen	664	715	535	360	793	369	9	2,4
Finanzanlagen	329	298	34	11	69	24	13	110,6
Darlehen	146	180	240	67	449	64	-3	-4,5
Bevorschussung an FinöV-Fonds	181	226	177	204	202	193	-12	-5,7
Übrige Zinseinnahmen	9	11	84	77	73	88	11	14,1
Kursgewinne	92	91	49	82	-	169	87	106,0
Beteiligungseinnahmen	509	905	771	790	800	838	48	6,0
Übrige Finanzeinnahmen	15	8	254	1	3	226	225	n.a.
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 766</b>	<b>1 840</b>	<b>1 802</b>	<b>1 720</b>	<b>1 597</b>	<b>1 645</b>	<b>-75</b>	<b>-4,4</b>
Entgelte	1 391	1 441	1 396	1 272	1 192	1 200	-72	-5,7
Wehrpflichtersatzabgabe	138	140	148	155	160	157	2	1,3
Gebühren	293	305	227	217	224	225	8	3,9
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	73	78	79	78	66	76	-2	-2,5
Verkäufe	201	183	148	128	88	101	-27	-21,1
Rückerstattungen	113	186	198	108	109	132	24	22,3
EU Zinsbesteuerung	121	147	166	120	135	97	-23	-19,2
Übrige Entgelte	451	402	430	466	410	411	-55	-11,8
Verschiedene Einnahmen	375	399	406	447	405	445	-3	-0,6
Einnahmen aus Liegenschaften	320	354	348	376	358	361	-15	-4,1
Übrige verschiedene Einnahmen	56	45	59	71	46	84	13	17,8
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>365</b>	<b>252</b>	<b>295</b>	<b>333</b>	<b>627</b>	<b>593</b>	<b>261</b>	<b>78,4</b>
Veräusserung von Sachanlagen	74	46	74	78	46	45	-33	-42,2
Rückzahlung von Darlehen	289	202	212	237	410	186	-50	-21,3
Übrige Investitionseinnahmen	1	4	9	18	171	362	344	n.a.

n.a.: nicht ausgewiesen

## B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,5</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>1,2</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>5,8</b>
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-1,8</b>
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>12,9</b>
Veräußerung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4

### B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	–	0,4
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>58 228</b>	<b>59 266</b>	<b>63 069</b>	<b>62 333</b>	<b>3 067</b>	<b>5,2</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>8 471</b>	<b>9 107</b>	<b>9 533</b>	<b>9 487</b>	<b>10 402</b>	<b>9 789</b>	<b>303</b>	<b>3,2</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 462</b>	<b>4 555</b>	<b>4 828</b>	<b>4 894</b>	<b>5 120</b>	<b>4 945</b>	<b>51</b>	<b>1,0</b>
Personalbezüge	3 667	3 761	3 954	3 998	4 144	4 024	26	0,6
Arbeitgeberbeiträge	590	612	752	781	838	804	23	2,9
Arbeitgeberleistungen	150	107	41	53	60	47	-5	-10,2
Übrige Personalausgaben	55	76	80	62	78	70	8	12,1
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>2 841</b>	<b>3 323</b>	<b>3 611</b>	<b>3 592</b>	<b>3 941</b>	<b>3 682</b>	<b>90</b>	<b>2,5</b>
Material- und Warenausgaben	46	46	41	46	54	39	-6	-13,3
Betriebsausgaben	2 795	2 968	3 164	3 126	3 458	3 233	108	3,4
Liegenschaften	230	249	288	287	295	282	-5	-1,9
Mieten und Pachten	133	152	151	149	177	176	27	18,2
Informatik	295	434	482	470	550	496	26	5,5
Beratungsausgaben	468	262	252	239	252	222	-17	-7,1
Betriebsausgaben der Armee	710	796	809	863	955	928	65	7,5
Verluste auf Forderungen	224	208	195	189	200	217	28	14,8
Übrige Betriebsausgaben	735	866	987	929	1 028	913	-16	-1,7
Betrieblicher Unterhalt	–	309	405	420	429	409	-12	-2,7
Nationalstrassen								
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 095</b>	<b>1 001</b>	<b>1 341</b>	<b>1 163</b>	<b>162</b>	<b>16,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	145	147	120	111	102	95	-15	-14,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	289	290	292	316	350	307	-9	-2,8
Rüstungsmaterial	734	792	683	575	889	761	186	32,4
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>35 228</b>	<b>37 146</b>	<b>38 194</b>	<b>39 536</b>	<b>42 076</b>	<b>42 494</b>	<b>2 958</b>	<b>7,5</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 116</b>	<b>7 705</b>	<b>8 321</b>	<b>8 549</b>	<b>844</b>	<b>11,0</b>
Kantonsanteile	5 999	4 665	4 388	4 436	4 252	4 466	31	0,7
Anteile der Sozialversicherungen	2 478	2 619	2 596	2 694	3 497	3 519	825	30,6
Rückverteilung Lenkungsabgaben	147	130	132	576	573	564	-12	-2,0
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>969</b>	<b>773</b>	<b>780</b>	<b>801</b>	<b>895</b>	<b>856</b>	<b>55</b>	<b>6,9</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 723</b>	<b>2 850</b>	<b>2 955</b>	<b>2 971</b>	<b>121</b>	<b>4,2</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 697</b>	<b>12 646</b>	<b>13 290</b>	<b>13 616</b>	<b>14 312</b>	<b>14 316</b>	<b>700</b>	<b>5,1</b>
Finanzausgleich	–	2 725	2 808	2 901	3 051	3 049	148	5,1
Internationale Organisationen	1 298	1 465	1 497	1 602	1 679	1 760	159	9,9
Übrige Beiträge an Dritte	8 399	8 456	8 985	9 114	9 582	9 507	393	4,3
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>13 411</b>	<b>13 740</b>	<b>14 285</b>	<b>14 564</b>	<b>15 593</b>	<b>15 802</b>	<b>1 238</b>	<b>8,5</b>
AHV / IV / ALV	10 181	10 550	10 918	11 055	11 807	12 124	1 069	9,7
Übrige Sozialversicherungen	3 230	3 190	3 367	3 508	3 786	3 677	169	4,8

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Finanzausgaben</b>	<b>4 003</b>	<b>3 791</b>	<b>3 255</b>	<b>2 972</b>	<b>3 028</b>	<b>2 605</b>	<b>-367</b>	<b>-12,3</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>3 849</b>	<b>3 660</b>	<b>3 135</b>	<b>2 834</b>	<b>2 841</b>	<b>2 380</b>	<b>-454</b>	<b>-16,0</b>
Anleihen	3 310	3 270	2 896	2 595	2 445	2 178	-416	-16,0
Geldmarktbuchforderungen	221	141	1	3	144	5	3	91,3
Übrige Zinsausgaben	318	250	238	236	252	196	-40	-17,0
<b>Kursverluste</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>26</b>	<b>54</b>	<b>-</b>	<b>88</b>	<b>34</b>	<b>63,2</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>89</b>	<b>52</b>	<b>78</b>	<b>83</b>	<b>187</b>	<b>137</b>	<b>54</b>	<b>65,4</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	<b>10</b>	<b>1</b>	<b>16</b>	<b>2</b>	<b>-</b>	<b>0</b>	<b>-2</b>	<b>-97,7</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>6 264</b>	<b>6 554</b>	<b>7 245</b>	<b>7 270</b>	<b>7 563</b>	<b>7 444</b>	<b>173</b>	<b>2,4</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>874</b>	<b>2 265</b>	<b>2 512</b>	<b>2 585</b>	<b>2 437</b>	<b>2 270</b>	<b>-315</b>	<b>-12,2</b>
Liegenschaften	603	588	635	596	681	637	41	6,9
Möbilien und Vorräte	271	341	378	283	287	230	-53	-18,7
Nationalstrassen	-	1 336	1 499	1 706	1 470	1 403	-303	-17,8
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>13</b>	<b>31</b>	<b>39</b>	<b>46</b>	<b>60</b>	<b>50</b>	<b>4</b>	<b>8,9</b>
<b>Darlehen</b>	<b>376</b>	<b>366</b>	<b>599</b>	<b>307</b>	<b>323</b>	<b>854</b>	<b>547</b>	<b>178,4</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>35</b>	<b>31</b>	<b>30</b>	<b>30</b>	<b>524</b>	<b>110</b>	<b>79</b>	<b>259,6</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 065</b>	<b>4 302</b>	<b>4 219</b>	<b>4 160</b>	<b>-142</b>	<b>-3,3</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	1 591	1 548	1 604	1 362	1 401	-202	-12,6
Übrige Investitionsbeiträge	4 966	2 270	2 518	2 699	2 857	2 759	60	2,2

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>2,4</b>	<b>0,0</b>	<b>-2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>2,6</b>
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,6</b>	<b>-2,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>6,7</b>
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	-3,7
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9
Beratungsausgaben	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	-0,8
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>-0,8</b>	<b>-9,4</b>	<b>-5,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>-0,1</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,8</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>2,8</b>	<b>12,9</b>	<b>6,4</b>	<b>7,5</b>	<b>-0,2</b>
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	9,2
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	40,0
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>-12,0</b>	<b>11,2</b>	<b>1,6</b>	<b>21,8</b>	<b>-3,0</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>5,0</b>	<b>-29,3</b>	<b>33,1</b>	<b>5,0</b>	<b>4,1</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>4,5</b>	<b>8,2</b>	<b>-0,7</b>	<b>-1,8</b>	<b>10,2</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	–
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>6,0</b>	<b>3,0</b>	<b>4,2</b>	<b>2,7</b>	<b>4,2</b>
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3
<b>Finanzausgaben</b>	<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-10,2</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>10,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>4,0</b>	<b>-11,3</b>
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4
<b>Kursverluste</b>	–	–	–	–	<b>12,8</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>49,7</b>	<b>17,6</b>	<b>26,5</b>	<b>-25,7</b>	<b>11,4</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	–	–	–	–	<b>-75,1</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,4</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>2,2</b>	<b>1,9</b>	<b>-8,6</b>	<b>10,4</b>	<b>26,9</b>
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4
Möbilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0
Nationalstrassen	-	-	-	-	-
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>3,0</b>	<b>40,6</b>
<b>Darlehen</b>	<b>-12,3</b>	<b>-13,2</b>	<b>3,7</b>	<b>13,7</b>	<b>22,8</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>-33,3</b>	<b>43,3</b>	<b>102,2</b>	<b>-14,5</b>	<b>33,3</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>0,1</b>	<b>6,8</b>	<b>7,7</b>	<b>-2,2</b>	<b>-4,3</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	-	-	-	-	-
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7

## B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,0</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>12,1</b>	<b>10,9</b>	<b>8,9</b>	<b>8,5</b>	<b>8,1</b>
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>Sach- und Betriebsausgaben</b>	<b>7,8</b>	<b>7,0</b>	<b>5,9</b>	<b>5,2</b>	<b>6,0</b>
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8
Beratungsausgaben	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7
<b>Rüstungsausgaben</b>	<b>5,5</b>	<b>4,1</b>	<b>2,8</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>66,6</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeseinnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>8,9</b>	<b>12,9</b>	<b>14,7</b>	<b>13,0</b>
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>0,9</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>6,3</b>	<b>3,7</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>	<b>4,7</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>18,7</b>	<b>21,7</b>	<b>20,7</b>	<b>19,1</b>	<b>22,8</b>
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>20,8</b>	<b>22,4</b>	<b>23,1</b>	<b>24,7</b>	<b>24,7</b>
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>5,3</b>
<b>Zinsausgaben</b>	<b>7,0</b>	<b>7,3</b>	<b>7,1</b>	<b>7,0</b>	<b>5,1</b>
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4
<b>Kursverluste</b>	–	–	–	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Kapitalbeschaffungsausgaben</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>
<b>Übrige Finanzausgaben</b>	–	–	–	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,1</b>
<b>Sachanlagen und Vorräte</b>	<b>2,1</b>	<b>1,7</b>	<b>1,1</b>	<b>1,3</b>	<b>4,1</b>
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>
<b>Darlehen</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>
<b>Beteiligungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
<b>Investitionsbeiträge</b>	<b>7,6</b>	<b>7,9</b>	<b>10,7</b>	<b>10,1</b>	<b>6,9</b>
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>53 965</b>	<b>56 598</b>	<b>58 228</b>	<b>59 266</b>	<b>63 069</b>	<b>62 333</b>	<b>3 067</b>	<b>5,2</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 162</b>	<b>2 273</b>	<b>2 474</b>	<b>2 460</b>	<b>2 589</b>	<b>2 490</b>	<b>31</b>	<b>1,3</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 162	2 273	2 474	2 460	2 589	2 490	31	1,3
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>813</b>	<b>836</b>	<b>890</b>	<b>910</b>	<b>1 029</b>	<b>950</b>	<b>40</b>	<b>4,4</b>
Allgemeines Rechtswesen	78	77	75	76	77	77	1	1,3
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	311	324	339	354	449	397	44	12,4
Grenzkontrollen	282	291	316	314	329	314	0	0,1
Gerichte	141	145	159	166	174	161	-5	-3,0
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>2 274</b>	<b>2 394</b>	<b>2 587</b>	<b>2 607</b>	<b>3 450</b>	<b>3 214</b>	<b>607</b>	<b>23,3</b>
Politische Beziehungen	613	645	712	726	785	720	-7	-0,9
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 559	1 642	1 723	1 761	2 414	2 358	597	33,9
Wirtschaftliche Beziehungen	71	86	76	75	87	81	6	8,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	30	21	75	44	165	55	11	24,9
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 327</b>	<b>4 537</b>	<b>4 515</b>	<b>4 395</b>	<b>4 942</b>	<b>4 533</b>	<b>139</b>	<b>3,2</b>
Militärische Landesverteidigung	4 231	4 439	4 413	4 292	4 827	4 417	126	2,9
Nationale Sicherheitskooperation	95	97	102	103	115	116	13	12,5
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4 978</b>	<b>5 339</b>	<b>5 715</b>	<b>6 067</b>	<b>6 329</b>	<b>6 509</b>	<b>442</b>	<b>7,3</b>
Berufsbildung	518	573	628	691	776	751	60	8,6
Hochschulen	1 564	1 655	1 765	1 833	1 867	1 891	58	3,2
Grundlagenforschung	1 834	2 038	2 196	2 350	2 429	2 506	156	6,6
Angewandte Forschung	1 002	1 043	1 099	1 164	1 228	1 331	167	14,4
Übriges Bildungswesen	60	30	28	28	29	29	1	3,9
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>460</b>	<b>429</b>	<b>395</b>	<b>413</b>	<b>450</b>	<b>429</b>	<b>16</b>	<b>3,9</b>
Kulturerhaltung	94	85	92	106	116	104	-2	-2,3
Kulturförderung und Medienpolitik	225	168	170	169	175	172	2	1,4
Sport	140	176	134	138	160	153	16	11,6
<b>Gesundheit</b>	<b>264</b>	<b>220</b>	<b>276</b>	<b>228</b>	<b>213</b>	<b>210</b>	<b>-18</b>	<b>-7,8</b>
Gesundheit	264	220	276	228	213	210	-18	-7,8
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>16 933</b>	<b>17 434</b>	<b>18 049</b>	<b>18 454</b>	<b>20 409</b>	<b>20 557</b>	<b>2 103</b>	<b>11,4</b>
Altersversicherung	7 984	9 322	9 671	9 935	10 195	10 184	249	2,5
Invalidenversicherung	4 492	3 655	3 581	3 523	4 824	4 671	1 148	32,6
Krankenversicherung	2 263	1 806	1 847	2 008	2 181	2 150	142	7,1
Ergänzungsleistungen	711	1 127	1 312	1 271	1 372	1 305	34	2,7
Militärversicherung	232	252	195	216	230	221	5	2,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	302	314	406	439	447	941	502	114,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	110	99	144	126	100	84	-42	-33,0
Migration	791	812	842	885	990	937	52	5,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	48	47	53	51	72	64	13	25,2
<b>Verkehr</b>	<b>7 349</b>	<b>7 538</b>	<b>8 099</b>	<b>8 225</b>	<b>8 085</b>	<b>8 062</b>	<b>-163</b>	<b>-2,0</b>
Strassenverkehr	2 751	2 458	2 678	2 914	2 711	2 589	-325	-11,1
Öffentlicher Verkehr	4 507	4 989	5 325	5 215	5 219	5 341	126	2,4
Luftfahrt	90	91	96	96	155	132	36	37,8
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>655</b>	<b>651</b>	<b>726</b>	<b>1 140</b>	<b>1 229</b>	<b>1 127</b>	<b>-13</b>	<b>-1,2</b>
Umweltschutz	320	330	340	792	830	762	-29	-3,7
Schutz vor Naturgefahren	215	212	257	239	273	247	8	3,5
Naturschutz	107	96	117	96	110	103	7	7,8
Raumordnung	12	13	13	14	15	14	0	2,1

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 601</b>	<b>3 551</b>	<b>3 692</b>	<b>3 666</b>	<b>3 668</b>	<b>3 663</b>	<b>-3</b>	<b>-0,1</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 601	3 551	3 692	3 666	3 668	3 663	-3	-0,1
<b>Wirtschaft</b>	<b>398</b>	<b>405</b>	<b>560</b>	<b>591</b>	<b>529</b>	<b>632</b>	<b>41</b>	<b>6,9</b>
Wirtschaftsordnung	148	160	109	119	131	120	1	0,9
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	129	131	247	168	127	234	66	39,5
Energie	81	90	179	280	246	254	-27	-9,5
Forstwirtschaft	41	25	27	24	26	24	0	0,9
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 753</b>	<b>10 991</b>	<b>10 248</b>	<b>10 111</b>	<b>10 145</b>	<b>9 954</b>	<b>-156</b>	<b>-1,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	5 750	4 484	4 185	4 238	4 067	4 300	62	1,5
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 003	3 782	3 255	2 972	3 028	2 605	-367	-12,3
Finanzausgleich	-	2 725	2 808	2 901	3 051	3 049	148	5,1

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>3,6</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,0</b>
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>9,0</b>
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,2</b>
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,9</b>
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,7</b>
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5
Kulturförderung und Medienpolitik	-4,1	31,6	1,7	-7,7	-6,6
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3
<b>Gesundheit</b>	<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-5,5</b>
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3
<b>Verkehr</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,3</b>
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>-4,2</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,7</b>	<b>3,8</b>	<b>14,5</b>
Umweltschutz	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2
Schutz vor Naturgefahren	-5,5	-8,2	9,9	7,0	3,5
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,4</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>-9,1</b>	<b>-2,3</b>	<b>5,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>12,3</b>
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1
Forstwirtschaft	-3,9	1,6	6,8	-32,2	-12,4
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>0,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2

### B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1
<b>Landesverteidigung</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung und Medienpolitik	0,2	0,5	0,9	0,4	0,3
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,5</b>
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,5</b>
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2
<b>Umweltschutz und Raumordnung</b>	<b>1,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>1,5</b>
Umweltschutz	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9
Schutz vor Naturgefahren	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden				
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3
Forstwirtschaft	0,4	0,3	0,4	0,1	0,0
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2011**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2011	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>62 333</b>	<b>2 490</b>	<b>950</b>	<b>3 214</b>	<b>4 533</b>	<b>6 509</b>	<b>429</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 789</b>	<b>2 123</b>	<b>758</b>	<b>671</b>	<b>4 054</b>	<b>238</b>	<b>118</b>
Personalausgaben	4 945	1 309	661	532	1 403	142	85
Sach- und Betriebsausgaben	3 682	815	99	139	1 486	96	33
Rüstungsausgaben	1 163	–	–	–	1 163	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-1	-2	0	3	0	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>42 494</b>	<b>31</b>	<b>150</b>	<b>2 053</b>	<b>152</b>	<b>5 977</b>	<b>286</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 549	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	–	65	–	14	0	4
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	–	–	–	–	2 339	73
Beiträge an Dritte	14 316	31	85	2 053	138	3 638	210
Beiträge an Sozialversicherungen	15 802	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 605</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 444</b>	<b>336</b>	<b>42</b>	<b>490</b>	<b>327</b>	<b>294</b>	<b>25</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 270	319	18	2	327	186	2
Immaterielle Anlagen	50	17	6	1	–	0	–
Darlehen	854	–	–	378	–	–	–
Beteiligungen	110	–	–	110	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 160	–	18	–	–	108	23

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>210</b>	<b>20 557</b>	<b>8 062</b>	<b>1 127</b>	<b>3 663</b>	<b>632</b>	<b>9 954</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>123</b>	<b>406</b>	<b>646</b>	<b>163</b>	<b>116</b>	<b>161</b>	<b>211</b>
Personalausgaben	60	282	169	101	85	116	–
Sach- und Betriebsausgaben	63	125	478	61	31	45	211
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	0	0	–	0	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>84</b>	<b>20 138</b>	<b>2 211</b>	<b>665</b>	<b>3 445</b>	<b>163</b>	<b>7 138</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 519	377	564	–	–	4 089
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	745	24	4	1	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	16	–	543	–	–	–	–
Beiträge an Dritte	69	161	1 266	97	3 355	163	3 049
Beiträge an Sozialversicherungen	–	15 713	–	–	88	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>2 605</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>3</b>	<b>13</b>	<b>5 205</b>	<b>299</b>	<b>101</b>	<b>308</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 407	2	2	3	–
Immaterielle Anlagen	1	6	16	0	2	0	–
Darlehen	–	7	354	–	14	102	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	0	3 428	296	83	203	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2010**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2010	Institutio- nelle und finanzielle Voraus- setzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>59 266</b>	<b>2 460</b>	<b>910</b>	<b>2 607</b>	<b>4 395</b>	<b>6 067</b>	<b>413</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 487</b>	<b>2 075</b>	<b>718</b>	<b>690</b>	<b>3 858</b>	<b>244</b>	<b>115</b>
Personalausgaben	4 894	1 306	623	543	1 420	137	83
Sach- und Betriebsausgaben	3 592	789	94	147	1 432	91	32
Rüstungsausgaben	1 001	–	–	–	1 001	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	0	-20	–	0	4	15	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>39 536</b>	<b>32</b>	<b>142</b>	<b>1 857</b>	<b>192</b>	<b>5 565</b>	<b>273</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7 705	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	801	–	61	–	14	0	3
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	–	–	–	–	2 301	77
Beiträge an Dritte	13 616	32	81	1 857	178	3 264	193
Beiträge an Sozialversicherungen	14 564	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 972</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 270</b>	<b>353</b>	<b>50</b>	<b>60</b>	<b>345</b>	<b>258</b>	<b>25</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 585	339	26	0	344	155	2
Immaterielle Anlagen	46	15	6	0	0	0	–
Darlehen	307	0	0	29	–	–	–
Beteiligungen	30	–	–	30	–	–	–
Investitionsbeiträge	4 302	–	18	–	–	103	24

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt- schutz und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>228</b>	<b>18 454</b>	<b>8 225</b>	<b>1 140</b>	<b>3 666</b>	<b>591</b>	<b>10 111</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>140</b>	<b>377</b>	<b>656</b>	<b>160</b>	<b>110</b>	<b>162</b>	<b>185</b>
Personalausgaben	57	269	165	99	82	110	–
Sach- und Betriebsausgaben	82	107	491	61	28	52	185
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	0	0	–	0	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>87</b>	<b>18 024</b>	<b>2 116</b>	<b>683</b>	<b>3 415</b>	<b>197</b>	<b>6 954</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	2 694	383	576	–	–	4 053
Entschädigungen an Gemeinwesen	–	696	22	3	2	–	–
Beiträge an eigene Institutionen	–	–	470	–	–	3	–
Beiträge an Dritte	87	167	1 241	104	3 318	194	2 901
Beiträge an Sozialversicherungen	–	14 468	–	–	96	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>2 972</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>2</b>	<b>53</b>	<b>5 453</b>	<b>297</b>	<b>141</b>	<b>233</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	1	1 710	4	2	2	–
Immaterielle Anlagen	–	8	11	–	5	–	–
Darlehen	–	43	185	–	49	1	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Investitionsbeiträge	1	1	3 547	294	85	230	–

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds), Stand</b>		<b>1 187</b>	<b>1 157</b>	<b>1 037</b>	<b>-150</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>256</b>	<b>255</b>	<b>255</b>	<b>-2</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	123	125	127	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	3	5	2	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	–	–	0	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgaben VOC	-139	-131	-130	
<b>CO2-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung</b>		<b>-29</b>	<b>-41</b>	<b>-132</b>	<b>-103</b>
606	E1900.0106 CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	–	–	–	
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	392	430	332	
606	E1400.0114 Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	2	1	0	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-437	-442	-434	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	-2	-2	-1	
810	A2900.0113 Ausserordentliche Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffe	-427	–	–	
<b>CO2-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>		<b>-4</b>	<b>-4</b>	<b>-38</b>	<b>-34</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	196	200	166	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	–	–	0	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-133	-133	-133	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-62	-67	-67	
805	A4300.0143 (Teil) Photovoltaikanlagen	-5	–	–	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>796</b>	<b>786</b>	<b>757</b>	<b>-39</b>
318	E1100.0119 Spielbankenabgabe	381	–	–	
318	A2300.0110 Spielbankenabgabe für die AHV	-455	–	–	
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	–	405	376	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	–	-415	-415	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>129</b>	<b>123</b>	<b>154</b>	<b>25</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	36	36	35	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-14	-41	-10	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>–</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung</b>		<b>6</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>2</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	2	2	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-1	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	0	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	–	-1	0	
<b>Filmförderung</b>		<b>1</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
306	E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	0	
306	A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	0	-1	–	
<b>Krankenversicherung</b>		<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
605	E1100.0118 (Teil) Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	877	872	881	
606	E1100.0109 (Teil) Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	–	206	206	
316	A2310.0110 (Teil) Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-877	-1 078	-1 086	

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Ertrag für die Entnahme aus dem Fonds «CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung» von 431 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste
- Fonds mit positiven Vorzeichen sind in der Bilanz unter den «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» bilanziert. Jene Fonds mit negativen Vorzeichen sind hingegen unter den «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» ausgewiesen.
- Für die Überleitung zu den Bilanzpositionen «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundene Fonds im Fremdkapital» und «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» müssen die Spezialfonds im Fremdkapital mitberücksichtigt werden. Aufwand und Ertrag der Spezialfonds im Fremdkapital werden gemäss Art. 52 FHG ausserhalb der Erfolgsrechnung über Bilanzkonten abgerechnet und benötigen somit keine Finanzpositionen. Sie sind deshalb hier nicht aufgeführt.

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Einlage (+) / Entnahme (-)	
<b>Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</b>						
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 239	2 230	2 248	-
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	-	852	855	
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	459	456	461	
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 356	2 235	2 208	
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	243	264	269	
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	}	-3 058	-2 955	-2 938
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV				
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 239	-2 230	-2 248	
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-	-852	-855	

Hinweise:

- Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandkredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.
- Der Ertrag für die Entnahme aus dem Fonds «CO<sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung» von 431 Mio. ist als ausserordentlicher Posten geführt.
- Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste
- Fonds mit positiven Vorzeichen sind in der Bilanz unter den «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» bilanziert. Jene Fonds mit negativen Vorzeichen sind hingegen unter den «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» ausgewiesen.
- Für die Überleitung zu den Bilanzpositionen «Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundene Fonds im Fremdkapital» und «Forderungen gegenüber zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital» müssen die Spezialfonds im Fremdkapital mitberücksichtigt werden. Aufwand und Ertrag der Spezialfonds im Fremdkapital werden gemäss Art. 52 FHG ausserhalb der Erfolgsrechnung über Bilanzkonten abgerechnet und benötigen somit keine Finanzpositionen. Sie sind deshalb hier nicht aufgeführt.

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>4 048</b>	<b>3 758</b>	<b>3 803</b>	<b>-245</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>2 783</b>	<b>1 894</b>	<b>2 028</b>	<b>-755</b>
Einnahmen	3 908	3 855	3 821	
Ausgaben	-3 972	-4 744	-4 576	
<b>Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL - WTO</b>	<b>1 178</b>	<b>1 758</b>	<b>1 711</b>	<b>533</b>
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	1 178	580	533	
<b>Spezialfinanzierung Luftverkehr</b>	<b>-</b>	<b>20</b>	<b>9</b>	<b>9</b>
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	-	8	8	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	-	11	11	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-	-	-10	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-	-	-	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-	-	-	
<b>Investitionsrisikogarantie</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>-</b>	<b>-32</b>
704 E1300.0001 (Teil) Gebühren	-	0	-	
704 A2310.0366 Investitionsrisikogarantie	-	0	-	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>	<b>54</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>0</b>
724 E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724 A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	

Der Fonds Investitionsrisikogarantie wurde während des Jahres 2011 saldiert und aufgehoben.

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
				absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 908</b>	<b>3 855</b>	<b>3 821</b>	<b>-87</b>	<b>-2,2</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-33	-33	-34	-1	4,4
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 531	1 512	1 489	-42	-2,7
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	2 050	2 029	1 994	-56	-2,7
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	347	340	360	12	3,5
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	5	7	6	1	19,9
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	6	-	5	0	-7,6
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>3 972</b>	<b>4 744</b>	<b>4 576</b>	<b>604</b>	<b>15,2</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 529</b>	<b>1 452</b>	<b>1 484</b>	<b>-46</b>	<b>-3,0</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	315	311	313	-2	-0,8
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 214	1 141	1 171	-43	-3,6
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>1 029</b>	<b>1 832</b>	<b>1 703</b>	<b>674</b>	<b>65,5</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	1 029	982	853	-176	-17,1
806 A8900.0100 a.o. Einlage Infrastrukturfonds	-	850	850	-	-
<b>Hauptstrassen</b>	<b>168</b>	<b>166</b>	<b>166</b>	<b>-2</b>	<b>-1,0</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	168	166	166	-2	-1,0
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>568</b>	<b>572</b>	<b>529</b>	<b>-38</b>	<b>-6,8</b>
802 A2310.0214 Abgeltung kombinierter Verkehr	206	180	203	-2	-1,1
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	0	1,2
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	-	17	18	18	-
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	7	4	4	-3	-44,3
802 A4300.0121 Anschlussgleise	23	22	16	-8	-32,2
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	320	314	279	-40	-12,6
802 A4300.0141 Terminalanlagen	10	33	7	-3	-28,5
806 A8300.0108 Niveauübergänge	0	-	-	0	-100,0
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>383</b>	<b>381</b>	<b>377</b>	<b>-6</b>	<b>-1,5</b>
806 A6210.0137 Allgemeine Strassenbeiträge	375	373	370	-6	-1,5
806 A6210.0139 Kantone ohne Nationalstrassen	8	8	8	0	-1,5
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>149</b>	<b>171</b>	<b>158</b>	<b>9</b>	<b>5,9</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	145	165	155	10	6,7
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	4	6	3	-1	-26,2
<b>Umweltschutz</b>	<b>93</b>	<b>105</b>	<b>97</b>	<b>3</b>	<b>3,4</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	5,5
810 A2310.0134 Wald	46	45	45	-1	-2,9
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	19	23	15	-4	-18,8
810 A4300.0139 Lärmschutz	28	36	36	8	28,8
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>10</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>4</b>	<b>37,8</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	7	11	11	4	54,3
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	11,0
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	-	-
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>42</b>	<b>51</b>	<b>48</b>	<b>5</b>	<b>12,5</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	42	51	48	5	12,5
<b>Saldo</b>	<b>-64</b>	<b>-890</b>	<b>-755</b>	<b>-691</b>	
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>2 783</b>	<b>1 894</b>	<b>2 028</b>	<b>-755</b>	<b>-27,1</b>

Hinweis: Die Tabelle zeigt nur die zweckgebundenen Einnahmen und Ausgaben. Es können sich deshalb Abweichungen zur Rechnung der Verwaltungseinheiten (Band 2) ergeben, sofern die Ertragsposition (E) oder der Aufwandskredit (A) auch nicht-zweckgebundene bzw. -finanzierungswirksame Anteile enthalten.



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut %	
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>58 000</b>	<b>64 047</b>	<b>64 146</b>	<b>63 523</b>	<b>62 019</b>	<b>65 693</b>	<b>2 169</b>	<b>3,4</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>51 836</b>	<b>58 052</b>	<b>56 790</b>	<b>57 757</b>	<b>57 268</b>	<b>60 096</b>	<b>2 340</b>	<b>4,1</b>
Direkte Bundessteuer	15 389	17 513	17 877	17 886	17 547	17 891	5	0,0
Verrechnungssteuer	2 730	5 760	5 280	4 323	3 707	5 961	1 637	37,9
Stempelabgaben	2 990	2 975	2 806	2 855	2 750	2 857	2	0,1
Mehrwertsteuer	19 684	20 512	19 830	20 672	21 450	21 642	970	4,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 380	7 517	7 279	7 602	7 448	7 341	-261	-3,4
Mineralölsteuer	5 086	5 222	5 183	5 134	5 105	5 020	-114	-2,2
Tabaksteuer	2 186	2 186	1 987	2 356	2 235	2 208	-148	-6,3
Biersteuer	107	110	110	112	108	113	1	0,6
Verkehrsabgaben	2 016	2 137	2 114	2 210	2 150	2 323	113	5,1
Automobilsteuer	358	363	312	373	360	408	35	9,5
Nationalstrassenabgabe	322	333	351	347	340	360	12	3,5
Schwerverkehrsabgabe	1 336	1 441	1 452	1 490	1 450	1 555	65	4,4
Zölle	1 040	1 017	1 033	1 079	1 020	1 046	-33	-3,1
Spielbankenabgabe	449	455	415	381	405	376	-5	-1,3
Lenkungsabgaben	156	163	151	748	791	660	-88	-11,8
Lenkungsabgabe VOC	127	135	124	123	125	127	3	2,8
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	0	0	0	-	-	-	-	-
Altlastenabgabe	28	28	27	36	36	35	0	-1,2
CO2-Abgabe auf Brennstoffen	-	-	-	589	630	498	-91	-15,4
Übriger Fiskalertrag	3	3	4	0	-	-	0	-100,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 331</b>	<b>1 284</b>	<b>1 350</b>	<b>1 383</b>	<b>1 336</b>	<b>1 403</b>	<b>20</b>	<b>1,5</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	223	235	246	243	264	269	26	10,9
Gewinnausschüttung SNB	833	833	833	833	833	833	0	0,0
Zunahme des Münzumsatzes	45	42	53	74	42	54	-20	-27,5
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	193	148	182	199	168	213	14	6,9
Übrige Regalien und Konzessionen	36	26	36	33	29	34	0	1,3
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 969</b>	<b>2 740</b>	<b>3 075</b>	<b>2 446</b>	<b>1 613</b>	<b>2 136</b>	<b>-310</b>	<b>-12,7</b>
Zinsertrag	690	659	477	375	810	376	1	0,3
Finanzanlagen	334	248	10	11	75	18	7	67,5
Darlehen	166	175	206	83	460	78	-5	-6,2
Bevorschussung an FinöV-Fonds	181	226	177	204	202	193	-12	-5,7
Übriger Zinsertrag	9	11	84	77	73	88	11	14,1
Kursgewinne	96	86	49	82	-	169	87	106,0
Beteiligungsertrag	1	1	0	0	0	1	1	177,9
Zunahme von Equitywerten	1 860	1 807	2 179	1 840	800	1 256	-585	-31,8
Übriger Finanzertrag	322	187	370	149	3	334	185	124,7
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 844</b>	<b>1 970</b>	<b>2 893</b>	<b>1 803</b>	<b>1 774</b>	<b>1 880</b>	<b>77</b>	<b>4,3</b>
Entgelte	1 387	1 508	1 354	1 259	1 179	1 192	-67	-5,3
Wehrpflichtersatzabgabe	138	140	148	155	160	157	2	1,3
Gebühren	291	305	227	217	224	225	9	4,1
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	73	79	80	79	66	76	-3	-3,3
Verkäufe	196	183	149	129	88	102	-27	-20,9
Rückerstattungen	113	231	173	104	96	118	14	13,8
EU Zinsbesteuerung	121	147	166	120	135	97	-23	-19,2
Übrige Entgelte	455	423	412	455	410	415	-40	-8,8
Verschiedener Ertrag	457	462	1 539	544	594	689	145	26,6
Liegenschaftenertrag	315	354	357	371	358	365	-6	-1,5
Übriger verschiedener Ertrag	141	108	1 181	173	236	323	150	87,1
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>21</b>	<b>2</b>	<b>37</b>	<b>135</b>	<b>29</b>	<b>178</b>	<b>43</b>	<b>31,7</b>

## C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>54 289</b>	<b>56 587</b>	<b>57 726</b>	<b>59 385</b>	<b>62 116</b>	<b>62 680</b>	<b>3 295</b>	<b>5,5</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>9 573</b>	<b>11 406</b>	<b>11 929</b>	<b>12 039</b>	<b>12 829</b>	<b>12 230</b>	<b>191</b>	<b>1,6</b>
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 492</b>	<b>4 501</b>	<b>4 812</b>	<b>4 824</b>	<b>5 120</b>	<b>4 923</b>	<b>99</b>	<b>2,1</b>
Personalbezüge	3 665	3 767	3 948	3 998	4 144	4 023	25	0,6
Arbeitgeberbeiträge	590	611	752	781	838	804	22	2,8
Arbeitgeberleistungen	189	65	42	78	60	47	-31	-39,8
Übriger Personalaufwand	48	58	70	-34	78	49	83	246,8
<b>Sach- und Betriebsaufwand</b>	<b>3 238</b>	<b>3 762</b>	<b>4 120</b>	<b>4 071</b>	<b>4 205</b>	<b>3 983</b>	<b>-89</b>	<b>-2,2</b>
Material- und Warenaufwand	225	269	237	259	262	192	-67	-25,7
Betriebsaufwand	3 013	3 139	3 470	3 399	3 514	3 386	-13	-0,4
Liegenschaften	439	445	552	531	322	465	-66	-12,4
Mieten und Pachten	152	153	150	149	177	160	11	7,5
Informatik	295	434	488	471	550	496	25	5,4
Beratungsaufwand	468	263	252	238	252	225	-13	-5,7
Betriebsaufwand der Armee	718	794	809	861	955	929	67	7,8
Abschreibungen auf Forderungen	192	170	205	200	200	190	-10	-5,0
Übriger Betriebsaufwand	749	880	1 014	948	1 057	921	-27	-2,8
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	354	412	413	429	404	-9	-2,3
<b>Rüstungsaufwand</b>	<b>1 168</b>	<b>1 228</b>	<b>1 095</b>	<b>1 001</b>	<b>1 341</b>	<b>1 163</b>	<b>162</b>	<b>16,2</b>
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	145	147	120	111	102	95	-15	-14,0
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	289	290	292	316	350	307	-9	-2,8
Rüstungsmaterial	734	792	683	575	889	761	186	32,4
<b>Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen</b>	<b>675</b>	<b>1 914</b>	<b>1 902</b>	<b>2 143</b>	<b>2 163</b>	<b>2 162</b>	<b>19</b>	<b>0,9</b>
Gebäude	553	611	359	487	522	528	40	8,3
Nationalstrassen	–	1 176	1 390	1 424	1 423	1 416	-8	-0,5
Übrige Abschreibungen	122	127	153	232	218	218	-14	-5,9
<b>Transferaufwand</b>	<b>40 604</b>	<b>41 254</b>	<b>42 445</b>	<b>44 024</b>	<b>46 275</b>	<b>46 994</b>	<b>2 970</b>	<b>6,7</b>
<b>Anteile Dritter an Bundeserträgen</b>	<b>8 624</b>	<b>7 414</b>	<b>7 116</b>	<b>7 705</b>	<b>8 321</b>	<b>8 549</b>	<b>844</b>	<b>11,0</b>
Kantonsanteile	5 999	4 665	4 388	4 436	4 252	4 466	31	0,7
Anteile der Sozialversicherungen	2 478	2 619	2 596	2 694	3 497	3 519	825	30,6
Rückverteilung Lenkungsabgaben	147	130	132	576	573	564	-12	-2,0
<b>Entschädigungen an Gemeinwesen</b>	<b>955</b>	<b>785</b>	<b>778</b>	<b>807</b>	<b>896</b>	<b>856</b>	<b>49</b>	<b>6,1</b>
<b>Beiträge an eigene Institutionen</b>	<b>2 527</b>	<b>2 573</b>	<b>2 723</b>	<b>2 850</b>	<b>2 955</b>	<b>2 971</b>	<b>121</b>	<b>4,2</b>
<b>Beiträge an Dritte</b>	<b>9 744</b>	<b>12 668</b>	<b>13 279</b>	<b>13 608</b>	<b>14 312</b>	<b>14 317</b>	<b>710</b>	<b>5,2</b>
Finanzausgleich	–	2 725	2 808	2 901	3 051	3 049	148	5,1
Internationale Organisationen	1 297	1 482	1 496	1 597	1 679	1 762	165	10,3
Übrige Beiträge an Dritte	8 447	8 461	8 976	9 110	9 582	9 506	396	4,3
<b>Beiträge an Sozialversicherungen</b>	<b>13 417</b>	<b>13 582</b>	<b>14 280</b>	<b>14 493</b>	<b>15 521</b>	<b>15 754</b>	<b>1 261</b>	<b>8,7</b>
AHV / IV / ALV	10 187	10 524	10 915	11 053	11 810	12 126	1 073	9,7
Übrige Sozialversicherungen	3 230	3 058	3 365	3 439	3 711	3 628	188	5,5
<b>Wertberichtigung Investitionsbeiträge</b>	<b>4 966</b>	<b>3 861</b>	<b>4 065</b>	<b>4 302</b>	<b>4 219</b>	<b>4 160</b>	<b>-142</b>	<b>-3,3</b>
<b>Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen</b>	<b>372</b>	<b>372</b>	<b>203</b>	<b>259</b>	<b>52</b>	<b>386</b>	<b>127</b>	<b>49,0</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010	
							absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>4 013</b>	<b>3 864</b>	<b>3 341</b>	<b>3 299</b>	<b>3 012</b>	<b>3 428</b>	<b>129</b>	<b>3,9</b>
<b>Zinsaufwand</b>	<b>3 635</b>	<b>3 334</b>	<b>3 042</b>	<b>2 902</b>	<b>2 886</b>	<b>2 669</b>	<b>-234</b>	<b>-8,1</b>
Anleihen	3 096	2 939	2 785	2 679	2 493	2 481	-198	-7,4
Geldmarktbuchforderungen	228	165	9	2	160	6	4	187,2
Übriger Zinsaufwand	312	230	248	221	234	182	-40	-17,9
<b>Kursverluste</b>	<b>54</b>	<b>77</b>	<b>26</b>	<b>54</b>	<b>-</b>	<b>88</b>	<b>34</b>	<b>63,2</b>
<b>Kapitalbeschaffungsaufwand</b>	<b>143</b>	<b>134</b>	<b>128</b>	<b>122</b>	<b>126</b>	<b>116</b>	<b>-6</b>	<b>-5,1</b>
<b>Abnahme von Equitywerten</b>	<b>-</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>95</b>	<b>-</b>	<b>440</b>	<b>345</b>	<b>363,9</b>
<b>Übriger Finanzaufwand</b>	<b>181</b>	<b>312</b>	<b>140</b>	<b>126</b>	<b>-</b>	<b>116</b>	<b>-10</b>	<b>-7,9</b>
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>98</b>	<b>63</b>	<b>11</b>	<b>22</b>	<b>-</b>	<b>27</b>	<b>5</b>	<b>22,1</b>

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	2007-2011
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>6,2</b>	<b>10,4</b>	<b>0,2</b>	<b>-1,0</b>	<b>-2,4</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>1,9</b>	<b>12,0</b>	<b>-2,2</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,8</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>
Direkte Bundessteuer	8,1	13,8	2,1	0,0	-1,9	0,0	3,8
Verrechnungssteuer	-30,8	111,0	-8,3	-18,1	-14,3	37,9	21,6
Stempelabgaben	3,5	-0,5	-5,7	1,8	-3,7	0,1	-1,1
Mehrwertsteuer	3,5	4,2	-3,3	4,2	3,8	4,7	2,4
Übrige Verbrauchssteuern	1,7	1,9	-3,2	4,4	-2,0	-3,4	-0,1
Verkehrsabgaben	4,0	6,0	-1,1	4,6	-2,7	5,1	3,6
Zölle	1,3	-2,2	1,6	4,5	-5,5	-3,1	0,1
Verschiedener Fiskalertrag	7,6	2,2	-8,1	97,9	5,9	-8,3	14,3
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>5,2</b>	<b>-3,5</b>	<b>5,1</b>	<b>2,5</b>	<b>-3,4</b>	<b>1,5</b>	<b>1,3</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>172,7</b>	<b>-7,7</b>	<b>12,2</b>	<b>-20,5</b>	<b>-34,0</b>	<b>-12,7</b>	<b>-7,9</b>
Beteiligungsertrag	-99,9	-31,9	-37,2	9,3	-80,7	177,9	6,8
Zunahme von Equitywerten	–	-2,9	20,6	-15,5	-56,5	-31,8	-9,4
Übriger Finanzertrag	131,7	-15,9	-3,9	-32,4	34,3	45,2	-5,6
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>32,7</b>	<b>6,8</b>	<b>46,9</b>	<b>-37,7</b>	<b>-1,6</b>	<b>4,3</b>	<b>0,5</b>
Entgelte	4,8	8,7	-10,2	-7,0	-6,3	-5,3	-3,7
Verschiedener Ertrag	585,8	1,1	233,3	-64,6	9,2	26,6	10,8
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>-91,3</b>	<b>1 978,9</b>	<b>262,0</b>	<b>-78,7</b>	<b>31,7</b>	<b>71,3</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>18,1</b>	<b>4,2</b>	<b>2,0</b>	<b>2,9</b>	<b>4,6</b>	<b>5,5</b>	<b>3,7</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>16,9</b>	<b>19,1</b>	<b>4,6</b>	<b>0,9</b>	<b>6,6</b>	<b>1,6</b>	<b>6,3</b>
Personalaufwand	3,9	0,2	6,9	0,2	6,1	2,1	2,3
Sach- und Betriebsaufwand	20,7	16,2	9,5	-1,2	3,3	-2,2	5,3
Rüstungsaufwand	-0,9	5,2	-10,9	-8,6	34,0	16,2	-0,1
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	183,4	-0,7	12,7	1,0	0,9	33,8
<b>Transferaufwand</b>	<b>20,6</b>	<b>1,6</b>	<b>2,9</b>	<b>3,7</b>	<b>5,1</b>	<b>6,7</b>	<b>3,7</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	6,5	-14,0	-4,0	8,3	8,0	11,0	-0,2
Entschädigungen an Gemeinwesen	-3,1	-17,8	-0,9	3,7	11,0	6,1	-2,7
Beiträge an eigene Institutionen	21,8	1,8	5,8	4,7	3,7	4,2	4,1
Beiträge an Dritte	0,3	30,0	4,8	2,5	5,2	5,2	10,1
Beiträge an Sozialversicherungen	5,0	1,2	5,1	1,5	7,1	8,7	4,1
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	–	-22,3	5,3	5,8	-1,9	-3,3	-4,3
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	–	0,0	-45,3	27,5	-80,1	49,0	1,0
<b>Finanzaufwand</b>	<b>-2,2</b>	<b>-3,7</b>	<b>-13,6</b>	<b>-1,2</b>	<b>-8,7</b>	<b>3,9</b>	<b>-3,9</b>
Zinsaufwand	-9,0	-8,3	-8,8	-4,6	-0,6	-8,1	-7,4
Abnahme von Equitywerten	–	–	-15,8	1 632,4	-100,0	363,9	–
Übriger Finanzaufwand	238,5	38,3	-43,9	2,9	-58,4	5,9	-4,1
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>-36,2</b>	<b>-82,1</b>	<b>97,3</b>	<b>-100,0</b>	<b>22,1</b>	<b>-27,6</b>

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008

#### C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>89,4</b>	<b>90,6</b>	<b>88,5</b>	<b>90,9</b>	<b>92,3</b>	<b>91,5</b>
Direkte Bundessteuer	26,5	27,3	27,9	28,2	28,3	27,2
Verrechnungssteuer	4,7	9,0	8,2	6,8	6,0	9,1
Stempelabgaben	5,2	4,6	4,4	4,5	4,4	4,3
Mehrwertsteuer	33,9	32,0	30,9	32,5	34,6	32,9
Übrige Verbrauchssteuern	12,7	11,7	11,3	12,0	12,0	11,2
Verkehrsabgaben	3,5	3,3	3,3	3,5	3,5	3,5
Zölle	1,8	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,0	1,0	0,9	1,8	1,9	1,6
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,3</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>2,1</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>5,1</b>	<b>4,3</b>	<b>4,8</b>	<b>3,9</b>	<b>2,6</b>	<b>3,3</b>
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	3,2	2,8	3,4	2,9	1,3	1,9
Übriger Finanzertrag	1,9	1,5	1,4	1,0	1,3	1,3
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>3,2</b>	<b>3,1</b>	<b>4,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>
Entgelte	2,4	2,4	2,1	2,0	1,9	1,8
Verschiedener Ertrag	0,8	0,7	2,4	0,9	1,0	1,0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>17,6</b>	<b>20,2</b>	<b>20,7</b>	<b>20,3</b>	<b>20,7</b>	<b>19,5</b>
Personalaufwand	8,3	8,0	8,3	8,1	8,2	7,9
Sach- und Betriebsaufwand	6,0	6,6	7,1	6,9	6,8	6,4
Rüstungsaufwand	2,2	2,2	1,9	1,7	2,2	1,9
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	1,2	3,4	3,3	3,6	3,5	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>74,8</b>	<b>72,9</b>	<b>73,5</b>	<b>74,1</b>	<b>74,5</b>	<b>75,0</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	15,9	13,1	12,3	13,0	13,4	13,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,8	1,4	1,3	1,4	1,4	1,4
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,5	4,7	4,8	4,8	4,7
Beiträge an Dritte	17,9	22,4	23,0	22,9	23,0	22,8
Beiträge an Sozialversicherungen	24,7	24,0	24,7	24,4	25,0	25,1
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	9,1	6,8	7,0	7,2	6,8	6,6
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,1	0,6
<b>Finanzaufwand</b>	<b>7,4</b>	<b>6,8</b>	<b>5,8</b>	<b>5,6</b>	<b>4,8</b>	<b>5,5</b>
Zinsaufwand	6,7	5,9	5,3	4,9	4,6	4,3
Abnahme von Equitywerten	–	0,0	0,0	0,2	–	0,7
Übriger Finanzaufwand	0,7	0,9	0,5	0,5	0,2	0,5
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>–</b>	<b>0,0</b>

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2011**

Mio. CHF	Total Rechnung 2011	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>65 693</b>	<b>22</b>	<b>65</b>	<b>90</b>	<b>490</b>	<b>162</b>	<b>64 009</b>	<b>550</b>	<b>306</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 096</b>	–	–	–	<b>376</b>	–	<b>59 685</b>	–	<b>35</b>
Direkte Bundessteuer	17 891	–	–	–	–	–	17 891	–	–
Verrechnungssteuer	5 961	–	–	–	–	–	5 961	–	–
Stempelabgaben	2 857	–	–	–	–	–	2 857	–	–
Mehrwertsteuer	21 642	–	–	–	–	–	21 642	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	–	–	–	–	–	7 341	–	–
Verkehrsabgaben	2 323	–	–	–	–	–	2 323	–	–
Zölle	1 046	–	–	–	–	–	1 046	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 036	–	–	–	376	–	624	–	35
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 403</b>	–	–	–	–	–	<b>1 156</b>	<b>213</b>	<b>34</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 136</b>	<b>0</b>	<b>21</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 857</b>	<b>254</b>	<b>2</b>
Beteiligungsertrag	1	–	–	–	–	–	0	0	1
Zunahme von Equitywerten	1 256	–	–	–	–	–	1 256	–	–
Übriger Finanzertrag	879	0	21	1	0	0	602	254	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 880</b>	<b>22</b>	<b>44</b>	<b>89</b>	<b>114</b>	<b>162</b>	<b>1 133</b>	<b>83</b>	<b>235</b>
Entgelte	1 192	21	40	86	91	89	715	72	78
Verschiedener Ertrag	689	1	4	2	23	73	418	11	156
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>178</b>	–	–	–	–	–	<b>178</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>62 680</b>	<b>349</b>	<b>2 456</b>	<b>20 372</b>	<b>1 810</b>	<b>4 820</b>	<b>16 504</b>	<b>6 666</b>	<b>9 703</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 230</b>	<b>349</b>	<b>658</b>	<b>508</b>	<b>533</b>	<b>4 618</b>	<b>2 722</b>	<b>463</b>	<b>2 381</b>
Personalaufwand	4 923	288	506	331	354	1 575	1 199	328	342
Sach- und Betriebsaufwand	3 983	60	146	172	144	1 642	1 082	128	608
Rüstungsaufwand	1 163	–	–	–	–	1 163	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 162	1	6	5	35	237	441	6	1 430
<b>Transferaufwand</b>	<b>46 994</b>	–	<b>1 798</b>	<b>19 864</b>	<b>1 277</b>	<b>203</b>	<b>10 328</b>	<b>6 203</b>	<b>7 321</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 549	–	–	–	415	–	7 193	–	941
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	–	–	33	723	70	–	1	28
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	–	–	2 366	–	–	–	32	573
Beiträge an Dritte	14 317	–	1 788	2 556	121	131	3 135	5 096	1 491
Beiträge an Sozialversicherungen	15 754	–	–	14 837	–	–	–	917	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 160	–	–	72	18	2	–	138	3 932
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	386	–	10	–	–	–	–	20	356
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 428</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>3 427</b>	–	<b>1</b>
Zinsaufwand	2 669	–	0	–	–	0	2 667	–	1
Abnahme von Equitywerten	440	–	–	–	–	–	440	–	–
Übriger Finanzaufwand	320	–	0	–	–	0	320	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>27</b>	–	–	–	–	–	<b>27</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2010**

Mio. CHF	Total Rechnung 2010	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	EVD	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>63 523</b>	<b>20</b>	<b>51</b>	<b>478</b>	<b>120</b>	<b>173</b>	<b>62 212</b>	<b>319</b>	<b>152</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>57 757</b>	–	–	<b>381</b>	–	–	<b>57 339</b>	<b>0</b>	<b>36</b>
Direkte Bundessteuer	17 886	–	–	–	–	–	17 886	–	–
Verrechnungssteuer	4 323	–	–	–	–	–	4 323	–	–
Stempelabgaben	2 855	–	–	–	–	–	2 855	–	–
Mehrwertsteuer	20 672	–	–	–	–	–	20 672	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	–	–	–	–	–	7 602	–	–
Verkehrsabgaben	2 210	–	–	–	–	–	2 210	–	–
Zölle	1 079	–	–	–	–	–	1 079	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 129	–	–	381	–	–	712	0	36
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 383</b>	–	–	–	–	–	<b>1 150</b>	<b>199</b>	<b>33</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 446</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 411</b>	<b>32</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 840	–	–	–	–	–	1 840	–	–
Übriger Finanzertrag	605	–	0	1	0	0	571	32	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 803</b>	<b>20</b>	<b>51</b>	<b>96</b>	<b>120</b>	<b>173</b>	<b>1 176</b>	<b>86</b>	<b>81</b>
Entgelte	1 259	19	50	94	96	111	749	69	71
Verschiedener Ertrag	544	1	1	1	24	62	427	17	10
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>135</b>	–	–	–	–	–	<b>135</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>59 385</b>	<b>310</b>	<b>2 331</b>	<b>19 762</b>	<b>1 362</b>	<b>4 604</b>	<b>15 385</b>	<b>6 103</b>	<b>9 528</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 039</b>	<b>310</b>	<b>666</b>	<b>505</b>	<b>532</b>	<b>4 402</b>	<b>2 792</b>	<b>448</b>	<b>2 384</b>
Personalaufwand	4 824	260	512	314	360	1 522	1 205	318	333
Sach- und Betriebsaufwand	4 071	49	149	186	134	1 664	1 149	124	616
Rüstungsaufwand	1 001	–	–	–	–	1 001	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 143	1	5	5	38	215	438	6	1 435
<b>Transferaufwand</b>	<b>44 024</b>	–	<b>1 665</b>	<b>19 257</b>	<b>830</b>	<b>202</b>	<b>9 273</b>	<b>5 655</b>	<b>7 142</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 705	–	–	455	–	–	6 292	–	959
Entschädigungen an Gemeinwesen	807	–	–	33	683	66	–	2	24
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	–	–	2 316	–	–	3	32	500
Beiträge an Dritte	13 608	–	1 651	2 308	129	132	2 979	4 947	1 461
Beiträge an Sozialversicherungen	14 493	–	–	14 080	–	–	–	413	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 302	–	–	66	18	4	–	139	4 075
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	259	–	14	–	–	–	–	122	123
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 299</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>3 298</b>	–	<b>2</b>
Zinsaufwand	2 902	–	–	–	–	0	2 901	–	2
Abnahme von Equitywerten	95	–	–	–	–	–	95	–	–
Übriger Finanzaufwand	302	–	0	–	–	0	302	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>22</b>	–	–	–	–	–	<b>22</b>	–	–



## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011	Differenz zu 2010	
						absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>64 989</b>	<b>105 024</b>	<b>100 220</b>	<b>104 222</b>	<b>104 526</b>	<b>304</b>	<b>0,3</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>31 975</b>	<b>29 108</b>	<b>27 360</b>	<b>30 193</b>	<b>29 526</b>	<b>-666</b>	<b>-2,2</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>18 773</b>	<b>17 094</b>	<b>13 787</b>	<b>14 584</b>	<b>14 674</b>	<b>90</b>	<b>0,6</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>546</b>	<b>1 739</b>	<b>2 949</b>	<b>6 015</b>	<b>5 544</b>	<b>-471</b>	<b>-7,8</b>
Kasse	2	2	6	5	5	0	-3,2
Post	136	137	187	135	136	1	0,9
Bank	408	1 600	2 756	995	4 873	3 878	389,7
Kurzfristige Geldanlagen	–	–	–	4 880	530	-4 350	-89,1
<b>Forderungen</b>	<b>6 292</b>	<b>5 943</b>	<b>5 246</b>	<b>6 459</b>	<b>5 862</b>	<b>-596</b>	<b>-9,2</b>
Steuer- und Zollforderungen	5 290	4 850	4 072	4 966	4 611	-355	-7,2
Kontokorrente	668	774	942	1 289	1 027	-262	-20,3
Andere Forderungen	297	268	181	156	192	36	23,4
Übrige Forderungen	37	51	51	48	32	-15	-32,3
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>10 337</b>	<b>7 717</b>	<b>4 212</b>	<b>414</b>	<b>1 959</b>	<b>1 545</b>	<b>373,2</b>
Festgelder	8 900	7 500	4 100	400	1 800	1 400	350,0
Darlehen	1 355	162	80	–	–	–	–
Positive Wiederbeschaffungswerte	76	49	26	8	153	145	n.a.
Übrige Anlagen	6	6	6	6	6	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 598</b>	<b>1 696</b>	<b>1 379</b>	<b>1 696</b>	<b>1 308</b>	<b>-387</b>	<b>-22,8</b>
Zinsen	178	142	30	30	29	-1	-2,7
Disagio	552	497	433	359	294	-66	-18,3
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	868	1 056	916	1 307	986	-321	-24,6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>13 203</b>	<b>12 014</b>	<b>13 573</b>	<b>15 609</b>	<b>14 852</b>	<b>-756</b>	<b>-4,8</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>13 203</b>	<b>12 014</b>	<b>13 573</b>	<b>15 576</b>	<b>14 683</b>	<b>-893</b>	<b>-5,7</b>
Festverzinsliche Wertpapiere	1 015	204	50	–	–	–	–
Variabel verzinsliche Wertpapiere	10	–	–	–	–	–	–
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	4 800	4 100	5 600	7 400	6 000	-1 400	-18,9
Übrige Darlehen	340	400	470	570	920	350	61,4
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 037	7 310	7 453	7 606	7 763	157	2,1
<b>Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>32</b>	<b>170</b>	<b>137</b>	<b>422,8</b>
Lenkungsabgaben	–	–	–	32	170	137	422,8
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>33 014</b>	<b>75 916</b>	<b>72 860</b>	<b>74 029</b>	<b>75 000</b>	<b>971</b>	<b>1,3</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>297</b>	<b>285</b>	<b>284</b>	<b>-1</b>	<b>-0,2</b>
<b>Vorräte</b>	<b>214</b>	<b>224</b>	<b>297</b>	<b>285</b>	<b>284</b>	<b>-1</b>	<b>-0,2</b>
Vorräte aus Kauf	198	210	286	270	266	-4	-1,6
Vorräte aus Eigenfertigung	16	15	11	15	18	4	24,9
<b>Anlagevermögen</b>	<b>32 800</b>	<b>75 692</b>	<b>72 564</b>	<b>73 745</b>	<b>74 716</b>	<b>971</b>	<b>1,3</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>14 472</b>	<b>49 921</b>	<b>51 094</b>	<b>51 194</b>	<b>52 176</b>	<b>982</b>	<b>1,9</b>
Mobilien	313	321	332	321	321	0	0,0
Anlagen im Bau	1 132	13 013	8 267	9 401	10 096	695	7,4
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	–	1 699	1 428	1 263	1 709	446	35,3
Liegenschaften	13 026	12 798	12 975	13 024	12 752	-272	-2,1
Nationalstrassen	–	22 090	28 089	27 178	27 294	116	0,4
Anzahlungen auf Sachanlagen	0	–	2	6	4	-2	-40,2
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>58</b>	<b>97</b>	<b>130</b>	<b>148</b>	<b>204</b>	<b>57</b>	<b>38,2</b>
Software	7	46	49	62	73	11	18,3
Anlagen im Bau	–	49	81	86	128	42	48,8
Übrige immaterielle Anlagen	51	2	0	–	3	3	–
<b>Darlehen</b>	<b>2 963</b>	<b>9 475</b>	<b>3 411</b>	<b>3 536</b>	<b>3 621</b>	<b>85</b>	<b>2,4</b>
Allgemeine Verwaltung	2	5 930	2	2	2	0	-6,7
Beziehungen zum Ausland	452	430	431	438	797	360	82,3
Soziale Wohlfahrt	2 026	1 865	1 739	1 967	1 865	-102	-5,2
Verkehr	7 204	7 547	7 575	7 665	7 934	270	3,5
Landwirtschaft	2 356	2 409	2 458	2 507	2 521	14	0,6
Übrige Volkswirtschaft	222	1 182	1 124	1 223	1 263	40	3,2
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-9 299	-9 888	-9 917	-10 265	-10 761	-496	-4,8

n.a.: nicht ausgewiesen

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes)

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011	Differenz zu 2010	
						absolut	%
<b>Beteiligungen</b>	<b>15 306</b>	<b>16 199</b>	<b>17 928</b>	<b>18 866</b>	<b>18 714</b>	<b>-152</b>	<b>-0,8</b>
Namhafte Beteiligungen	15 256	16 151	17 889	18 845	18 692	-153	-0,8
Übrige Beteiligungen	1 177	1 136	1 122	1 230	890	-340	-27,7
Wertberichtigung Beteiligungen	-1 126	-1 088	-1 083	-1 209	-867	342	28,3

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes)

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011	Differenz zu 2010	
						absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>64 979</b>	<b>105 024</b>	<b>100 220</b>	<b>104 222</b>	<b>104 526</b>	<b>304</b>	<b>0,3</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>34 399</b>	<b>36 056</b>	<b>29 507</b>	<b>33 787</b>	<b>33 988</b>	<b>201</b>	<b>0,6</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>11 709</b>	<b>13 700</b>	<b>12 659</b>	<b>14 024</b>	<b>14 151</b>	<b>127</b>	<b>0,9</b>
Kontokorrente	7 769	10 123	9 143	10 361	10 102	-258	-2,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 823	2 102	1 368	1 420	1 467	47	3,3
Verwaltete Stiftungen	94	96	95	80	73	-7	-8,6
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 022	1 379	2 054	2 164	2 509	345	15,9
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>13 122</b>	<b>15 495</b>	<b>10 310</b>	<b>13 064</b>	<b>14 333</b>	<b>1 269</b>	<b>9,7</b>
Geldmarkt	9 056	10 670	6 947	9 181	10 610	1 429	15,6
Bundeseigene Unternehmungen	1 335	1 460	–	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 376	2 739	2 955	3 106	3 155	48	1,6
Negative Wiederbeschaffungswerte	166	432	397	777	568	-209	-26,9
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	190	194	11	–	–	–	–
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>8 926</b>	<b>6 394</b>	<b>6 094</b>	<b>6 377</b>	<b>5 203</b>	<b>-1 174</b>	<b>-18,4</b>
Zinsen	2 351	2 179	2 013	1 954	1 885	-69	-3,5
Agio	1 783	1 569	1 556	1 624	1 932	308	19,0
Abgrenzung Subventionen	–	–	–	265	267	2	0,6
Abgrenzung Verrechnungssteuer	4 168	2 225	2 123	2 397	863	-1 534	-64,0
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	624	421	402	137	256	119	86,4
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>641</b>	<b>467</b>	<b>443</b>	<b>321</b>	<b>301</b>	<b>-20</b>	<b>-6,2</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	184	170	142	26	20	-6	-23,1
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	292	287	279	277	263	-14	-5,0
Übrige kurzfristige Rückstellungen	166	9	22	18	18	0	0,1
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>112 323</b>	<b>110 155</b>	<b>104 582</b>	<b>99 938</b>	<b>97 939</b>	<b>-1 999</b>	<b>-2,0</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>87 955</b>	<b>83 473</b>	<b>82 032</b>	<b>-1 441</b>	<b>-1,7</b>
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	1 740	1 840	1 880	40	2,2
Anleihen	95 684	92 435	86 119	81 538	80 049	-1 489	-1,8
Eidg. Technische Hochschulen ETH	34	91	95	95	94	-1	-0,6
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	–	–	9	9	–
Übrige mittel- und langfristige Schulden	379	–	–	–	–	–	–
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>–</b>	<b>2 092</b>	<b>1 793</b>	<b>1 599</b>	<b>2 133</b>	<b>534</b>	<b>33,4</b>
Infrastrukturfonds	–	2 092	1 793	1 599	2 133	534	33,4
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>14 919</b>	<b>13 951</b>	<b>13 107</b>	<b>13 572</b>	<b>12 478</b>	<b>-1 094</b>	<b>-8,1</b>
Rückstellungen Verrechnungssteuer	9 100	9 800	8 900	9 300	8 200	-1 100	-11,8
Übrige langfristige Rückstellungen	5 819	4 151	4 207	4 272	4 278	6	0,1
<b>Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK</b>	<b>1 257</b>	<b>1 537</b>	<b>1 727</b>	<b>1 294</b>	<b>1 296</b>	<b>2</b>	<b>0,1</b>
Lenkungsabgaben	263	494	712	256	255	-2	-0,6
Spezialfonds im Fremdkapital	–	–	–	75	90	15	20,2
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	994	1 043	1 015	964	952	-12	-1,2
<b>Eigenkapital</b>	<b>-81 742</b>	<b>-41 187</b>	<b>-33 869</b>	<b>-29 502</b>	<b>-27 400</b>	<b>2 102</b>	<b>7,1</b>
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>4 696</b>	<b>2 808</b>	<b>2 934</b>	<b>4 048</b>	<b>3 803</b>	<b>-245</b>	<b>-6,1</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	4 609	2 722	2 848	2 783	2 028	-755	-27,1
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FH/LWTO	–	–	–	1 178	1 711	533	45,2
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	86	87	87	87	64	-23	-26,2
<b>Spezialfonds</b>	<b>467</b>	<b>1 229</b>	<b>1 258</b>	<b>1 287</b>	<b>1 301</b>	<b>15</b>	<b>1,1</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>58</b>	<b>79</b>	<b>111</b>	<b>114</b>	<b>176</b>	<b>62</b>	<b>54,7</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	21	27	35	39	40	1	1,4
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	37	52	76	75	137	62	82,6
<b>Restatementreserve</b>	<b>144</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Übriges Eigenkapital</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>-100,0</b>
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-87 107</b>	<b>-45 302</b>	<b>-38 173</b>	<b>-34 951</b>	<b>-32 681</b>	<b>2 270</b>	<b>6,5</b>
Bilanzfehlbetrag	-87 107	-45 302	-38 173	-34 951	-32 681	2 270	-6,5

Hinweis: Strukturbruch durch die Einführung der NFA im Jahr 2008 (Nationalstrassen neu im Eigentum des Bundes)

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

CHF	2010			2011		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>13 801 842 783-10 265 498 891</b>	<b>3 536 343 892</b>	<b>14 382 370 432-10 761 139 452</b>	<b>3 621 230 980</b>		
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Zusammenarbeit</b>	<b>383 566 195</b>	<b>-151 463 200</b>	<b>232 102 995</b>	<b>402 370 619</b>	<b>-152 791 400</b>	<b>249 579 219</b>
Darlehen an die FIPOI	377 794 313	-151 463 200	226 331 113	397 102 113	-152 791 400	244 310 713
Darlehen Weltpostverein	3 757 595	–	3 757 595	3 381 835	–	3 381 835
Darlehen für Ausrüstung	2 014 287	–	2 014 287	1 886 671	–	1 886 671
<b>420 Bundesamt für Migration</b>	<b>36 921 968</b>	<b>–</b>	<b>36 921 968</b>	<b>33 347 432</b>	<b>–</b>	<b>33 347 432</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	36 921 968	–	36 921 968	33 347 432	–	33 347 432
<b>606 Eidgenössische Zollverwaltung</b>	<b>85 000</b>	<b>–</b>	<b>85 000</b>	<b>72 000</b>	<b>-28 800</b>	<b>43 200</b>
Indoor-Schiessanlage, Schüpfen	85 000	–	85 000	72 000	-28 800	43 200
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>1 204 507 636</b>	<b>-365 944 851</b>	<b>838 562 785</b>	<b>1 588 996 930</b>	<b>-524 390 480</b>	<b>1 064 606 450</b>
Regionalentwicklung	1 000 531 646	-196 375 667	804 155 979	944 047 058	-168 101 855	775 945 203
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	48 625 000	-48 625 000	–	148 625 000	-148 625 000	–
Indonesien, Mischkredit	31 166 667	-12 466 667	18 700 000	28 333 334	-11 333 333	17 000 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	10 859 710	-10 859 710	–	10 859 710	-10 859 710	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	4 315 000	–	4 315 000	4 315 000	–	4 315 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Sudan I	3 323 100	-3 323 100	–	3 323 100	-3 323 100	–
Konsolidierungsabkommen, Togo	3 269 625	-3 269 625	–	3 269 625	-3 269 625	–
Kolumbien, Mischkredit	1 382 261	-552 904	829 356	691 130	-276 452	414 678
Konsolidierungsabkommen, Sudan III	851 220	-851 220	–	851 220	-851 220	–
Konsolidierungsabkommen, Sudan IV	841 577	-841 577	–	841 577	-841 577	–
China, Mischkredit	184 874	-73 950	110 924	14 874	-5 950	8 924
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	496 240	-198 496	297 744	458 068	-183 227	274 841
Darlehen SIFEM	–	–	–	344 706 518	-88 212 495	256 494 022
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 507 265 265</b>	<b>-2 507 265 265</b>	<b>–</b>	<b>2 521 158 295</b>	<b>-2 521 158 295</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	420 615 063	-420 615 063	–	420 633 445	-420 633 445	–
Kanton Luzern	271 699 815	-271 699 815	–	273 711 036	-273 711 036	–
Kanton St. Gallen	210 153 272	-210 153 272	–	213 658 628	-213 658 628	–
Kanton Freiburg	201 480 228	-201 480 228	–	203 993 708	-203 993 708	–
Kanton Waadt	183 325 693	-183 325 693	–	185 336 025	-185 336 025	–
Kanton Zürich	163 931 522	-163 931 522	–	166 547 274	-166 547 274	–
Kanton Graubünden	163 485 565	-163 485 565	–	165 932 748	-165 932 748	–
Kanton Thurgau	114 150 619	-114 150 619	–	115 660 155	-115 660 155	–
Kanton Aargau	113 094 494	-113 094 494	–	114 627 507	-114 627 507	–
Kanton Wallis	80 585 253	-80 585 253	–	79 595 963	-79 595 963	–
Kanton Jura	69 769 706	-69 769 706	–	68 931 224	-68 931 224	–
Kanton Schwyz	69 553 615	-69 553 615	–	70 558 246	-70 558 246	–
Kanton Solothurn	70 007 295	-70 007 295	–	71 768 452	-71 768 452	–
Kanton Neuenburg	65 177 409	-65 177 409	–	65 282 625	-65 282 625	–
Kanton Basel-Land	44 650 783	-44 650 783	–	45 656 361	-45 656 361	–
Kanton Tessin	41 177 980	-41 177 980	–	38 691 026	-38 691 026	–
Kanton Schaffhausen	36 867 951	-36 867 951	–	36 873 706	-36 873 706	–
Kanton Appenzell A.Rh.	32 802 970	-32 802 970	–	32 813 875	-32 813 875	–
Kanton Obwalden	30 010 383	-30 010 383	–	30 067 622	-30 067 622	–
Kanton Appenzell I.Rh.	28 238 734	-28 238 734	–	28 241 825	-28 241 825	–
Kanton Uri	24 793 679	-24 793 679	–	21 822 311	-21 822 311	–
Kanton Zug	21 570 366	-21 570 366	–	20 608 172	-20 608 172	–
Kanton Nidwalden	21 165 933	-21 165 933	–	21 182 978	-21 182 978	–
Kanton Glarus	17 591 146	-17 591 146	–	17 593 410	-17 593 410	–
Kanton Genf	11 365 790	-11 365 790	–	11 369 973	-11 369 973	–

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2010			2011		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 930 063 399</b>	<b>-282 030 149</b>	<b>1 648 033 250</b>	<b>1 831 194 865</b>	<b>-250 306 691</b>	<b>1 580 888 174</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	679 278 578	-10 290 575	668 988 003	653 938 909	-10 135 132	643 803 777
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	461 967 199	-20 394 800	441 572 399	465 043 281	-13 964 552	451 078 729
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	476 802 583	-183 164 830	293 637 753	411 011 398	-158 777 195	252 234 203
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	189 493 176	–	189 493 176	181 962 278	–	181 962 278
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WFG	113 633 240	-68 179 944	45 453 296	110 865 550	-67 429 812	43 435 738
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	8 888 624	–	8 888 624	8 373 448	–	8 373 448
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>6 467 246 439</b>	<b>-5 789 985 426</b>	<b>677 261 013</b>	<b>6 752 210 176</b>	<b>-6 143 653 786</b>	<b>608 556 390</b>
SBB AG	2 901 629 291	-2 901 162 032	467 259	3 061 798 620	-3 060 731 890	1 066 730
RhB	1 013 178 101	-868 395 102	144 782 999	1 077 039 197	-930 357 417	146 681 779
BLS Netz AG	380 859 695	-380 859 695	–	350 525 448	-350 525 448	–
BLS AG	286 476 329	-213 489 830	72 986 499	280 186 923	-213 489 830	66 697 093
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	205 545 330	-179 291 240	26 254 090	225 837 871	-201 424 053	24 413 818
Zentralbahn	199 667 773	-196 798 554	2 869 219	212 697 194	-210 178 099	2 519 095
Südostbahn	176 450 640	-154 726 228	21 724 412	185 428 246	-165 822 878	19 605 368
Transports publics fribourgeois	130 726 528	-116 338 276	14 388 252	138 628 935	-125 329 247	13 299 688
RBS AG	116 883 501	-84 606 354	32 277 147	119 369 213	-89 674 841	29 694 372
Appenzeller Bahnen	92 553 234	-59 486 103	33 067 131	94 219 837	-63 417 833	30 802 004
Métro Lausanne-Ouchy SA	70 000 000	-70 000 000	–	70 000 000	-70 000 000	–
Transports Publics du Chablais	64 111 182	-46 275 023	17 836 159	65 930 551	-49 094 887	16 835 664
Montreux - Berner Oberland - Bahn	61 411 077	-48 180 929	13 230 148	69 587 021	-57 426 185	12 160 836
Baselland Transport AG	55 720 498	-41 434 883	14 285 615	57 471 632	-44 319 621	13 152 011
Aare Seeland Mobil AG	53 869 477	-44 205 978	9 663 499	63 693 452	-54 721 661	8 971 791
Berner Oberland-Bahnen	34 214 313	-29 887 018	4 327 295	33 684 037	-29 887 018	3 797 019
Transports de Martigny et régions SA	39 456 709	-31 331 918	8 124 791	46 229 115	-38 563 958	7 665 157
Chemins de fer du Jura	30 307 451	-19 250 765	11 056 686	31 291 104	-20 989 153	10 301 951
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher	28 500 923	-24 917 897	3 583 026	32 959 316	-29 711 611	3 247 705
Wynental- und Suhrentalbahn	23 522 086	-18 329 969	5 192 117	26 511 407	-19 495 434	7 015 973
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinese	23 211 327	-10 520 674	12 690 653	22 264 814	-10 277 736	11 987 078
Sihltal-Zürich-Uettilberg-Bahn	23 045 071	-17 428 537	5 616 534	22 642 809	-17 428 537	5 214 272
Transports Montreux-Vevay-Riviera	20 780 747	-15 962 858	4 817 889	21 942 378	-17 372 828	4 569 550
Travys SA	18 609 356	-14 077 894	4 531 462	18 980 569	-14 797 394	4 183 175
Transport régionaux neuchâtelois	16 718 560	-8 936 839	7 781 721	17 731 364	-10 547 139	7 184 225
BDWM Transport AG	17 458 892	-14 886 887	2 572 005	16 369 738	-16 369 738	–
Ferrovie Luganesi SA	16 068 391	-14 120 361	1 948 030	15 669 223	-14 120 361	1 548 862
ÖBB	–	–	–	10 000 000	-10 000 000	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	14 464 185	-10 700 471	3 763 714	15 276 929	-11 922 471	3 354 458
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez	14 375 312	-11 260 063	3 115 249	15 133 126	-12 323 050	2 810 076
Thurbo AG	14 900 248	-14 634 854	265 394	18 364 022	-18 116 477	247 545
Waldenburgerbahn AG	10 304 415	-5 443 641	4 860 774	9 851 600	-5 443 641	4 407 959
Diverse KTU	151 211 916	-113 287 305	37 924 611	150 170 993	-114 776 317	35 394 676
Termys SA	113 435 920	–	113 435 920	110 420 637	-37 356 000	73 064 637
Übriger öffentlicher Verkehr	47 577 961	-9 757 248	37 820 713	44 302 856	-7 641 033	36 661 823
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 196 362 954</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>27 552 954</b>	<b>1 181 265 635</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>12 455 635</b>
Darlehen Swiss	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 168 810 000	-1 168 810 000	–
Genf: Objekt 4-2	3 450 008	–	3 450 008	–	–	–
Genf: Objekt 4-1	3 012 503	–	3 012 503	–	–	–
Basel: Objekt 2+4	1 834 658	–	1 834 658	1 543 817	–	1 543 817
Basel: Objekt 21	1 974 435	–	1 974 435	1 860 263	–	1 860 263
Genf: Objekt 2+3	1 658 654	–	1 658 654	–	–	–
Basel: Objekt 10	1 731 412	–	1 731 412	1 631 292	–	1 631 292
Genf: Objekt 9-1	1 663 182	–	1 663 182	–	–	–
Basel: Objekt 1	1 256 431	–	1 256 431	1 170 845	–	1 170 845
Genf: Objekt 1	1 061 558	–	1 061 558	–	–	–
Basel: Objekt 8	1 148 346	–	1 148 346	1 081 942	–	1 081 942

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2010			2011		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
Basel: Objekt 3	1 139 407	–	1 139 407	1 073 521	–	1 073 521
Genf: Objekt 1-2	946 358	–	946 358	–	–	–
Basel: Objekt 22	903 056	–	903 056	841 542	–	841 542
Genf: Objekt 1-4	872 905	–	872 905	–	–	–
Genf: Objekt 1-3	848 335	–	848 335	–	–	–
Basel: Objekt 7	737 369	–	737 369	691 209	–	691 209
Birrfeld	417 117	–	417 117	361 010	–	361 010
Basel: Objekt 23	399 125	–	399 125	371 938	–	371 938
Bern: Objekt 2	281 719	–	281 719	262 529	–	262 529
Genf: Objekt 1-6	271 662	–	271 662	–	–	–
Basel: Objekt 11	225 853	–	225 853	211 510	–	211 510
Sion	194 222	–	194 222	168 096	–	168 096
Monricher I	195 500	–	195 500	181 000	–	181 000
Amlikon	163 724	–	163 724	124 000	–	124 000
Schänis I	188 974	–	188 974	185 974	–	185 974
Courtelary	137 213	–	137 213	119 516	–	119 516
Schänis II	132 000	–	132 000	130 000	–	130 000
Basel: Objekt 9	107 609	–	107 609	101 386	–	101 386
Ecuwillens I	90 280	–	90 280	69 340	–	69 340
Genf: Objekt 1-5	97 269	–	97 269	–	–	–
Genf: Objekt 9-2	93 882	–	93 882	–	–	–
Bern: Objekt 1	86 481	–	86 481	77 616	–	77 616
Ecuwillens II	66 054	–	66 054	53 362	–	53 362
Ecuwillens III	62 701	–	62 701	56 975	–	56 975
Basel: Objekt 17	56 550	–	56 550	53 214	–	53 214
Monricher II	36 929	–	36 929	24 862	–	24 862
Basel: Objekt 18	9 471	–	9 471	8 878	–	8 878
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>1 160 000</b>	–	<b>1 160 000</b>	<b>960 000</b>	–	<b>960 000</b>
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	1 160 000	–	1 160 000	960 000	–	960 000
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>74 663 927</b>	–	<b>74 663 927</b>	<b>70 794 481</b>	–	<b>70 794 481</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	74 663 927	–	74 663 927	70 794 481	–	70 794 481

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

	31.12.2010	31.12.2011			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
<b>Beteiligungen</b>	<b>18 866 343 000</b>	<b>12 134 771 086</b>	<b>-867 056 505</b>	<b>7 446 459 406</b>	<b>18 714 173 986</b>	
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>18 844 934 000</b>	<b>11 245 108 580</b>		<b>7 446 459 406</b>	<b>18 691 567 986</b>	
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>18 844 934 000</b>	<b>11 245 108 580</b>		<b>7 446 459 406</b>	<b>18 691 567 986</b>	
SBB	9 971 000 000	9 000 000 000		1 303 800 000	10 303 800 000	100,0
Die Schweizerische Post	4 065 000 000	1 300 000 000		3 391 000 000	4 691 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	697 600 000	340 000 000		409 200 000	749 200 000	100,0
BLS Netz AG	337 800 000	335 172 078		2 727 922	337 900 000	50,1
SAPOMP	222 100 000	–		–	–	
Skyguide	293 300 000	139 913 750		178 486 250	318 400 000	99,9
Swisscom	3 258 134 000	29 410 500		2 161 245 233	2 190 655 733	56,8
SIFEM AG	–	100 612 253		–	100 612 253	100,0
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>21 409 000</b>	<b>889 662 505</b>	<b>-867 056 505</b>		<b>22 606 000</b>	
<b>201 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>–</b>	<b>16 422 250</b>	<b>-16 422 250</b>		<b>–</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
<b>202 Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit</b>	<b>–</b>	<b>473 486 722</b>	<b>-473 486 722</b>		<b>–</b>	
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	256 393 226	-256 393 226		–	1,7
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	32 377 564	-32 377 564		–	0,5
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	54 054 001	-54 054 001		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	69 967 740	-69 967 740		–	1,4
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	29 850 955	-29 850 955		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	6,5
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,6
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>9 500 000</b>	<b>9 600 000</b>	<b>–</b>		<b>9 600 000</b>	
Beteiligung SHI (Swissmedic)	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	–	100 000	–		100 000	100,0
<b>316 Bundesamt für Gesundheit</b>	<b>–</b>	<b>1 000</b>	<b>-1 000</b>		<b>–</b>	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
<b>525 Verteidigung</b>	<b>51 000</b>	<b>51 000</b>	<b>–</b>		<b>51 000</b>	
Tätsch	51 000	51 000	–		51 000	100,0
<b>543 armasuisse Immobilien</b>	<b>10 000</b>	<b>49 000</b>	<b>-39 000</b>		<b>10 000</b>	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermobois SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>–</b>	<b>8 044 100</b>	<b>-6 983 100</b>		<b>1 061 000</b>	
Hotel Bellevue Palace	–	6 382 100	-6 382 100		–	99,7
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	8,3
Überbauungsgenossenschaft Murifeld-Wittigkofen	–	1 000	-1 000		–	n.a.
SAPOMP Wohnbau AG	–	1 061 000	–		1 061 000	100,0
<b>606 Eidg. Zollverwaltung</b>	<b>–</b>	<b>36 000</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>36 000</b>	
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	–	36 000	–		36 000	20,4
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>–</b>	<b>1 777 917</b>	<b>-1 777 917</b>		<b>–</b>	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Kiinteistö Oy, Helsingin	–	330 000	-330 000		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus, CH-3172 Niederwangen	–	3 600	-3 600		–	

n.a.: nicht ausgewiesen

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

	31.12.2010		31.12.2011			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	Bilanzwert	
CHF						
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	–	<b>213 286 503</b>	<b>-213 286 503</b>		–	
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	195 126 185	-195 126 185		–	2,8
SDFC-Swiss Development Finance Corporation, Beteiligung	–	9 550 339	-9 550 339		–	49,0
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		–	50,0
ACIL/AMFSL-Indien, Alliance Finanzgruppe	–	2 047 957	-2 047 957		–	17,0
MNL-Msele Nedventures Ltd, Kapitalbeteiligung	–	562 023	-562 023		–	
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>160 000</b>	<b>7 097 800</b>	<b>-6 937 800</b>		<b>160 000</b>	
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		–	100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–		160 000	51,0
<b>710 Agroscope</b>	–	<b>1 700</b>	<b>-1 700</b>		–	
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–	
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll. Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–	600	-600		–	
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–	
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>11 688 000</b>	<b>11 813 000</b>	<b>-125 000</b>		<b>11 688 000</b>	
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		3 544 000	9,7
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		5 399 000	35,5
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		500 000	20,0
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		1 000 000	20,0
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		600 000	71,7
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		100 000	48,3
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG ( WFG)	180 000	180 000	–		180 000	48,3
WOGENO (Neu: GEWO ZH Ost)	125 000	250 000	-125 000		125 000	13,5
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		140 000	70,0
L'Artisane Nouvelle	100 000	100 000	–		100 000	22,2
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	–	<b>147 975 513</b>	<b>-147 975 513</b>		–	
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		–	43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		–	16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		–	21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		–	76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		–	43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		–	26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		–	39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		–	35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		–	32,8
Aare Seeland mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		–	36,2
Transp. publics fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		–	22,2
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		–	33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		–	34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		–	35,8
DBWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		–	30,3
Transp. De Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		–	43,2
Ferrovie autolinee reg. Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		–	34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		–	27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		–	16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		–	5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		–	37,4
Transp. Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		–	18,1
TRAVYS SA	–	1 131 580	-1 131 580		–	17,2

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

	31.12.2010	31.12.2011			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
Transp. Montreux-Vevey-Riviera MVR	–	985 000	-985 000	–	17,1
Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000	–	42,9
Transp. Régionaux neuchâtelois TRN SA	–	913 250	-913 250	–	9,8
Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500	–	28,3
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	780 000	-780 000	–	11,0
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	667 000	-667 000	–	2,6
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000	–	24,4
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000	–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000	–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200	–	38,9
OBL Elektrifikations-Anleihe Eisenbahn- gesellschaft Spiez-Erlenbach	–	26 500	-26 500	–	
Brienzi Rothorn Bahn	–	200	-200	–	
<b>805 Bundesamt für Energie</b>	–	<b>20 000</b>	<b>-20 000</b>	–	
Anteilscheine Genossenschaft Nagra	–	20 000	-20 000	–	16,7

#### D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011	Differenz zu 2010	
						absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>120 978</b>	<b>121 771</b>	<b>110 924</b>	<b>110 561</b>	<b>110 516</b>	<b>-45</b>	<b>0,0</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>24 831</b>	<b>29 195</b>	<b>22 970</b>	<b>27 088</b>	<b>28 484</b>	<b>1 395</b>	<b>5,2</b>
Laufende Verbindlichkeiten	11 709	13 700	12 659	14 024	14 151	127	0,9
Kontokorrente	7 769	10 123	9 143	10 361	10 102	-258	-2,5
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 823	2 102	1 368	1 420	1 467	47	3,3
Verwaltete Stiftungen	94	96	95	80	73	-7	-8,6
Übrige laufende Verbindlichkeiten	1 022	1 379	2 054	2 164	2 509	345	15,9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	13 122	15 495	10 310	13 064	14 333	1 269	9,7
Geldmarkt	9 056	10 670	6 947	9 181	10 610	1 429	15,6
Bundeseigene Unternehmungen	1 335	1 460	–	–	–	–	–
Sparkasse Bundespersonal	2 376	2 739	2 955	3 106	3 155	48	1,6
Negative Wiederbeschaffungswerte	166	432	397	777	568	-209	-26,9
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	190	194	11	–	–	–	–
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>96 147</b>	<b>92 576</b>	<b>87 955</b>	<b>83 473</b>	<b>82 032</b>	<b>-1 441</b>	<b>-1,7</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	96 147	92 576	87 955	83 473	82 032	-1 441	-1,7
Bundeseigene Unternehmungen	50	50	1 740	1 840	1 880	40	2,2
Anleihen	95 684	92 435	86 119	81 538	80 049	-1 489	-1,8
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	34	91	95	95	94	-1	-0,6
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	–	–	–	–	9	9	–
Übrige mittel- und langfristige Schulden	379	–	–	–	–	–	–

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

Hinweis: Die Zahlen vor 2005 sind im Detail nicht verfügbar.

**E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden**

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2011	Marktwert 2011
<b>Total</b>				<b>12 490,1</b>	<b>12 533,7</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>10 610,1</b>	<b>10 608,5</b>
05.01.2012	3617934	06.10.2011	100,127	571,0	570,9
12.01.2012	3617896	13.01.2011	99,848	481,2	481,1
19.01.2012	3617936	20.10.2011	100,127	494,4	494,3
26.01.2012	3617937	27.10.2011	100,013	600,6	600,5
02.02.2012	3617938	03.11.2011	100,064	698,4	698,3
09.02.2012	3617939	10.11.2011	100,075	531,5	531,4
16.02.2012	3617940	17.11.2011	100,076	829,8	829,7
23.02.2012	3617928	25.08.2011	100,508	599,8	599,7
01.03.2012	3617942	01.12.2011	100,080	956,4	956,3
08.03.2012	3617943	08.12.2011	100,081	772,6	772,5
15.03.2012	3617944	15.12.2011	100,101	873,0	872,9
22.03.2012	3617945	22.12.2011	100,109	773,3	773,1
29.03.2012	3617946	29.12.2011	100,119	644,4	644,2
12.04.2012	3617935	13.10.2011	100,127	554,6	554,5
24.05.2012	3617941	24.11.2011	100,075	656,2	655,9
12.07.2012	3617922	14.07.2011	99,859	573,4	573,0
<b>Festgelder</b>				<b>1 880,0</b>	<b>1 925,2</b>
SERV					
18.01.2012		05.01.2007	2,42%	100,0	102,5
18.01.2012		21.01.2010	0,35%	140,0	140,5
18.01.2012		12.10.2011	0,00%	50,0	50,0
11.04.2012		03.10.2008	1,57%	80,0	81,2
13.04.2012		13.04.2011	0,42%	90,0	90,4
10.10.2012		03.10.2008	1,71%	50,0	50,8
11.01.2013		12.01.2011	0,40%	150,0	151,1
14.01.2013		13.01.2010	0,61%	150,0	151,7
14.01.2013		14.07.2010	0,34%	100,0	100,6
10.04.2013		03.10.2008	2,00%	50,0	51,9
16.05.2013		14.01.2009	1,35%	100,0	102,6
16.10.2013		03.10.2008	2,12%	50,0	52,0
15.01.2014		28.11.2008	1,75%	30,0	31,5
15.01.2014		14.07.2010	0,52%	100,0	101,4
16.04.2014		03.10.2008	2,17%	50,0	53,1
15.05.2014		14.01.2009	1,50%	100,0	104,2
16.07.2014		03.12.2008	1,80%	30,0	31,5
16.07.2014		31.12.2008	1,55%	20,0	20,8
30.09.2014		27.02.2009	1,10%	40,0	41,1
15.10.2014		03.10.2008	2,24%	50,0	53,1
15.10.2014		13.10.2010	0,63%	50,0	50,7
15.01.2015		13.01.2010	1,00%	50,0	51,7
14.04.2015		14.04.2010	1,20%	100,0	104,0
13.07.2016		13.07.2011	0,84%	100,0	102,0
Skycare					
19.12.2015		19.12.2003	2,75%	50,0	54,8

### E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2011	Marktwert 2011
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>3 555</b>	<b>80 048,9</b>	<b>96 369,3</b>
10.06.2012	805564	2,75%	1999-2012	–	160	8 600,1	8 841,6
11.02.2013	1037930	4,00%	2000-2013	–	280	6 900,2	7 457,7
06.01.2014	148008	4,25%	1994-2014	–	–	4 608,4	5 200,3
09.11.2014	2313981	2,00%	2005-2014	–	215	1 691,3	1 796,0
10.06.2015	1238558	3,75%	2001-2015	–	70	3 583,3	4 122,9
12.03.2016	1563345	2,50%	2003-2016	–	190	6 713,8	7 533,3
12.10.2016	2285961	2,00%	2005-2016	–	300	2 666,8	2 913,5
05.06.2017	644842	4,25%	1997-2017	–	160	5 600,1	6 937,1
08.01.2018	1522166	3,00%	2003-2018	–	300	6 736,0	7 904,6
12.05.2019	1845425	3,00%	2004-2019	–	215	5 784,1	6 930,2
06.07.2020	2190890	2,25%	2005-2020	–	255	3 811,4	4 385,6
28.04.2021	11199981	2,00%	2010-2021	–	300	3 134,5	3 561,7
25.05.2022	12718101	2,00%	2011-2022	–	300	1 175,4	1 338,6
11.02.2023	843556	4,00%	1998-2023	–	60	4 497,7	6 175,0
27.06.2027	3183556	3,25%	2007-2027	–	95	1 243,5	1 670,0
08.04.2028	868037	4,00%	1998-2028	–	–	5 612,5	8 275,3
22.06.2031	12718102	2,25%	2011-2031	–	215	728,5	903,6
08.04.2033	1580323	3,50%	2003-2033	–	140	3 492,7	5 221,1
08.03.2036	2452496	2,50%	2006-2036	–	–	2 400,9	3 227,2
06.01.2049	975519	4,00%	1999-2049	–	300	1 068,0	1 974,0

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>6 638</b>	<b>6 372</b>	<b>-769</b>	<b>-415</b>	<b>8</b>	<b>153</b>	<b>-777</b>	<b>-568</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>2 650</b>	<b>2 200</b>	<b>-240</b>	<b>-249</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>-248</b>	<b>-256</b>
Zinsswaps	2 650	2 200	-240	-249	8	7	-248	-256
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Devisen</b>	<b>3 988</b>	<b>4 172</b>	<b>-529</b>	<b>-166</b>	<b>-</b>	<b>146</b>	<b>-529</b>	<b>-312</b>
Terminkontrakte	3 988	4 172	-529	-166	-	146	-529	-312
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand**

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG-Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

## Hinweise:

- Personalbestand: durchschnittlicher Bestand Vollzeitstellen (**F**ull **T**ime **E**quivalent FTE)
- Anzahl FLAG-Verwaltungseinheiten: 2011 (22), 2010 (22), 2009 (23), 2008 (24), 2007 (23), 2006 (14), 2004 (12), 2001 (11), 2000 (10)
- 2006-2011: Rechnung nach NRM
- 2006: Korrektur Personalbestand - Übrige Kredite sind nachträglich ausgeschlossen worden. Für das Personal zu Lasten Personalkredit 118 Stellen, für Personal zu Lasten FLAG 85 Stellen
- 2008: Korrektur Sachkredit im BAG um 32 Stellen vom Personalkredit zum Sachkredit
- 2000-2002: Daten zum Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter sind im Personal zu Lasten Personalkrediten enthalten.

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Voranschlag 2011	Rechnung 2011	Differenz zu R 2010 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>4 501</b>	<b>4 812</b>	<b>4 824</b>	<b>5 120</b>	<b>4 923</b>	<b>99</b>	<b>2,1</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 396</b>	<b>4 698</b>	<b>4 698</b>	<b>5 000</b>	<b>4 804</b>	<b>105</b>	<b>2,2</b>
<b>Legislative</b>	<b>64</b>	<b>69</b>	<b>70</b>	<b>72</b>	<b>71</b>	<b>0</b>	<b>0,4</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	35	36	36	38	36	0	-0,6
Personalaufwand	29	33	34	34	35	1	1,8
Übriger Personalaufwand	–	0	0	0	0	0	-33,3
<b>Judikative</b>	<b>119</b>	<b>132</b>	<b>137</b>	<b>138</b>	<b>135</b>	<b>-2</b>	<b>-1,7</b>
Bezüge Bundesrichter	33	37	37	38	38	0	0,5
Personalaufwand	85	95	99	98	96	-3	-2,9
Übriger Personalaufwand	1	1	1	1	1	0	11,1
<b>Exekutive</b>	<b>4 138</b>	<b>4 425</b>	<b>4 462</b>	<b>4 557</b>	<b>4 498</b>	<b>36</b>	<b>0,8</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	2,6
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	11,1
Personalaufwand	4 019	4 287	4 346	4 419	4 383	37	0,9
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	50	69	57	66	54	-3	-4,4
Übriger Personalaufwand	65	64	55	67	56	2	2,9
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>67</b>	<b>42</b>	<b>71</b>	<b>173</b>	<b>51</b>	<b>-20</b>	<b>-27,6</b>
Globalkredite	–	–	–	57	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge global	–	–	–	59	–	–	–
Arbeitgeberleistungen	67	41	71	57	51	-20	-27,6
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>7</b>	<b>30</b>	<b>-42</b>	<b>61</b>	<b>48</b>	<b>90</b>	<b>213,7</b>
Sozialplan	–	3	-76	16	7	83	108,8
Vorruhestandsurlaub	7	28	34	46	42	8	23,5
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>105</b>	<b>114</b>	<b>126</b>	<b>119</b>	<b>119</b>	<b>-7</b>	<b>-5,5</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	105	114	126	119	119	-7	-5,5
<b>Personalausgaben</b>	<b>4 555</b>	<b>4 828</b>	<b>4 894</b>	<b>5 120</b>	<b>4 945</b>	<b>51</b>	<b>1,0</b>

### Hinweise:

- Personalaufwand: Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Berufliche Integration, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen
- Arbeitgeberbeitrag: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Dienststellen dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2011 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Arbeitgeberleistungen: VLVA-Überbrückungsrenten nach Art. 88j BPV (Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderen Dienstverhältnissen), Arbeitgeberzusatzleistungen VLVA, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken)

**F03 Höchstbezüge 2011 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2011 in Fr.
1	2	3	4
1	60 042	4 619	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	61 016	4 694	
3	62 000	4 769	Beurteilungsstufen 4 = 4.0% - 5.0% 3 = 2.5% - 3.5% 2 = 1.0% - 2.0% 1 = -2.0% - 0.0%
4	62 986	4 845	
5	64 811	4 985	
6	67 827	5 217	Berechnungsbasis = Spalte 2
7	70 832	5 449	
8	73 808	5 678	
9	76 855	5 912	
10	79 890	6 145	
11	82 891	6 376	
12	85 966	6 613	
13	89 093	6 853	
14	92 309	7 101	
15	96 138	7 395	
16	100 021	7 694	
17	104 189	8 015	
18	109 149	8 396	
19	114 085	8 776	
20	119 031	9 156	
21	123 971	9 536	
22	128 928	9 918	
23	135 222	10 402	
24	143 480	11 037	
25	150 987	11 614	
26	158 519	12 194	
27	166 042	12 772	
28	173 594	13 353	
29	182 223	14 017	
30	195 524	15 040	
31	204 432	15 726	
32	213 353	16 412	
33	231 271	17 790	
34	249 401	19 185	
35	267 701	20 592	
36	286 202	22 016	
37	304 884	23 453	
38	366 162	28 166	

Hinweise:

- Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.
- Beträge sind kaufmännisch gerundet.